



Smart Cities – nicht nur in Indien

Seminar-Reader:
Berufsfeld Internationale
Zusammenarbeit:
Schwerpunkt EZ

Dozent: Dr. Arne Panesar
ZfS, Universität Freiburg
WS 2015/2016

Der Reader „Smart Cities- nicht nur in Indien“ ist im Rahmen des Blockseminars „Berufsfeld Internationale Zusammenarbeit: Schwerpunkt EZ“ aus den Seminararbeiten der Studentinnen und Studenten der Universität Freiburg aufbauend auf den Kurzreferaten und Diskussionen entstanden.

Der Reader gibt einen Überblick über das Themenfeld. Natürlich bearbeiten die hier entstandenen Seminararbeiten ihre Themen individuell und nicht in derselben Tiefe und Gründlichkeit, wie dies in Abschlussarbeiten oder Promotionen der Fall wäre.

Ich finde die Beiträge des Readers anregend und hoffe, dass sie auch für die Leserinnen und Leser, die nicht am Seminar teilgenommen haben, zum Einstieg in die Thematik nützlich sind.

Jede Autorin/Autor ist verantwortlich für die jeweiligen Kapitel (namentlich gekennzeichnet). Der Inhalt des Readers ist nicht abgestimmt und daher als ein Working Paper einzuordnen, welches in den einzelnen Kapiteln die Meinung der Autorin/des Autors wieder gibt.

Für die Hilfe bei der Zusammenstellung des Readers gilt Susanne Schultz besonderer Dank.

Ich möchte mich abschliessend bei meinem Mitarbeiter Jan Schlenk für die Unterstützung bei der Entwicklung und Umsetzung des Seminarkonzeptes bedanken.

Dr. Arne Panesar

Freiburg, im Juni 2016

Inhaltsverzeichnis

1	Smart Cities – nicht nur in Indien	4
1.1	Der globale Diskurs	4
1.2	Das indische Smart Cities Programm	11
2	Konzept der nachhaltigen Entwicklung – Bedeutung für städtische Sanitärversorgung.....	20
3	Die 2030-Agenda	25
4	Klimawandel, die neuen Entwicklungen nach Paris (COP21) – Bedeutung für Smart Cities in Indien	34
5	Das UN-System am Beispiel der Habitat III Konferenz.....	40
6	Migration und Flüchtlinge im städtischen Kontext	46
7	Inklusive Stadtentwicklung	54
8	Stadtregionale Entwicklungsprozesse	62
8.1	Urban Rural Linkages.....	62
8.2	Urban Rural Linkages in Indien	67
9	Der informelle Sektor im städtischen Kontext.....	76
10	Informelle städtische Siedlungen	82
11	Urban Resilience	88
12	Ausblick	95

1 Smart Cities – nicht nur in Indien

1.1 Der globale Diskurs

Autor: Niklas Wolf

Das Smart City-Projekt

Das Phänomen der Urbanisierung ist seit Jahrhunderten dokumentiert. Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig. So war in Europa die Erfindung der Dampfmaschine und die davon ausgehende industrielle Revolution im 18. Jahrhundert eine starke Triebfeder dieser Strömung. Ebenfalls war der sich aus Neuerungen in der Agrartechnik und Medizin ergebende Bevölkerungsanstieg dafür verantwortlich, dass sich der Bevölkerungsdruck ländlicher Gebiete auf die Städte noch zusätzlich erhöhte. Doch auch Not und politische Unsicherheit trieb die Menschen auf der Suche nach Arbeit und Sicherheit in die Städte. Auch heute ziehen noch viele Menschen in städtisch geprägte Gebiete oder deren Einzugsgebiete. Die Gründe hierfür sind allerdings nicht mehr so sehr in Not und Elend zu finden als in der Suche nach Arbeit und Verbesserung der Lebensqualität (Bähr, J. et al., 2008) .

In Schwellen- und Entwicklungsländern setzte diese Bewegung erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts ein, dies jedoch in einem so drastischen Ausmaße, was sowohl die Kinetik als auch die daraus resultierende Menschenmasse betrifft, dass eine Anpassung kaum möglich war und somit zu teilweise völlig unkontrolliertem Anwachsen der städtischen Regionen führte. So finden sich ein Großteil der heutigen Megacities, d.h. Städte mit einer Einwohnerzahl von über 10 Millionen Einwohnern, in diesen Regionen.

Die Motivationen der Menschen zu diesen Bewegungen sind zwar in den unterschiedlichen Regionen der Welt untereinander vergleichbar, doch überwiegen lokale Eigenarten. Daher ist eine individuelle Betrachtung der Problematiken im Vorfeld des Erarbeitens von Lösungsansätzen unerlässlich.

Probleme urbaner Strukturen

Aus diesem starken Anstieg an Einwohnern ergeben sich eine Vielzahl an Problemen, welche teils dringlichster Lösung bedürfen. So haben viele dieser Städte enorme hygienische und sanitäre Probleme. Auch ist die Versorgung mit Wasser und Strom und anderen grundlegenden Ressourcen nicht gewährleistet. Durch enorme infrastrukturelle Defizite ist der Zugang zu Stätten des öffentlichen Lebens oft erschwert bis unmöglich. Hierzu zählen neben Krankenhäusern oder Schulen auch Gebäude der öffentlichen Ordnung und des Verwaltungsapparates. Einwohner eines solchen Bezirkes sind daher genötigt, oftmals auch ohne Kenntnis der öffentlichen Organe, eigene Strategien zu entwickeln. Zusätzlich kommt es in Stadtteilen höherer Lebensqualität unter Einwirkung

marktwirtschaftlicher Mechanismen zu Gentrifizierungstendenzen, welche eine Teuerung der allgemeinen Lebenshaltungskosten, aber insbesondere der Mietkosten, zur Folge hat. Dies führt zu Gegenden innerhalb eines Stadtkomplexes, welche durch ihre Abgeschnittenheit, von der Öffentlichkeit zunächst unbemerkt, Zufluchtsort für die ärmeren Bevölkerungsschichten bilden. Dass diese Entwicklung willentlich geduldet sei, lässt sich dennoch nicht nachweisen.

In der Geschichte des Städtebaus gibt es eine Vielzahl an dokumentierten Versuchen, urbane Strukturen einer Planung zu unterwerfen. Lagen in der Antike die Motive dieser oftmals in der Zurschaustellung weltlicher oder geistlicher Macht, so war es vor allem die römische Kultur, welche begann, der Bevölkerung geplante städtische Strukturen zur Verfügung zu stellen und Gebäude des öffentlichen Lebens in ihrer Lage zueinander im praktischen Sinne anzuordnen. Darauf aufbauend kam während der Renaissance der Gedanke der Idealstadt, einer streng zentrisch und hierarchisch aufgebauten Anlage, auf, welche die Verwaltbarkeit jedes Lebensbereiches erhöhen sollte. Immer gingen diese Planungen Hand in Hand mit den technischen Entwicklungen der betreffenden Epoche. So waren es auch hier die infrastrukturellen Erschliessungen römischer Siedlungen, welche bis in die Neuzeit hinein, eine angemessene Versorgung mit Wasser und dem damit einhergehenden Bewältigen der Abwassermenge ermöglichten und insbesondere das enorme Sanitationsproblem erfolgreich lösten (von Hesberg, H., 2005).

Die heutigen Anforderungen an eine Stadtplanung sind allerdings um ein Vielfaches höher. So sind diese sowohl quantitativ in ihrem Umfang, als auch qualitativ, was sich in der Komplexität dieser niederschlägt, gewachsen. Ebenfalls ist die Geschwindigkeit, mit welcher die Städte wachsen und damit deren Probleme, nicht mit jenen in geschichtlichen Zeugnissen zu vergleichen. Zusätzlich ist anzunehmen, dass durch die sich im Zuge des Klimawandels verschlechternden Umweltbedingungen Zunahme des Druckes auf die Städte erhöhen wird, was auch noch den Faktor Zeit als enorm limitiertes Gut erscheinen lässt.

Die verantwortlichen Personen und Institutionen sehen sich demnach noch nie da gewesenen Problemen gegenüber. Doch diese fatalen Entwicklungen gehen glücklicherweise auch mit technologischen und geistigen einher. So bieten neue und bereits erprobte technische, soziale und ökonomische Erkenntnisse den Schlüssel, wenn auch vielleicht nicht zur gänzlichen Bewältigung, so doch zur spürbaren Erleichterung des Druckes, welcher auf den betroffenen Gebieten lastet. Zwischen all diesen Werkzeugen liegt eines, welches es wie noch kein anderes ermöglicht, das noch in nicht allzu ferner Vergangenheit sich als eines der schwerwiegendsten darstellende Informationsproblem sowohl in seiner räumlich-zeitlichen als auch quantitativen Ausprägung zu lösen; die elektronische Datenverarbeitung und die Verbreitung dieser Daten mit minimalem Aufwand an Zeit sowie räumlicher Kapazität mittels moderner Kommunikations- und Speichermittel.

Diese finden im öffentlichen Diskurs oftmals unter dem Sammelbegriff der Informations- und Kommunikationstechnologien (im Folgenden ICT's in der ins Englische übersetzten Abkürzung) Verwendung (Habitat 3 Issue Paper: 21 Smart Cities).

Von einem ausreichenden Fluss und der optimalen Zugänglichkeit an Information sind große Bereiche des modernen Lebens abhängig. So stellt insbesondere die Tatsache, dass die Informationsmenge, etwa über die Bedürfnislage schnellgewachsener Areale, sehr gering ist und ganze Bevölkerungsteile von regierungsseitigen Gestaltungsprozessen ausgeschlossen sind, eine enorme Hürde in der Entwicklung hin zu einem lebenswerten urbanen Umfeld dar. Könnte man diese Lücke durch das einrichten ICT-gestützter Verwaltungseinrichtungen bis hin zu personalfreien Terminalinstallationen schliessen, so stellte dies einen entscheidenden Schritt in Richtung nachhaltiger Stadtentwicklung dar. Beispielhaft wurde dieser informationstechnische Ansatz zur Lösung von Verwaltungsengpässen unter dem Synonym E- oder Smart-Governance bekannt. Andere Bereiche wie z.B. Ökonomie und Bildung, aber auch Kultur, besitzen ebenfalls ein entsprechendes Verbesserungspotential im Bereich der ICT. Diese erhielten gleichartige Synonyme wie: Smart-Economy, Smart-Education und so weiter.

Das Smart City Projekt -eine Idee mit vielen Gesichtern

Wie bereits beschrieben kann das Gebilde Stadt, je nach Detailschärfe, in mehrere Bereiche eingeteilt werden. Diese sind zusätzlich einem nicht unerheblichen evolutiven Prozess ausgesetzt. Sind etwa in einer Veröffentlichung des Brookhaven National Laboratory aus dem Jahre 2000 noch vier relativ grob verfasste Bereiche erfasst (Abb. 1), so gibt das Smart City Leitlinienpapier der Indischen Regierung schon ein wesentlich detaillierteres Bild wieder (Abb.2). Nebenbei ist anhand der ausgefeilten graphischen Darstellungsform zu entnehmen, dass der rein wissenschaftliche Diskurs einem der Öffentlichkeit zugewandten gewichen ist.

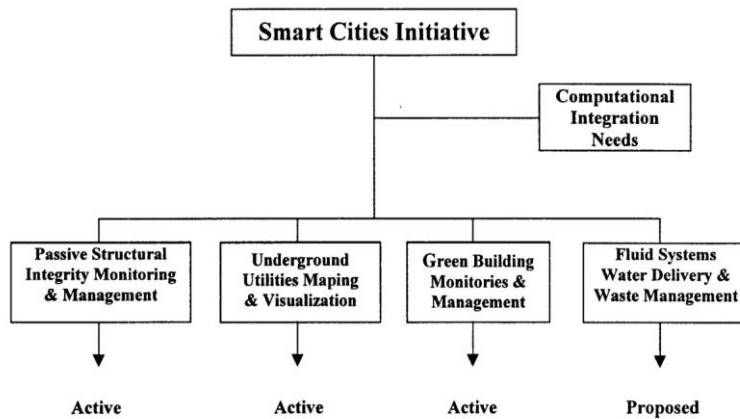


Abbildung 2 The Vision of a Smart City. (Quelle: Hall, Robert E.: 2000)



Abbildung 1 Die Aufteilung eines idealen Smart City nach der Leitlinie des Indischen Ministeriums. (Quelle: Ministry of Urban Development, Government of India, 2015)

All diese Bereiche flossen in die Idee der SMART CITY ein, welche sämtliche Bereiche des öffentlichen Lebens über Erschließung derer mittels ICT's in sich vereinen soll. Doch die Anteile der einzelnen Bereiche in den entstehenden Smart Cities variieren je nach Region beträchtlich. Liegt in westlichen Regionen, wie etwa Europa, der Schwerpunkt eher auf der Verbesserung des soziokulturellen Lebens, so steht in Schwellen- und Entwicklungsländern oftmals die Bereitstellung einer notwendigen Grundversorgung im Fokus. Eines jedoch ist allen Entwürfen einer Smart City gemein; sie beinhalten neben einer zukunftsweisenden Adaptationsfähigkeit an zukünftige Anforderungen eine Ausrichtung auf nachhaltiges Wirtschaften. Dies beinhaltet insbesondere einen

schonenden Umgang mit der nahen und fernen Umwelt. Dies ist nicht zuletzt insofern von höchster Bedeutung, als ein Großteil der größten urbanen Siedlungen, hierzu zählen auch Nil- und Gangesdelta, sich nur wenige Meter über Meeresniveau befinden und die in ihrem Ausmaß abzuwartende Klimaerwärmung sowie der damit einhergehende Meeresspiegelanstieg eine enorme Bedrohung für diese Küstenregionen darstellt.

Chancen und Risiken der Smart City

Die oben genannten Möglichkeiten, welche sich durch die optimale Ausnutzung der zur Verfügung stehenden ICT's ergeben, tragen ein enormes Potential auf eine angemessene Antwort auf heutige und zukünftige Problemstellungen in sich.

So ließen sich Versorgungsengpässe schnell und exakt erkennen und bei entsprechender infrastruktureller Aufgestelltheit, zeitnah und effizient beseitigen. Bildung könnte etwa durch die Bereitstellung digitaler Lernmedien einer breiteren Bevölkerungsmasse zugänglich gemacht werden und somit den Grundpfeiler für ein gerechteres soziales, ökonomisches und politisches Zusammenleben bilden. Eben diese politische Komponente könnte durch Bereitstellung einer angepassten Smart-Governance Struktur mehr Partizipation erfahren und somit zu effektiveren demokratischen Prozessen führen. Smart-Economy als Reaktion auf ein mehr und mehr dienstleistungsorientiertes Wirtschaftsleben, insbesondere im IT-Bereich, bietet dem prekären Arbeitssektor neue Möglichkeiten. Auch im medizinischen Sektor werden die neuen Technologien z.B. in Form von Diagnoseterminals zur Erstanamnese von Neupatienten genutzt werden und diesen somit entlasten. Doch auch in kultureller Hinsicht bieten ICT's noch ungeahnte Möglichkeiten, sei es als Gestaltungsmedium an sich oder schlicht zur Verbreitung künstlerischer Inhalte.

Doch bei all diesen Aussichten birgt die Smart City auch Risiken oder hat zumindest ihren Preis. So sehen insbesondere IT-Unternehmen eine Chance auf dauerhaft hohe Umsätze und bewerben die Ideen der Smart City unter eigener Flagge als ein zu vermarktendes Produkt. Es besteht die Gefahr, dass öffentliche Ausschreibungen zugunsten von Langzeitverträgen umgangen werden. Auch existiert die berechtigte Angst vor einer Einflussnahme von Seiten der Wirtschaft auf politische Prozesse. Als Folge dessen darf man eine mögliche verstärkte Gentrifizierung betrachten, welche sich aus zwei Ursachen zusammensetzt. Zunächst werden gut bezahlte Arbeitsplätze vor allem aus dem global verfügbaren Fundus an hochqualifizierten ArbeitnehmerInnen/n besetzt. Die lokale Bevölkerung dient dem an diesen angeschlossenen Niedriglohn-Dienstleistungssektor als Arbeitskraft. Die entstehende Preisprogression treibt in der Folge lokale Bevölkerungsschichten weiter in die Armut (Novy, J., 2015). Zum Zweiten werden einkommensschwache Anteile aus den attraktiven Stadtzentren verdrängt, um deren Funktion als Repräsentationsmedium zu bewahren und fördern. Dies alles kann am

Beispiel Singapur sehr gut nachverfolgt werden (Holland, et al., 2008).

Des Weiteren ist nicht abzusehen, welchen zu leistenden Aufwand zukünftige Neuerungen des sich rapide entwickelnden IT-Sektors mit sich bringen. So ist etwa ein neuwertiger Computer nach ca. zwei Jahren nicht mehr ausreichend leistungsfähig, um anfallende Aufgaben ausführen zu können. Auch steigen die Energiekosten proportional zu Rechenleistung.

Doch es gibt auch Gefahren, welche in der Lösung selbst ihren Ursprung finden. So ist ein Mindestmaß an Vorkenntnis erforderlich, um mit den neuen Technologien angemessen umgehen zu können und daraus einen entsprechenden Nutzen zu ziehen. So ist nicht zu erwarten, dass sich schon durch die Bereitstellung der technologischen Infrastruktur ein Nutzertypus entwickelt, welcher aus diesen wirtschaftlichen oder edukativen Vorteil zu ziehen weiß. So führte eine ein starker Augenmerk auf marktwirtschaftliche Interessen zu einer verstärkten Gentrifizierung, wie am Beispiel Singapur deutlich wurde, wo in eine neu entstehende Metropole ICT's zur Schaffung einer Smart City implementiert wurden, allerdings nur einem Bruchteil der Bevölkerung zugänglich wurde.

Es gibt noch eine Vielzahl an Kritikpunkten, welche ihr Ziel innerhalb der Idee der Smart City direkt finden. Doch auch eine beträchtliche Zahl betrifft den Gesamtkomplex. So oft die Smart City auch als ultimatives Mittel zur Bewältigung aktueller und zukünftiger Krisen herangeführt wird, so sehr bleibt es ein Werkzeug, welches seine Wirkung nur entfalten kann, wenn es verantwortungsvoll genutzt wird. Andernfalls richtet sich dieses als Waffe gegen jene, denen es zum Nutzen ursprünglich erdacht war.

Zusammenfassung und Aussicht

Das rasante Wachstum städtischer Gebiete stellt eine der in Zukunft zu bewältigenden Hauptaufgaben gesellschaftlicher Entwicklung dar. Smart Cities mit Ihren vielseitigen Lösungsansätzen auf elektronisch-informationellem Weg stellen hier ein mögliches Mittel dar, die mangelnden strukturellen Entwicklung neu zu ordnen und durchlässig zu machen. Es liegt in den Händen der Verantwortlichen, diese Entwicklung zum Wohle aller, insbesondere für bedürftige Bevölkerungsanteile, zu gestalten um Fehler, wie sie in der Vergangenheit begangen wurden, zu vermeiden. Hierbei können Beispiele verschiedener Ausprägung als Orientierungshilfe dienen.

Es bleibt in der Verantwortung der Hauptakteure, dieses Mittel zum Nutzen Aller einzusetzen, ansonsten steht zu befürchten, dass sich negative Trends noch verstärken.

Literaturverzeichnis

Bähr, J.: Einführung in die Urbanisierung, Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung, 2008

Hall, Robert E.: The Vision of a Smart City, 2000

Hollan, R.G.: Will the Real smart city please stand up?, City, Vol. 12, 2008

Hersberg, H.-v.: Römische Baukunst, Becks Archäologische Bibliothek, München, 2005

Habitat 3 Issue Paper, Smart Cities, Kap. 21, New York, 2015

Giffinger, et al: Ranking of European Medium-Sized Cities, Final Report, Centre of Regional Science, Vienna UT, 2007

Novy, J.: Smart City-Hype: Die Verdummung der Städte?, 2015 auf <http://www.carta.info/index.php?s=smart+city+hype>

Schneider-Sliwa, R.: Weltweite Verstädterung - soziale und politische Konsequenzen, Spektrum Akademischer Verlag, Heidelberg, 2001

Smart Cities: Mission Statement & Guidelines, Ministry of Urban Development, Government of India, 2015

Abbildungen

Abbildung 1: Die 2000 in Paris vorgestellte Aufteilung einer fiktiven Smart City in 4 Großbereiche. (*Hall, Robert E.: The Vision of a Smart City, 2000*)

Abbildung 2: Die Aufteilung eines idealen Smart City nach der Leitlinie des Indischen Ministeriums. (Smart Cities: Mission Statement & Guidelines, Ministry of Urban Development, Government of India, 2015)

1.2 Das indische Smart Cities Programm

Autorin: Nora Leben

Aktuelle Entwicklungen in indischen Städten

In der größten Demokratie der Welt leben etwa 377 Millionen Menschen in Städten (Stand 2011). Das entspricht 31,8 Prozent der indischen Bevölkerung. Schon jetzt beherbergt der urbane Lebensraum mehr Personen als die USA Einwohner hat. Im Jahr 2030 soll sich die Population in den Städten auf fast 600 Millionen Menschen verdoppeln. Das rasante Städtewachstum ist eine der größten Herausforderungen, die die indische Regierung zu bewältigen hat.

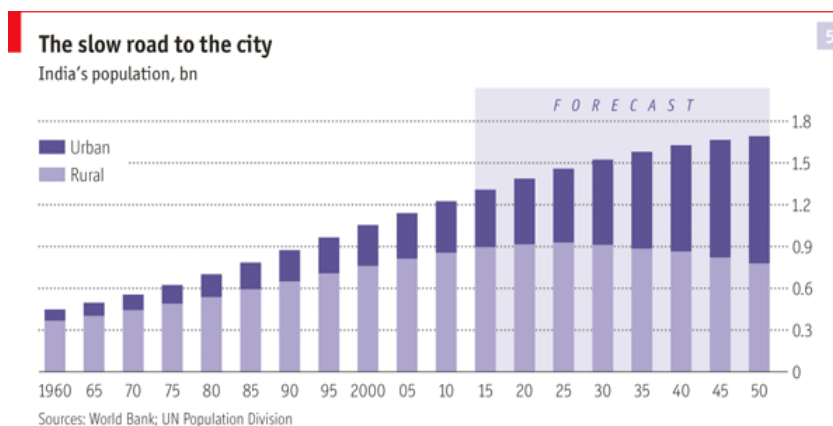


Abb. 1 Indiens Bevölkerung in Städten und Land (Quelle: <http://www.economist.com/node/21563412>, 2016-03-22)

Die wirtschaftliche Rolle der urbanen Räume spiegelt sich im Bruttoinlandsprodukt wieder: 60 Prozent dessen wird von Städten beigesteuert. Die indischen Städte sind somit für einen Großteil des ökonomischen Wachstums verantwortlich, scheitern aber an der Zusicherung ausreichend hoher Lebensqualität (CHATTARAJ, 2015). Die Zeit ist ebenfalls nicht spurlos an den oftmals noch aus Kolonialzeiten stammenden Infrastrukturen vorbeigegangen. Das rasante Wachstum der Bevölkerung in den letzten Dekaden führte zu einer Überforderung der Leistungsfähigkeit der infrastrukturellen Elemente. Knapper Wohnraum, Verkehr, bei dem verstopfte Straßen zum Alltag gehören und der die Anzahl der Verkehrstoten zu der höchsten der Welt macht, unzureichende Energieversorgung, sowie fehlende sanitäre

Anlagen und eine nicht flächendeckende Trinkwasserversorgung müssen in Angriff genommen werden. Denn vor allem die Arbeitssuchenden aus ländlichen Gegenden, die sich in den Städten bessere Lebensbedingungen erhoffen, erhöhen den Druck auf die indische Regierung die urbanen Strukturen schnellstmöglich nachhaltig zu verbessern.

Indische Stadtentwicklungsprogramme

Der indische Premierminister Narendra Modi sieht in der rapiden Urbanisierung die

Chance auf dem Weltmarkt mitzuhalten.

Durch Internet- und Kommunikationstechnologien könne die Lebensqualität der Stadtbewohnerinnen und -bewohner nicht nur erhöht, sondern gleichzeitig auch optimiert werden. Er hat den nationalen Wettbewerb der Smart Cities Challenge ins Leben gerufen.



Abb. 2 Premierminister Modi bei Vorstellung der Smart Cities Challenge (Quelle: <http://www.bankexamstoday.com/>)

Neben der Smart Cities Challenge hat der Premierminister die „Atal Mission for Rejuvenation and Urban Transformation“ (AMRUT) initiiert. Diese wurde im Juni 2015 von indischer Regierung vorgestellt und soll zur Verbesserung der Infrastruktur in 500 indischen Städten beitragen. Im Vordergrund stehen eine zuverlässige Kanalisation und ausreichend Zugang zu Wasser. Die Finanzierung des Projektes liegt der „Public Private Partnership“ (PPP) zugrunde. Unter AMRUT fällt ebenfalls die „Swachh Bharat Mission (engl. Clean India Mission)“, welche sich u. A. für sanitäre Anlagen einsetzt. Ziel bis 2019 ist es, dass niemand mehr gezwungen ist seine Bedürfnisse unter freiem Himmel zu verrichten.

Ebenfalls im Juni 2015 ist als drittes Förderprogramm der „Three Mega Urban Schemes in India“ die „Housing for All“-Kampagne eingeführt worden. Sie soll 20 Millionen Häuser in Städten im ganzen Land in den nächsten fünfzehn Jahren schaffen, die für Geringverdiener und als arm geltende Stadtbewohner bezahlbar sind.

„India Smart Cities Challenge“

Die „Smart Cities Challenge“ ist ein im Juni 2015 von der indischen Regierung ins Leben gerufenes Programm, welches 100 Städte in sogenannte „Smart Cities“ umwandeln soll. Das Ministry of Urban Development (MoUD) ist für die Umsetzung der Smart Cities Challenge verantwortlich und kooperiert mit den Regierungen der Bundesstaaten. Diese nominieren in der ersten Phase wettbewerbsfähige Städte, die Anzahl ist auf maximal

hundert begrenzt. Entschieden wird nach einem Scoring System, welches den Ist-Zustand der Städte und das mögliche Potential einer Smart City versucht einzuschätzen. Nach der Nominierung entwerfen die Städte ein Konzept für ihre „Smart City“. Wichtiger Bestandteil des Konzepts soll mindestens einer der folgenden Stadtentwicklungsmodelle A – C sein, sowie eine „pan city initiative“:

Stadtentwicklungsmodelle (area-based development)	
A) retrofitting	Stadtverbesserung
B) redevelopment	Stadterneuerung
C) greenfield development	Stadterweiterung
+ mind. eine „ pan city initiative “	umfasst größere Teile der Stadt

Abb. 3 Stadtentwicklungsmodelle (Quelle: eigene Darstellung)

Hilfe bei der Erstellung bekommen sie von einem durch das MoUD vermittelten Konsultanten. Dieser soll ebenfalls die Städte bei der Suche nach einer externem Finanzierungspartner (World Bank, KfW etc.) unterstützen. Das Konzept wird dem aus Experten bestehenden Auswahlkomitee vorgelegt, welches wiederum die besten 20 Städte auswählt. Diese werden für die nächsten fünf Jahre jährlich mit jeweils 14 Millionen Euro unterstützt. Die Städte, die es nicht unter die besten 20 geschafft haben, dürfen in einer zweiten Runde erneut beweisen, warum ihr Konzept förderungsfähig ist. Insgesamt stehen für einen Fünfjahreszeitraum 7 Milliarden Euro zur Verfügung.

Definition „Smart City“

Die indische Regierung will das Smart Cities Projekt nutzen um die Lebensqualität in den Städten langfristig zu erhöhen. Das städtische Ökosystem soll mit besonderem Fokus auf institutioneller, physischer, sozialer und wirtschaftlicher Infrastruktur weiterentwickelt werden.

“In the imagination of any city dweller in India, the picture of a Smart City contains a wish list of infrastructure and services that describes his or her level of aspiration.” (MINISTRY OF URBAN DEVELOPMENT 2015)

Als Beispiele der Verbesserung der Infrastruktur seien hier angeführt: ausreichender Zugang zu Wasser, Strom und sanitäre Anlagen, öffentlicher Nahverkehr, sowie bezahlbarer Wohnraum. Typische Merkmale einer Smart City sind unter Anderem, dass öffentliche Plätze erhalten und weiterentwickelt, eine Auswahl von Transportmöglichkeiten

angeboten und die bürokratischen Prozesse in der Stadt transparenter gemacht werden (Stichwort: e-Governance), aber auch die Erhöhung der Widerstandsfähigkeit gegenüber Naturkatastrophen. Ziel der „Smart City Challenge“ ist es möglichst langfristige Modelle zu entwickeln, die auf andere Städte übertragbar sind und dort ebenfalls zu einer nachhaltigen und inklusiven Entwicklung führen können.



Abb. 4 Smart Solutions (Quelle: <http://smartcities.gov.in/writereaddata/SmartCityGuidelines.pdf>, 2016-03-08.)

Fallbeispiele einer „Smart City Solution“

Ein Beispiel für eine „Smart City Solution“ ist das „Mumbai Sanitation Project“. Über die Hälfte der Wohnungen in Mumbai verfügten lange über keine eigenen Toiletten und waren auf öffentliche Sanitäreinrichtungen angewiesen. Dies führte zu mangelnden Hygienebedingungen. Zwischen 1996 und 2005 installierte die Stadt Mumbai zusammen mit lokalen Gruppen vor Ort 330 moderne „Toilettenblocks“. Somit wurden insgesamt 5100 Toilettensitze zur Verfügung gestellt und die Gesundheit von 400.000 Slumbewohnern konnte verbessert werden.

Ein weiterer Einblick in eine „Smart City Solution“ ist die Wasserversorgung in der Stadt Hubli. Dort haben die Bewohner häufig nur unregelmäßig Zugang zu Wasser. Da die Gemeinde nicht ausreichend Mittel besitzt die Bürger zeitnah über den Wassererhalt zu informieren, kooperiert die Gemeinde mit dem Startup-Unternehmen „NextDrop“. Dieses informiert nun per SMS die Bewohner in Hubli, dass Wasser in den nächsten 30 Minuten zur Verfügung steht. Die Daten bekommt „NextDrop“ von den Arbeitern, welche für das Öffnen und Schließen der Wasserventile zuständig sind. Über 25.000 Haushalte haben sich für den SMS-Service angemeldet und profitieren nun von einer besseren Planbarkeit,

ob und wann Wasser verfügbar ist.

Vergleich zu China

„For rapidly urbanizing countries like India and China, smart cities are an opportunity to harness urban growth to sustainable development.“ (CHATTARAJ, 2015)

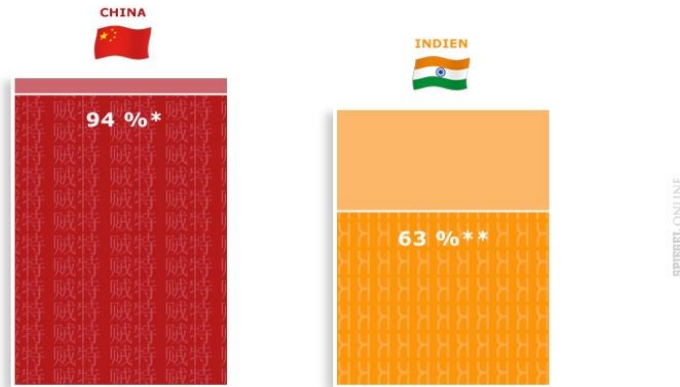
China und Indien beherbergen zusammen mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung. Die beiden Staaten gelten als „Wirtschaftsgiganten des 21. Jahrhunderts“ (TERNIEDEN, 2015). Doch in vielen Bereichen bildet Indien noch das Schlusslicht, auch im direkten Vergleich mit China, beispielsweise in der Bildung. In Indien liegt das durchschnittliche Alter bei 24,7 Jahre und viele hochausgebildete junge Erwachsene verlassen die Universitäten, aber dennoch können mehr als ein Drittel aller Inder weder lesen noch schreiben. In China sind es im Vergleich nur 6 Prozent der Bevölkerung.

Beim Bau von Smart Cities liegt China ebenfalls vorne. Die Volksrepublik hat eine hohe Fertigungskapazität, Indiens wirtschaftliche Leistung hingegen stützt sich auf den Dienstleistungssektor. China investiert massiv in die eigene Infrastruktur und somit auch den Bau von nachhaltigen Städten. 193 urbane Lebensräume wurden bereits in Smart Cities transformiert. Ein Beispiel ist die Ökostadt Tianjin, die auf einer ehemals verschmutzten und nun gesäuberten Industriefläche gebaut wurde (eine sogenannte „brownfield city“). In China ist das Land Staatsbesitz. Somit könne die chinesische Regierung leichter neue Städte zu bauen oder gleich ganze Flüsse umleiten und auch Großprojekte ließen sich problemlos umsetzen, da China nicht gerade ein diskussionsfreudiges Land sei, schreibt das US-Magazin „Forbes“. In Indien hingegen verlaufen die administrativen Prozesse schleppend und es kommt nur schwer zu Einigungen.

„One should understand that it's not possible to have 'smart cities' with dumb administrators. There is a lot of incompetence at the administrative planning level. (BENNINGER 2015)

Dies liegt unter Anderem daran, dass 70 Prozent der Bewohner mit der Beschlagnahme des Landes einverstanden sein müssen. Weiterhin gibt es hohe Entschädigungsansprüche für Umzusiedelnde. Daher werde es schwierig für die indische Regierung ganze Landstriche zu verändern, wichtiger sei die Neuplanung der bereits vorhandenen Städte, argumentiert Chattaraj (2015).

Alphabetisierung
ab 15 Jahren

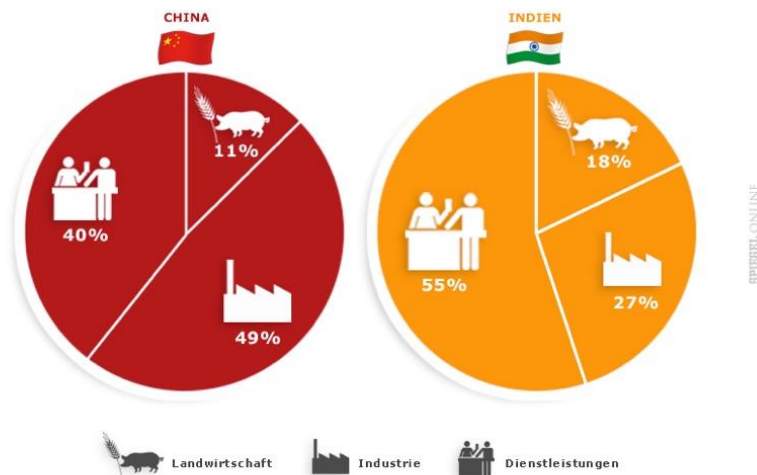


*China: Stand 2008; **Indien: Stand 2006

Quelle: Weltbank

Abb. 5 Alphabetisierungsrate und Wirtschaftssektoren (Quelle: <http://www.spiegel.de/fotostrecke/china-vs-indien-zwei-giganten-im-vergleich-fotostrecke-63775-2.html>, 2016-03-22.)

Wirtschaftssektoren
Anteile am Bruttoinlandsprodukt



Gerundet, Stand 2009

Quelle: Fischer Weltalmanach

Abb. 6 Alphabetisierungsrate und Wirtschaftssektoren (Quelle: <http://www.spiegel.de/fotostrecke/china-vs-indien-zwei-giganten-im-vergleich-fotostrecke-63775-2.html>, 2016-03-22.)

Mögliche gesellschaftliche Folgen von Smart Cities in Indien

Langfristig soll das indische Smart City Programm zu nachhaltigeren Städten mit verbesserter Lebensqualität führen: Die Stadtbewohner haben Zugang zu Wasser, sanitären Anlagen und Strom, ebenso Bildung und Arbeit. Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger ist gewährleistet. Die politische Teilhabe wird gefördert, durch das Internet werden viele Behördengänge unnötig und administrative Prozesse transparenter. Die Umgebung ist sauber und die Stadt ist widerstandsfähig gegenüber der Umwelt und Naturkatastrophen. All dies soll dank neuester Informations- und Kommunikationstechnik

möglich sein, die die Infrastruktur miteinander vernetzt. Doch was sind Risiken des Smart Cities Programmes und wie wirken diese sich auf die Gesellschaft aus?

Besagte Information- und Kommunikationstechniken stellen die indische Regierung vor eine Herausforderung: Das Vermeiden einer sogenannten „digitalen Kluft“ (engl. „digital divide“). Der Begriff bezeichnet das Auseinanderdriften von Arm und Reich aufgrund von Ungleichheiten beim Zugang auf neue Technologien. Dies kann sich auf das gesellschaftliche Zusammenleben und die Chancen jedes einzelnen Stadtbewohners auswirken (JAEKEL 2015: S.22). Wenn die für die Smart City genutzten Überwachungstechnologien und Sensoren gehäuft im Bereich der Sicherung der Wohlhabenden in „Gated Communities“ verwendet werden, kann das zur weiteren Abgrenzung von Armen und Geringverdienern führen. Doch Projekte wie das „Mumbai Sanitation Slum Program“ zeigen, dass Indien seine „Smart Solutions“ für die gesamte Stadtbevölkerung umsetzen will. Auch die „Housing for All“-Kampagne schreibt sich auf die Fahne mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dennoch stellt sich hier die Frage mit welchen Mitteln die indische Regierung die Smart Cities und ähnliche Stadtentwicklungsprojekte finanzieren will. Vermutlich werden größtenteils Investitionen von Wirtschaftsunternehmen eine Rolle spielen. Somit rücken ökonomische Interessen in den Vordergrund und es könnte sich die politische Teilhabe verlagern. Wenn Facebook freien Internetzugang zur Verfügung stellt, Cisco den Haushalt (denen, die es sich leisten können) zu einem intelligenten System verknüpft (Stichwort: „Internet of Things“) und IBM Lichtsensoren an den Straßenlaternen anbringt, landen die Nutzerdaten der Stadtbewohner in den Händen der Unternehmen. Die Regierung steht vor der Herausforderung „eine Balance zwischen privatem Datenschutz und öffentlichem Interesse zu finden beziehungsweise zu gewährleisten“ (JAEKEL 2015: S.22).

Weiterhin sind sogenannte „Smart Citizens“ eine notwendige Voraussetzung um eine Smart City zu erhalten. Stadtbewohner sollen Bildung genießen, gleichzeitig aber auf bedachten Konsum und die Übernahme von Verantwortung beispielsweise in Form von Bürgerpartizipation achten. Doch die Mehrzahl der Stadtbevölkerung ist mit „dem täglichen Kampf um das Überleben völlig ausgelastet“ (ETEZADZADEH 2015: S. 57). Somit könnte es den Ärmern schwer fallen zusätzliche Verantwortung zu übernehmen oder mit dem geringen Gehalt nachhaltig zu konsumieren. Etezadzadeh führt an, dass der einzige erkennbare Weg zur Überwindung dieser Hemmnisse über die Bildung führe. Diese könne zu einer Chancengleichheit führen und die Ausgangsbedingungen jedes Einzelnen verbessern. „Bildung fördert das Erkenntnisinteresse, die Verarbeitung von Erfahrungswissen und kann so Urteilskraft entstehen lassen. Durch Bildung können Menschen lernen, was ihnen und ihrem Umfeld gut tut oder schadet“, argumentiert Etezadzadeh weiter. Mit Hinblick auf die Alphabetisierungsstatistiken ist gerade dieser Bereich in Indien sehr prekär und bedarf Verbesserung.

Meiner Meinung nach sollte die indische Regierung den Fokus auf die Stadtbewohner richten, politische Partizipation ermöglichen und sich nicht von wirtschaftlichen Interessen lenken lassen. Ich denke, dass das indische Smart City Programm nur langfristig nachhaltig werden kann, wenn die Bewohner einer Smart City wirklich auch „smart“ agieren und aktiv mitbestimmen können und wollen.

Literaturverzeichnis

Jaekel, Michael: 2015. Smart City wird Realität. Springer Verlag, München.

Etezahzahdeh, Chirine: 2015. Smart City – Stadt der Zukunft?. Springer Vieweg, Wiesbaden.

Indian Ministry of Urban Development, 2015. Mission Statement and Guidelines, Link unter <http://smartcities.gov.in/writereaddata/SmartCityGuidelines.pdf>, (2016-03-08).

Chattaraj, Shanana, 2015. Are 100 New Smart Cities Smart Policy?, Outlook India 13. Januar. Link unter <http://www.outlookindia.com/website/story/are-100-new-smart-cities-smart-policy/293100>, (2016-03-22).

Benninger, Christopher, 2015. Can't have smart cities with dumb administrators, Indian Express, 22. Dezember. Link unter <http://indianexpress.com/article/cities/pune/cant-have-smart-cities-with-dumb-administrators-christopher-benninger/#sthash.sfnqYjO5.dpuf>, (2016-03-22)

Government of India Ministry of Home Affairs, 2011. Population Enumeration Data. Link unter http://www.censusindia.gov.in/2011census/population_enumeration.html, (2016-03-08).

Coumans, Frédérique, 2015. Leapfrogging Urban Problems with Smart Cities, Link unter <http://www.gim-international.com/content/article/leapfrogging-urban-problems-with-smart-cities>, (2016-03-08).

Ternieden, Hendrik, 2011. China und Indien im Vergleich: Wettstreit der Nachwuchs-Supermächte. Spiegel 24. Januar. Link unter <http://www.spiegel.de/wirtschaft/china-und-indien-im-vergleich-wettstreit-der-nachwuchs-supermaechte-a-739893.html>, (2016-03-22)

Epstein, Gady, 2010. Is Hu Jintao Really The Most Powerful Person In The World?. Forbes 4. November. Link unter <http://www.forbes.com/sites/gadyepstein/2010/11/04/is-hu-jintao-really-the-most-powerful-person-in-the-world/#6fa156c52c94>, (2016-03-22).

Abbildungen

Abb. 1

Unbekannter Autor, 2012. Concrete Jungle. The Economist 29. September. Link unter <http://www.economist.com/node/21563412>, 2016-03-22.

Abb. 2

Unbekannter Autor, 2015. 3 Mega Urban Schemes Launched by Narendra Modi. Link unter <http://www.bankexamstoday.com/2015/06/three-mega-urban-scheme-launched-by.html>, 2016-03-22.

Abb. 3

Eigene Darstellung,

vgl. Indian Ministry of Urban Development, 2015. Mission Statement and Guidelines, <http://smartcities.gov.in/writereaddata/SmartCityGuidelines.pdf>, 2016-03-08.

Abb. 4

Indian Ministry of Urban Development, 2015. Mission Statement and Guidelines, Link unter <http://smartcities.gov.in/writereaddata/SmartCityGuidelines.pdf>, 2016-03-08.

Abb. 5

Ternieden, Hendrik, 2011. China und Indien im Vergleich: Wettstreit der Nachwuchs-Supermächte. Spiegel 24. Januar. Link unter <http://www.spiegel.de/fotostrecke/china-vs-indien-zwei-giganten-im-vergleich-fotostrecke-63775-2.html>, 2016-03-22.

Abb. 6

Ternieden, Hendrik, 2011. China und Indien im Vergleich: Wettstreit der Nachwuchs-Supermächte. Spiegel 24. Januar. Link unter <http://www.spiegel.de/fotostrecke/china-vs-indien-zwei-giganten-im-vergleich-fotostrecke-63775-9.html>, 2016-03-22.

2 Konzept der nachhaltigen Entwicklung – Bedeutung für städtische Sanitärversorgung

Autor: David Umhauer

Das Prinzip der Nachhaltigkeit

Begriffsentwicklung

Der Begriff der Nachhaltigkeit taucht in der Literatur erstmals 1713 auf. So war es der deutsche Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz, der in seinem Werk "Sylvicultura oeconomica" der Forstwirtschaft empfahl, nur die Menge an Holz zu ernten, die im selben Zeitraum wieder nachwächst. Weitergedacht bedeutet dies, dass ein natürliches System in seinen wesentlichen Eigenschaften langfristig erhalten werden soll. Dem Adel gefiel dieser Gedankengang und spätestens mit der Zweitaufgabe seines Buches 1732, stand die erste Anleitung zur deutschen Forstwirtschaft fest (Lexikon der Nachhaltigkeit o.J.a).

Nachhaltigkeitsbegriff heutzutage

Seit der „Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung“ (UNCED) im Jahre 1992, bilden das Prinzip der Nachhaltigkeit und das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung das Leitbild der internationalen Umwelt- und Entwicklungspolitik, dem sich 178 Staaten in der Rio-Deklaration über Umwelt und Entwicklung, sowie in der Agenda 21, verpflichtet haben. Dabei umschreibt das Nachhaltigkeitsprinzip das Bemühen der Weltgemeinschaft, allen Ländern gleiche Entwicklungsmöglichkeiten zu eröffnen, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Interessen nicht befriedigen können. In diesem Kontext ist es stets notwendig, die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit gleichberechtigt (BMZ o.J.), wie auch inter- und intragenerativ zu betrachten (Bauer 2008):

- Wirtschaftlich effizient
- Ökologisch tragfähig
- Sozial gerecht

Zusammengefasst zielt das Prinzip der Nachhaltigkeit darauf ab, wirtschaftlichen Wohlstand zu etablieren, sozialen Ausgleich zu ermöglichen und die natürlichen Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen nicht zu gefährden (Bauer 2008).

Nachhaltigkeit in Städten

Um Ziele einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu definieren, muss man sich zunächst mit den aktuellen Problemen und Herausforderungen auseinander setzen. Der Trend der Urbanisierung wird in der Literatur als eine der Hauptherausforderungen genannt (GIZ und

ICLEI 2014). In Panesar und Bischoff (2008) finden sich speziell zu indischen Städten folgend genannte Problemfelder:

- Landnutzungskonflikte
- Verschlechterung der Umweltbedingungen
- Verschmutzung
- Verbrauch natürlicher Ressourcen
- Sozioökonomische Probleme inkl. Industrie
- Handel und Kommerzialisierung
- Gesundheit
- Slums und Existenzgrundlage
- Wasser- und Energieverbrauch
- Finanzierung und Einkommen von Kommunen

Daraus abgeleitet lassen sich unter anderem folgende nachhaltig zu lösende Ziele formulieren (Lexikon der Nachhaltigkeit o.J.b; GIZ und ICLEI 2014):

- Optimierung des Ressourcenverbrauchs wie z.B. Energie und Raum
- Minimierung von Abfällen, sowie Förderung von Recycling
- Verbesserung der Lebensqualität
- Architektonische und infrastrukturelle Innovationen
- Minimierung von Risiken und Vulnerabilität
- Finanzielle Unterstützung für urbane Entwicklung
- Nachhaltig ausgerichtete Kommunalpolitik

Laut Lexikon der Nachhaltigkeit (o.J.b) bereiten die drei zentralen Elemente, Energieverbrauch, Raumnutzung und Produktion nicht verwertbarer Materialien, jedoch die größten Probleme. Durch die wachsende Weltbevölkerung und den Trend der Urbanisierung, ziehen immer mehr Menschen in die Städte, in denen stetig mehr Raum und Energie benötigt wird. Automatisch werden dort nun auch mehr Abfälle produziert. Eine nachhaltige Stadtentwicklung muss nun versuchen, durch z.B. ein verbessertes Verkehrsnetz für den ÖPNV, eine effiziente Raumnutzung, eine regelmäßige Müllentsorgung oder innovative Gebäude die Probleme Stück für Stück zu minimieren. Dabei muss darauf geachtet werden, dass es für eine nachhaltige Stadtentwicklung keine Musterlösung gibt, die auf jede Stadt angewendet werden kann. Neben naturräumlichen Gegebenheiten bestimmen auch kulturelle und soziale Disparitäten an welchen Faktoren gearbeitet werden kann. In jüngster Zeit werden sogar ganze nachhaltige Stadteile bzw. Städte aus dem nichts geschaffen.

Nachhaltige Stadtentwicklung am Beispiel Vauban, Freiburg im Breisgau

Das Freiburger Stadtviertel Vauban entstand zwischen 1994 und 2014 aus einer alten französischen Kaserne und misst rund 42 ha. Die Gebäude sind nach Freiburger Niedrigenergie-Standard gebaut worden, wobei die Haushalte die meiste Energie von den Solardächern sogenannter Plus-Energiehäuser beziehen. Ein Biomasseheizkraftwerk versorgt die Gebäude durch ein modernes Nahwärmesystem mit Wärme. Im sanitären Bereich besitzt ein Teil der Häuser Ecosan-Technologie und Vakuumtoiletten. Zudem ist das komplette Viertel eine autofreie Zone, die Straßenbahn sorgt für Anschluss an die anderen Stadtteile (Lexikon der Nachhaltigkeit o.J.b).

Nachhaltigkeit in Indien

Indien ist ein klassisches Schwellenland, in dem Wachstum an erster Stelle der Prioritätenliste steht und Ökologie an letzter (Keppner 2014). Genauer gesagt hat Indien seit Unterzeichnen der Millennium Development Goals zwar die eigene Wirtschaft verbessert, jedoch weist es klare Defizite in den Bereichen Ökologie und Gesellschaft auf (Hauff et al. 2013). Untersuchungen ergaben, dass das positive ökonomische Wachstum während der letzten 20 Jahre zu einem starken Teil auf einer ökologischen Ausbeutung beruht, wodurch die Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen sehr gefährdet sind. Vor allem in einem Land wie Indien, das größtenteils durch die Landwirtschaft geformt ist, sind Naturgüter wie Boden und Wasser besonders wichtig. Durch die Urbanisierung und Industrialisierung hat sich in den Städten die Lebensqualität verschlechtert und immer mehr Schadstoffe werden dort in die Luft und die Gewässer eingetragen. Die indische Bevölkerung selbst ist stark durch das Kasten-System geprägt, wodurch es zu großen Unterschieden in Bildung, Jobs und sozialer Anerkennung kommt. Außerdem gibt es nach wie vor große Unterschiede zwischen Mann und Frau sowie zwischen ländlichen und städtischen Gebieten (Hauff 2011).

Um eine nachhaltige Entwicklung zu gewährleisten, muss in erster Linie durch die Regierung eingelenkt werden. Das ausbeuterische Wirtschaften der Industrie kann z.B. durch Umwelt-Auflagen ausgebremst werden. Eine weitere Möglichkeit besteht in Langzeitplänen, wie etwa den erneuerbaren Energien-Anteil bis 2030 um 25 Prozent zu steigern (Hauff 2011). In jüngster Zeit finden sich immer mehr indische Projekte, in denen die Energiegewinnung aus Solar, Wind und Wasser ausgebaut wird. Allerdings ist Indien bei solchen Großinvestitionen wie dem Ausbau des erneuerbaren Energien-Sektor, der Infrastruktur, oder der Bereinigung von Umweltschäden in großem Maße auf Fördergelder und Know-how aus wohlhabenden Ländern wie Deutschland angewiesen (Pathak 2014). Bei der Sicherstellung der allgemeinen Menschenrechte (wie z.B. Recht auf Bildung) bereiten das bestehende Kasten-System und das Weltbild von Frau und Mann die größten

Probleme, die vor allem kulturell bedingt sind. Auch hier könnte die Politik erste Steine ins Rollen bringen.

Der Blick in die Literatur zeigt, dass Indien mit seinen 1,2 Milliarden Einwohner noch viele Stellschrauben auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung zu richten hat.

Nachhaltigkeit im Sanitärbereich

Die Bereitstellung von nachhaltigen Sanitäreinrichtungen wird heutzutage als einer der Key-drivers für allgemeine nachhaltige Entwicklung angesehen, und ist auf der Liste der Millennium Development Goals mit der Wasserversorgung gleichgesetzt (Panesar und Bischoff 2008). Eine nachhaltige Sanitäreinrichtung ist dabei wie folgt definiert:

“The main objective of a sanitation system is to protect and promote human health by providing a clean environment and breaking the cycle of disease. In order to be sustainable, a sanitation system has to be not only economically viable, socially acceptable, and technically and institutionally appropriate, it should also protect the environment and the natural resources” (Sustainable Sanitation Alliance).

Die aktuelle Lage der Sanitärversorgung in Indien ist nach wie vor unbefriedigend: ein Großteil der Bevölkerung hat keinen Zugang zu sanitären Anlagen. Zwar investiert Indien in Form politischer Förderprogramme bereits seit 1986 in die Förderung von Sanitäreinrichtungen, jedoch hatte 2012 schätzungsweise die Hälfte der Bevölkerung keinen Zugang zu einer Toilette. Dabei sind es auch Pilotprojekte die das indische Know-how über nachhaltige Sanitäreinrichtungen (wie z.B. Ecosan-Technologie) nach und nach verbessern. Vor allem seit der Jahrtausendwende wird in dieser Richtung intensiv geforscht und langfristig professionelle Arbeitsplätze im Sanitärbereich geschaffen (Panesar und Bischoff 2008)

Auch im Sanitärbereich wird Indien durch andere Länder, NGOs oder Förderprogramme unterstützt. So wurden in der Vergangenheit beispielsweise mehrere Urine Diversion Dehydration Toiletten (UDDTs) gebaut oder Ecosan-Technologie-Experten geschult. Solche (Pilot)Projekte zeigen innovative Lösungen in klimatisch, kulturell, sozial, ökonomisch und geo-morphologisch unterschiedlichen Zusammenhängen, und helfen beim Entwickeln von Modelllösungen für sanitäre Bedürfnisse (Panesar und Bischoff 2008).

Eines dieser Projekte ist beispielsweise das Projekt in Kulgaon Badlapur. Dort wurden die veralteten Toiletten der Schuleinrichtung Adarsh Vidya Mandir in nachhaltige erneuert: Sparsame Toilettenspülungen, Anschluss zu einer Biogasanlage, sowie Nutzung von Urin und Fäkalien als Kompost (Panesar und Bischoff 2008).

Die Total Sanitation Campaign (TSC) der indischen Regierung, hat in der Vergangenheit gute Dienste geleistet, um toilettenfreie Dörfer mit sanitären Einrichtungen zu versorgen. Seit 2008 werden nun auch in Städten nachhaltig ausgerichtete Sanitäreinrichtungen gefördert (Panesar und Bischoff 2008). Bis die gesamte Bevölkerung mit nachhaltigen Sanitäreinrichtungen ausgestattet ist, ist es allerdings noch ein langer Weg.

Literaturverzeichnis

Bauer, S. (2008): Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung. BPB. Online verfügbar unter www.bpb.de/izpb/8983/leitbild-der-nachhaltigen-entwicklung?p=all, zuletzt geprüft am 25.03.2016.

BMZ (o.J.): Nachhaltigkeit (nachhaltige Entwicklung). Online verfügbar unter www.bmz.de/de/service/glossar/N/nachhaltige_entwicklung.html, zuletzt geprüft am 25.03.2016.

GIZ; ICLEI (2014): Operationalizing the Urban NEXUS: Towards resource-efficient and integrated cities and metropolitan regions. Unter Mitarbeit von C. Vogt, M. Zimmermann und K. Brekke. Eschborn. Online verfügbar unter www2.giz.de/wbf/4tDx9kw63gma/UrbanNEXUS_Publication_ICLEI-GIZ_2014.pdf, zuletzt geprüft am 25.03.2016.

Hauff, M. von (2011): Challenges for the National Sustainability Strategy of India. In: South Asia-Chronicle (1), S. 271–292.

Hauff, M. von; Chandran, D.; Saraswati, L. R. (2013): Challenges for a National Sustainability Strategy of India. In: International Quarterly for Asian Studies (44 1/2), S. 133–155.

Keppner, K. (2014): Nachhaltigkeit in Indien. Online verfügbar unter www.dw.com/de/nachhaltigkeit-in-indien/a-17412650, zuletzt geprüft am 03.04.2016.

Lexikon der Nachhaltigkeit (o.J.a): Hans Carl von Carlowitz, 1713. Online verfügbar unter www.nachhaltigkeit.info/artikel/hans_carl_von_carlowitz_1713_1393.htm, zuletzt geprüft am 25.03.2016.

Lexikon der Nachhaltigkeit (o.J.b): Nachhaltigkeit in der Stadtplanung. Online verfügbar unter www.nachhaltigkeit.info/artikel/nachhaltigkeit_in_der_stadtplanung_1878.htm, zuletzt geprüft am 02.04.2016.

Panesar, A.; Bischoff, J. (2008): Sustainable sanitation in India - Examples from Indo-German Development Cooperation. GIZ. Eschborn. Online verfügbar unter www.susana.org/_resources/documents/default/2-1136-en-ecosan-india-20081.pdf, zuletzt geprüft am 25.03.2016.

Pathak, S. (2014): Sustainable Development: An Agenda for India. Online verfügbar unter www.huffingtonpost.com/samarth-pathak/sustainable-development-india_b_5602482.html, zuletzt geprüft am 03.04.2016.

Sustainable Sanitation Alliance (2008): Planning for sustainable sanitation. Online verfügbar unter www.susana.org/images/documents/05-working-groups/wg06/final-docs/en-susanafactsheet-WG06-planning-version-1.1.pdf, zuletzt geprüft am 16.12.2008.

3 Die 2030-Agenda

Autorin: Marina Roth

Sustainable Development Goals – Ein Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung?

Geschichte und Entwicklung der Sustainable Development Goals

Die Sustainable Development Goals (SDG) sind von der UNO festgelegte Ziele für die globale nachhaltige Entwicklung. Ihre Entwicklung wurde auf der Rio+20- Konferenz im Jahr 2012 beschlossen und anschließend von einer offenen Arbeitsgruppe entwickelt (FORD 2015). Insgesamt 17 Ziele (Tabelle 1) und 169 konkrete Unterziele wurden am 25.09.15 von den 193 UN- Staaten angenommen und sind am 01.01.2016 in Kraft getreten. Ihre Laufzeit gilt bis zum Jahr 2030, bis dahin sollen die Ziele erreicht sein.

Die Ziele wurden in Anlehnung an die Millenniums- Entwicklungsziele (MDG) entwickelt, es gibt jedoch zwei wichtige Weiterentwicklungen: Zum einen sollen die Ziele gleichermaßen für alle Staaten gelten und nicht auf die Entwicklungsländer beschränkt sein. Zum anderen steht die Nachhaltigkeit stärker im Vordergrund und neben der sozialen Entwicklungsdimension und der Ökonomie stellt nun auch die Ökologie einen zentralen Aspekt dar (SACHS 2012).

Tabelle 1 Die 17 Sustainable Development Goals (Assembly, U. G. 2015).

1	Keine Armut	10	Weniger Ungleichheiten
2	Kein Hunger	11	Nachhaltige Städte und Gemeinden
3	Gesundheit und Wohlergehen	12	Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster
4	Hochwertige Bildung	13	Maßnahmen zum Klimaschutz
5	Geschlechtergleichstellung	14	Leben unter Wasser
6	Sauberes Wasser und Sanitärversorgung	15	Leben an Land
7	Bezahlbare und saubere Energie	16	Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen
8	Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum	17	Partnerschaften zur Erreichung der Ziele
9	Industrie, Innovation und Infrastruktur		

Funktionsweise und Indikatoren

Während die Formulierung der Ziele abgeschlossen ist, ist der Weg der konkreten Umsetzung in vielen Teilen noch nicht abschließend geklärt. Die Implementierung der Ziele soll durch Berichterstattung und Monitoring überprüft werden (ESPEJ 2015). Die Entwicklung von passenden, relevanten und überprüfbaren Indikatoren durch Expertengruppen soll im Frühjahr 2016 abgeschlossen sein (FORD 2015).

Eine ungeklärte Frage ist auch die Finanzierung der Zielumsetzung. Laut groben Schätzungen von Expertengruppen würde die Bereitstellung eines Sozialsicherungssystems, das extreme Armut beseitigen kann, 43 Mrd. \$ im Jahr kosten, während jährliche Investitionen zur Verbesserung von Infrastruktur (Wasser, Landwirtschaft, Verkehr, Energieversorgung) gar bis zu 7 Trillionen \$ weltweit betragen würden (FORD 2015). Auf einer Konferenz im Juli 2015 in Addis Ababa, Äthiopien konnten keine konkreten Lösungsansätze oder die Schaffung neuer Geldquellen beschlossen werden. Nach wie vor gilt das vor 45 Jahren festgelegte UN-Ziel für Entwicklungshilfe von 0,7 Prozent des GNI, das jedoch von den vielen Ländern noch nicht erreicht wurde (CHONGHAILE 2015).

Bedeutung der Ziele für die nachhaltige Stadtentwicklung

Mit der global wachsenden Bevölkerung und der zunehmenden Urbanisierung hat die nachhaltige Stadtentwicklung in den letzten Jahrzehnten stark an Bedeutung gewonnen. Während 1950 nur 28,8 Prozent der Weltbevölkerung in Städten lebten, waren es 2010 bereits 50 Prozent, laut Schätzungen des UNDESA wird sich der Anteil bis 2050 auf knapp 69 Prozent weiter erhöhen. Dabei ist in den sich ökonomisch noch entwickelnden Staaten ein stärkerer Trend zu erwarten als in den ökonomisch entwickelten Staaten (Bpb 2010).

Unter den MDGs gab es kein eigenes Ziel für nachhaltige Stadtentwicklung und die Zielvorgabe 11 des MDG 7 („Die Lebensbedingungen von mindestens 100 Mio. Slumbewohnern zu verbessern“) wurde der Komplexität und den Ansprüchen des Themas der Stadtentwicklung nicht gerecht (RIVERA 2013). Laut RIVERA & LAGOS (2013) kann ein eigenständiges Ziel zur Stadtentwicklung nicht nur die lokalen Regierungen und die vertikale politische Integration stärken, sondern auch die Wahrnehmung der SDG auf gesellschaftlicher Ebene erhöhen. Mit dem SDG 11 „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten“ wurde ein solch alleinstehendes Ziel geschaffen. Unterziele sind unter anderem der Zugang zu sicherem und bezahltem Wohnraum (11.1), Verkehrssystemen (11.2), Inklusion (11.3), aber auch die Erhaltung des Weltkultur- und Weltnaturerbes (11.4) und die Senkung von Todesfällen und (finanziellen) Verlusten bei Katastrophen (11.5). Weiterhin soll die Umweltbelastung durch verbesserte

Luftqualität und weniger Abfallbelastung gesenkt werden (11.6) und der Zugang zu öffentlichen (Grün-)Flächen verbessert werden (Assembly, U.G. 2015: 21-22, Tabelle 2). Während eine weitestgehend sinnvolle und durchdachte Formulierung von Unterzielen und Zielvorgaben für das Ziel 11 gelang, gestaltete sich die Entwicklung von gut messbaren Indikatoren für eine nachhaltige Stadtentwicklung teilweise recht schwierig. Eine besondere Herausforderung bei der Planung des Monitorings ergab sich dadurch, dass das gleiche Maß für sehr heterogene Städte sowohl in entwickelten Ländern als auch in Entwicklungsländern gelten sollte (SIMON, 2015). In einer vergleichenden Pilotstudie wurden die vorläufigen Zielvorgaben und Indikatoren in fünf verschiedenen Städten, darunter Bangalore, Kapstadt und Göteborg, getestet. Laut der Studie, die in Zusammenarbeit von Forschern und lokalen Behörden durchgeführt wurde, hatte jede der Städte Probleme damit, alle benötigten Daten zu erfassen. Die Städte steuerten auch Verbesserungsvorschläge bei, die zur endgültigen Entwicklung der Indikatoren beitrugen (SIMON et al. 2015).

Tabelle 2 Auszug aus den vorläufigen Unterzielen, Zielvorgaben und Indikatoren des SDG 11. Übersetzt nach UNSC (2015: 29-31).

Unterziel	Zielvorgabe	Indikatoren
11.1 Wohnen	Bis 2030 allen den Zugang zu adäquatem, sicherem und erschwinglichen Wohnraum und zu grundlegenden Dienstleistungen sichern; Slums upgraden	- Prozentteil der Stadtbevölkerung, die in Slums/informellen Siedlungen leben - Anteil der Bevölkerung, der mehr als 30Prozent seines Einkommens für Wohnraum ausgibt
11.2 Transport	Bis 2030 allen den Zugang zu sicherem, erschwinglichen, zugänglichen und nachhaltigen Transportsystemen sichern; die Straßensicherheit erhöhen, insbesondere durch das Ausdehnen von öffentlichem Transport mit besonderer Beachtung derer in verletzlichen Situationen, Frauen, Kindern, Behinderten und Älteren	- Prozentteil der Bevölkerung in unter 0.5 km Abstand zu öffentlichen Verkehrsmitteln (Frequenz < 20 min) in Städten mit mehr als 500.000 Einwohnern - Km von öffentlichen Transportsystem mit hoher Kapazität (BRT, Stadtbahn, Metro) je Einwohner für Städte mit mehr als 500.000 Einwohnern
11.3 Landnutzung und	Bis 2030 die inklusive und nachhaltige Urbanisierung und die Kapazität für partizipative(s), integrierte(s)	- Verhältnis von Landverbrauch und Bevölkerungswachstum auf einer vergleichbaren Skala

partizipative Planung	und nachhaltige(s) Planung und Management für menschliche Siedlungen in allen Ländern erhöhen	- Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern, die urbane und regionale Entwicklungspläne mit Integration von Bevölkerungsprognosen und Ressourcenbedarf implementieren
11.4 Kulturellen und natürliches Erbe	Stärkung der Bemühungen, das Weltkultur- und Weltnaturerbe zu schützen und zu bewahren	- Prozentteil des Budgets, das für das Erhalten von Weltkultur- und Weltnaturerbe bereitgestellt wird - Prozentteil des städtischen Gebietes und Prozentteil historischer/kultureller Stätten mit bewilligtem Schutzstatus

Im urbanen Umfeld kommen viele Gesichtspunkte, die eine nachhaltige Entwicklung betreffen, zusammen. Ökonomische, ökologische, soziale, physikalische und staatliche Aspekte spielen eine Rolle, gleichwohl können mit einer erfolgreichen nachhaltigen Stadtentwicklung auch viele Probleme gleichzeitig angesprochen werden (RIVERA, 2013). Folglich spielen auch viele der anderen Sustainable Development Goals eine mehr oder weniger direkte Rolle für die Stadtentwicklung. Insbesondere das Ziel 9 (Industrie, Innovation und Infrastruktur) und Ziel 6 (sauberes Wasser und Sanitärversorgung) sprechen Missstände an, die vor allem in urbanen Gebieten vorherrschen und zu deren Erreichung ein Hauptfokus auf einer nachhaltigen Stadtentwicklung liegen muss. Im folgenden Abschnitt soll am Beispiel des SDG 6 erläutert werden, wie die Umsetzung eines nachhaltigen Entwicklungsziels funktionieren kann.

Ein Beispiel an der Praxis: Sanitätssysteme in indischen Städten (Ziel 6)

Bereits zur Erreichung des MDG 7, dem Vorgänger des SDG 6, wurden in Indien viele Maßnahmen und Projekte in Gang gesetzt. Nach der „National Urban Sanitation Strategy“, die im November 2008 vom Ministerium für Stadtentwicklung vorgestellt wurde, zählen sowohl die Abschaffung offener Toiletten sowie das Recycling und die Wiederbenutzung von geklärtem Abwasser zu den Hauptzielen (PANESAR et al. 2008: 8ff). Dadurch sollen unter anderem hygienische Probleme reduziert werden, die einen kritischer Punkt für die Ausbreitung von Krankheiten und die Verursachung damit verbundener Kosten darstellen (Abbildung 3).

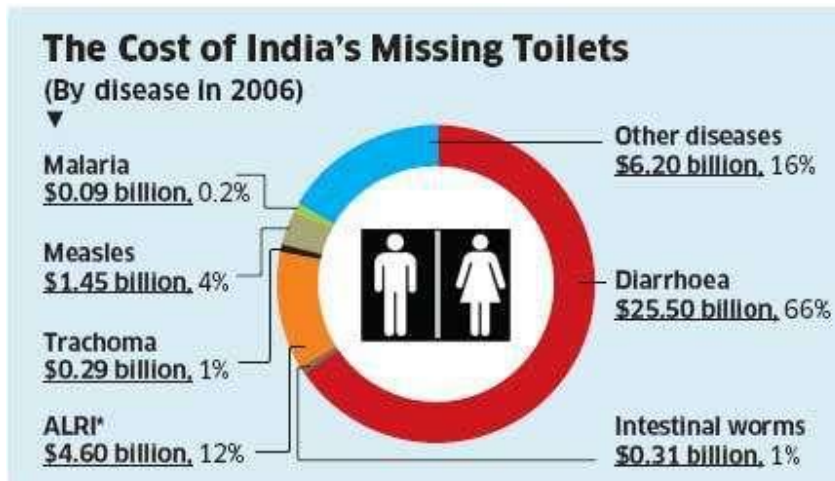


Abbildung 3 Durch das Fehlen von Toiletten verursachte Kosten in Indien im Jahr 2006. (Quelle: TYAGI, 2012).

Die Aufgabe der Sanitär- und Wasserversorgung ist in Indien Staatsaufgabe, die Verantwortung wird jedoch von Organisationen wie den Pachayati Raj Institutions (PRIs) und Urban Local Bodies (ULBs) getragen. Die Planung und Durchführung erfolgt durch staatlich-öffentliche Health Engineering Departments (PANESAR et al. 2008: 8ff). Die Ziele und Umsetzung der Sanitärentwicklung werden zum einen in den staatlichen Five-Year-Plans als auch in der National Urban Sanitation Strategy festgesetzt. Unter anderem wird die Umsetzung auch von externen bi- und multilateralen Institutionen, wie z.B. der WHO, UNICEF oder dem UNDP unterstützt.

Das Monitoring des Ziels 6 wird auf verschiedene Organisationen aufgeteilt. Für die Ziele 6.1 und 6.2 (Trinkwasser, Sanitär und Hygiene) wird weiterhin das WHO/UNICEF Joint Monitoring Programme (JMP) zuständig sein, das bereits die Implementierung der MDG dokumentierte. Für die vier neuen Unterziele die unter anderem Abwasserklärung, Effizienz der Wassernutzung und aquatische Ökosysteme beinhalten (6.3 – 6.6), wird derzeit eine neue globale Monitoring-Initiative namens GEMI („Integrated monitoring of water and sanitation related SDG targets“) entwickelt, basierend auf bereits existierenden Initiativen. Drittens wird die Implementierung der SDG Ziele 6a und 6b durch das UN-Water „Global Analysis and Assessment of Sanitation and Drinking-Water“ (GLAAS) durchgeführt werden. Durch eine gegenseitige Ausrichtung und Anpassung der drei Initiativen soll eine deckende und aussagekräftige Verfolgung des SDG 6 sowie verwandter SDG ermöglicht werden (UN Water 2015).

Positive Wahrnehmung der Ziele

Der Verabschiedung der SDG folgte viel Lob. Insbesondere wurde positiv wahrgenommen, dass ein Wandel der Denkweise stattgefunden hat: Im Gegensatz zu den MDG wurden die Ziele nicht von der Nordhalbkugel für die Südhalbkugel entwickelt sondern sollen für alle

Länder gelten (Bundespresseamt 2014). Des Weiteren wurde die Ambition der Ziele positiv aufgenommen sowie die stärkere Konzentration auf ökologische Gesichtspunkte. In Hinblick auf die nachhaltige Stadtentwicklung gab es insbesondere Lob für die Entwicklung eines eigenständigen Ziels zu diesem Thema (u.a. RIVERA & LAGOS, 2013). Laut SIMON (2015) ist es das erste Mal in der Geschichte, dass Staaten und ihre Regierungen ihren Städten solch eine Bedeutung in Hinblick auf die globale Nachhaltigkeit beimessen. Der Artikel betont insbesondere, dass Städte nun weltweit Daten, Fortschritte und Zielsetzungen in Sachen Nachhaltigkeit vergleichen können und werden.

Kritik an den Zielen

Mehrfach wurde kritisiert, dass die Ziele utopisch und unrealistisch wären, insbesondere z.B. das Ziel 16 (Frieden und Gerechtigkeit). REIMER (2015) schrieb, dass die Ziele auf dem Papier gut klängen, dass es aber weder eine Konfliktanalyse noch konkrete Lösungsansätze gäbe. Auch andere Organisationen kritisieren, dass die Ziele zu vage formuliert seien und keine konkreten Handlungsempfehlungen enthielten. Bei manchen Zielen, wie zum Beispiel bei dem Ziel der nachhaltigen Stadtentwicklung (SDG 11) wurde, wie weiter oben diskutiert, ein Mangel an passenden Indikatoren und der Messbarkeit der Ziele kritisiert. Bei anderen Zielen ist kein Zieljahr angegeben (z.B. bei allen Gender-SDGs (SDG 5) oder der erheblichen Verringerung von Korruption und Bestechung (16.5). Auch wurde kritisiert, dass nicht alle wesentlichen Themen angesprochen werden. Als nicht abgedeckte Themen werden zum Beispiel antimikrobielle Resistenzen, Pandemien und Arbeitsunfälle (VOGELSANG, 2015: 30) genannt. Des Weiteren wurde die Freiwilligkeit der Agenda bemängelt (Welthungerhilfe, 2016).

Ein weiterer Hauptbestandteil der Kritiken ist, dass die Ziele im Widerspruch miteinander stünden, zum Beispiel die Armutsbekämpfung und der Klimaschutz. VON BRACKEL (2015) illustriert dies am Beispiel von China: Das Land schaffte es durch Bodenreformen, Einführung der Marktwirtschaft und Industrialisierung erfolgreich die Armut im Land zu reduzieren, wurde damit aber auch zum größten CO₂-Emittenten der Welt. Auch das Ziel 7, die Versorgung der Welt mit sicherer Energie (auch als Antrieb für die Gesundheitsversorgung und das Wirtschaftswachstum) steht im Widerspruch zum Klima- und Umweltschutz. 1,1 Mrd. Menschen weltweit leben derzeit ohne stetige Stromversorgung. Nach VON BRACKEL (2015) ist das Defizit mit Ökostrom und Effizienzsteigerungen nicht zu decken, sondern erfolgt derzeit primär durch Kohlekraftwerke.

Ein weiterer häufig kritizierter Punkt ist die Nennung von Wirtschaftswachstum als nachhaltiges Entwicklungsziel (SDG 8). So schreiben SEIDEL & ZHRNT (2015), dass das Festhalten an der westlich geprägten und nicht zukunftsfähigen Wachstumsideologie überdacht werden muss und kritisieren, dass mit den SDG die ursprüngliche Idee des

Wachstums unter Vorbehalt („nur dort, wo nötig“) zu einer allgemeinen Forderung nach Wirtschaftswachstum mit dem Indikator Bruttonationaleinkommen generalisiert wurde. Der Hauptpunkt der Kritik ist hier wiederum die Widersprüchlichkeit zu anderen Zielen, da Wirtschaftswachstum klassisch auch mit einem höheren Ressourcenverbrauch einhergeht und somit nicht nachhaltig sein kann. Auch wird kritisiert dass mit der Formulierung der Unterziele nur eine Entkopplung von Wachstum und Umweltschäden vorgesehen ist, jedoch kein Wandel zu einem nachhaltigeren Lebensstil (SEIDEL & ZAHN, 2015).

Fazit

Mit den Sustainable Development Goals wurden globale Entwicklungsziele geschaffen, die für Entwicklungsländer und Industriestaaten gleichermaßen gelten. Alle Millennium-Entwicklungsziele wurden fortgeführt und zu weiten Teilen in ihrer Ambition verstärkt. Generell sind viele der Ziele sehr ambitioniert und könnten bei ausreichender Unterstützung einen potentiell großen positiven Effekt haben. Auch wenn, wie oben ausgeführt, einige (teilweise unvermeidbare) Widersprüche und Schwächen bei der Formulierung und Umsetzung, insbesondere bei der Bereitstellung von Indikatoren, bestehen, sind die SDG ein starkes Konstrukt. Insbesondere auch in Hinsicht auf die zunehmende Urbanisierung in diesem Jahrhundert stellen die SDG einen wertvollen Leitfaden für die globale nachhaltige Stadtentwicklung dar.

Literatur

Assembly, U.G., 2015. Transforming Our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development. Resolution adopted by the General Assembly on 25 September 2015. <https://sustainabledevelopment.un.org/post2015/summit>, 2016-03-01.

Bpb, 2010. Zahlen und Fakten – Globalisierung – Verstädterung. Artikel vom 08. Juni 2010. <http://www.bpb.de/wissen/6ODQKG>, 2016-04-09.

Bundespresseamt, 2014. Post-2015-Agenda: "Die Nachhaltigkeitsziele sind ein völliger Paradigmenwechsel". Interview mit Botschafter Csaba Körösi. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2014/10/2014-10-07-nachhaltigkeitsziele-paradigmenwechsel.html>, 2016-03-02.

Chonghaile, C.N., 2015. Addis Ababa outcome: milestone or millstone for the world's poor? The Guardian 16. Juli 2015, Update am 03. September 2015. <http://www.theguardian.com/global-development/2015/jul/16/financing-for-development-summit-outcome-addis-ababa-milestone-millstone-poverty>, 2016-03-02.

Espey, J., 2015. Data for Development: A Needs Assessment for SDG Monitoring and Statistical Capacity Development. Sustainable Development Solutions Network 15. Juli 2015.

<http://unsdsn.org/resources/publications/a-needs-assessment-for-sdg-monitoring-and-statistical-capacity-development/>, 2016-03-07.

Ford, L., 2015. Sustainable Development Goals. All you need to know. The Guardian 19. Januar 2015, Update am 03.09.15. <http://www.theguardian.com/global-development/2015/jan/19/sustainable-development-goals-united-nations>, 2016-03-02.

Griggs, D., Stafford-Smith, M., Gaffney, O., Rockström, J., Öhman, M.C., Shyamsundar, P., Steffen, W., Glaser, G., Kanie, N., Noble, I., 2013. Policy: Sustainable development goals for people and planet. *Nature*, 495(7441), 305-307.

Panesar, A. & Bischoff, J., 2008. Sustainable Sanitation in India – Examples from Indo-German Development Cooperation. Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, Eschborn.

Reimer, N., 2015. SDG: Der Anfang eines steinigen Weges. *Klimaretter.Info – Das Magazin zur Klima- und Energiewende* 28. September 2015. <http://www.klimaretter.info/meinungen/kommentare/19701-sdg-der-anfang-eines-steinigen-weges>, 2016-03-02.

Rivera, M., 2013. Political criteria for Sustainable Development Goal (SDG) selection and the role of the urban dimension. *Sustainability*, 5(12), 5034-5051.

Rivera, M., Lagos, A., 2013. Establishing a Sustainable Development Goal on Cities. IASS Policy Brief 3. Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS), Potsdam.

Sachs, J.D., 2012. From millennium development goals to sustainable development goals. *The Lancet*, 379(9832), 2206-2211.

Seidl, I. und Zahrnt, A., 2015. SDGs: Steht Nachhaltigkeit unter Wachstumsvorbehalt? *Blog Postwachstum* 28. September 2015. <http://www.postwachstum.de/sustainable-development-goals-steht-nachhaltigkeit-global-unter-dem-vorbehalt-von-wachstum-20150928>, 2016-03-04.

Simon, D., 2015. Cities respond: Testing the urban SDG indicators. *Citiscopes* 2. Oktober 2015. <http://citiscopes.org/habitatIII/commentary/2015/10/cities-respond-testing-urban-sdg-indicators>, 2016-04-09.

Simon, D., Arfvidsson, H., Anand, G., Bazaz, A., Fenna, G., Foster, K., Jain, G., Hansson, S., Evans, L.M., Moodley, N., Nyambuga, C., Oloko, M., Ombara, D.C., Patel, Z., Perry, B., Primo, N., Revi, A., van Niekerk, B., Wharton, A., Wright, C., 2015. Developing and testing the Urban Sustainable Development Goal's targets and indicators – a five-city study. *Environment and Urbanization*, 1-15.

Tyagi, A., 2012. India – Government funds for sanitation inadequate private sector should pool in. Sanitation Updates 9. Februar 2012. <https://sanitationupdates.wordpress.com/2012/02/09/india-government-funds-for-sanitation-inadequate-private-sector-should-pool-in/>, 2016-04-07.

UN Water, 2015. SDGs - Indicators and Monitoring. <http://www.unwater.org/sdgs/indicators-and-monitoring/en/>, 2016-03-05.

Vogelsang, L., 2015. Stärken und Schwächen der SDG-Targets (Sustainable Development Goals) - Evaluierung der wichtigsten befristeten Ziele der „2030 Agenda for Sustainable Development“ der UN. Präsentation von Global2015 e.V., Berlin am 9. November 2015. www.global2015.net/file/global2015sdg_targets.pdf, 2016-04-08.

Von Brackel, B., 2015. Armutsbekämpfung kontra Klimaschutz. Klimaretter.Info – Das Magazin zur Klima- und Energiewende 27. September 2015. <http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/19700-armutsbekaempfung-contra-klimaschutz>, 2016-03-03.

Welthungerhilfe, 2016. SDG: Ziele für eine nachhaltige Entwicklung. <http://www.welthungerhilfe.de/nachhaltigkeitsziele.html>, 2016-03-01.

Abbildungen und Tabellen

Tab.: 3 Die 17 Sustainable Development Goals (Assembly, U. G. 2015). Assembly, U.G., 2015. Transforming Our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development. Resolution adopted by the General Assembly on 25 September 2015. <https://sustainabledevelopment.un.org/post2015/summit>, 2016-03-01.

Tab.: 4 Auszug aus den vorläufigen Unterzielen, Zielvorgaben und Indikatoren des SDG 11. Übersetzt nach UNSC (2015: 29-31). UNSC, 2015. Technical report by the Bureau of the United Nations Statistical Commission (UNSC) on the process of the development of an indicator framework for the goals and targets of the post-2015 development agenda. [https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/6754TechnicalProzent20reportProzent20ofProzent20theProzent20UNSCProzent20BureauProzent20\(final\).pdf](https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/6754TechnicalProzent20reportProzent20ofProzent20theProzent20UNSCProzent20BureauProzent20(final).pdf), 2016-04-09.

Abb. 1 Tyagi, A., 2012. India – Government funds for sanitation inadequate private sector should pool in. Sanitation Updates 9. Februar 2012. <https://sanitationupdates.wordpress.com/2012/02/09/india-government-funds-for-sanitation-inadequate-private-sector-should-pool-in/>, 2016-04-07.

4 Klimawandel, die neuen Entwicklungen nach Paris (COP21) – Bedeutung für Smart Cities in Indien

Autor: Markus Kissing

Der Klimawandel ist in der politischen und gesellschaftlichen Debatte allgegenwärtig. Zu Recht, wenn man bedenkt, dass er ein historisches globales Problem darstellt, welches nur durch intensive internationale Zusammenarbeit, Vernetzung sowie Wissens-, und Technologieaustausch bekämpft werden kann. Städte nehmen bei der Transformation zu einer nachhaltigeren, grüneren Gesellschaft eine Schlüsselrolle ein. Schließlich stellen Städte nicht nur Zentren für Ideen, Kultur und Bildung dar, sondern sind auch für 70 Prozent der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich.

Der Klimawandel – Wo stehen wir?

Einige wichtige Ergebnisse der Klimaforschung (THE COPENHAGEN DIAGNOSIS, 2009) sind:

- Die globalen Treibhausgasemissionen nehmen zu: Zwischen 1990 und 2008 stiegen die Emissionen durch fossile Brennstoffe um 40 Prozent. Selbst bei einer Stagnation der Emissionen bestünde noch eine 25 prozentige Chance, dass das Ziel, die globale Erwärmung unter 2°C zu halten nicht erreicht wird.
- In den letzten 25 Jahren lag der mittlere Temperaturanstieg bei +0,19°C pro Dekade
- Auch im letzten Jahrzehnt wurde dieser Erwärmungstrend fortgesetzt, trotz weniger gemessener Sonneneinstrahlung. Dies belegt nochmals eindeutig, dass die Erwärmung auch anthropogenen Einflüssen geschuldet ist.
- Die Intensität von Wirbelstürmen stieg in den letzten 30 Jahren mit der Erwärmung der Ozeane an, extreme Wetterereignisse werden häufiger
- Landnutzungsänderungen haben großen Einfluss auf das Klima: Ein Stop der Abholzung tropischer Regenwälder könnte 20 Prozent der anthropogenen Emissionen sparen
- Eisschilde und Gebirgsgletscher schmelzen mit zunehmender Geschwindigkeit, auch das Arktische Meereis schrumpft rapide

- Es muss mit einem Meeresspiegelanstieg von mehreren Metern in den kommenden Jahrhunderten gerechnet werden
- Ein Handlungsverzug riskiert irreversible Schäden (Kipp-Punkte und Rückkopplungseffekte!)
- Eine Erwärmung um unter 2°C erfordert einen Höhepunkt der Emissionen zwischen 2016 und 2020 und anschließend eine rapide Reduktion dieser

COP21 in a Nutshell

Die Konferenz COP21 fand im Dezember 2015 in Paris unter den Voraussetzungen weltweiter Klimamärsche im Vorfeld mit hunderttausenden Demonstranten statt. Klimaaktivisten und -organisationen aus verschiedenen Ländern und Gesellschaftsschichten machten mit ihren Aktionen den Partizipanten klar, dass die Weltgemeinschaft ihre Augen auf Paris gerichtet hatte und sechs Jahre nach dem Desaster von Kopenhagen Ergebnisse sehen wollte.

Zu den Teilnehmern zählten 150 Staats- und Regierungsoberhäupter. Es waren Repräsentanten aus 196 Ländern anwesend, die zusammen für 94 Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich sind.

Zudem viele CEOs mächtiger Konzerne, NGOs und diverse Umweltgruppen.

Die Verhandlungen kamen zu einem äußerst wichtigen Ergebnis: Zum ersten Mal in der Geschichte einigten sich alle anwesenden Staaten auf ein völkerrechtlich verbindliches Klimaabkommen mit dem Ziel, die globale Erwärmung auf weit unter 2°C, möglichst 1,5°C zu begrenzen.

Die CEOs zahlreicher großer Firmen erklärten zudem die Absicht, ihren CO²-Ausstoß stark zu verringern oder im Falle von 52 großen Konzernen gar zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien umzusteigen. Das Ziel ist eine Dekarbonisierung, also der Ausstieg aus Öl, Gas und Kohle bis zur Mitte des Jahrhunderts. Dazu gehört auch ein Umlenken von Finanzströmen, um diese mit den Klimazielen kompatibel zu machen. Die Ergebnisse von COP21 können also auch als ein Signal für eine globale Energiewende betrachtet werden. Gleichzeitig wurde ein Solidaritätspaket vereinbart um diejenigen Staaten zu unterstützen, welche besonders stark von den Folgen des Klimawandels betroffen sind (BALS et al., 2016).

Nun sind die nationalen Regierungen, Investoren und die Zivilgesellschaft gefragt, um die Realisierung dieser ambitionierten Klimaziele durch Planung und Implementierung geeigneter und realistischer Maßnahmen voranzutreiben.

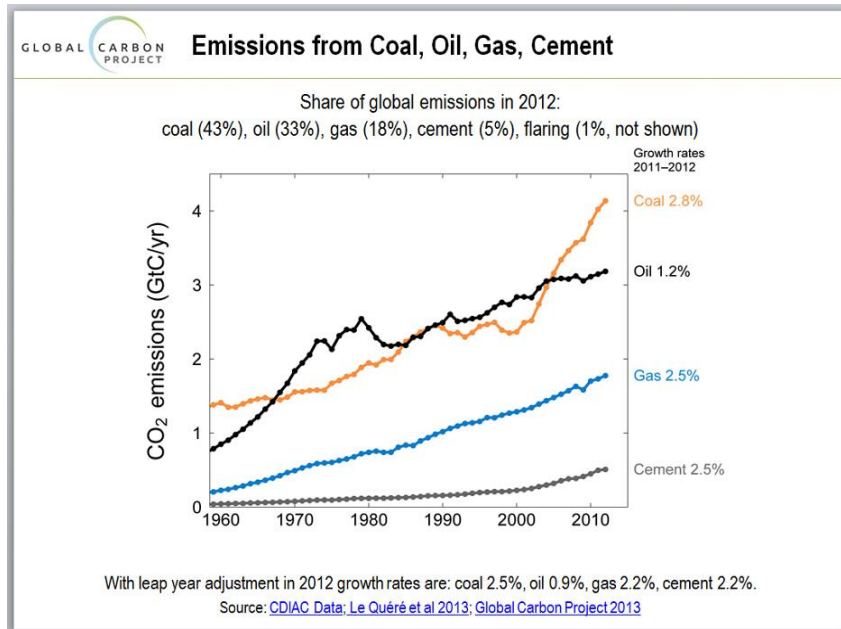


Abbildung 1 Emissions from Coal, Oil, Gas, Cement.
(Quelle: CDAC Data; LeQuene et al; Global Carbon Project 2013)

Die Rolle Indiens

Die Rolle Indiens bei COP21 war eine ganz besondere, da es sowohl zu den Verursachern, aber auch schon zu den Staaten gehört, welche bereits unter den Folgen des Klimawandels zu leiden hat (z.B. Dürre Anfang 2015, Überschwemmungen in Küstengebieten). Wie China oder Brasilien gehört es zu den aufstrebenden Schwellenländern – den sogenannten BRICS-Staaten. Gleichzeitig ist Indien weltweit drittgrößter Kohleproduzent hinter China und den USA, mit fast 300 Mrd. Tonnen an Ressourcen und 123 Mrd. Tonnen an Reserven, die genug Energie für 100 Jahre liefern würden (THE ECONOMIC TIMES, 2015). Es möchte die Zahl seiner Kohlekraftwerke in den nächsten Jahren verdoppeln und steht vor einer ähnlichen Entwicklung wie China, welches durch sein rapides wirtschaftliches Wachstum und den damit einhergehenden Energiehunger in den letzten 10 Jahren zum mit Abstand größten Emittenten von Treibhausgasen wurde. In den kommenden 15 Jahren könnte Indien seine CO₂-Emissionen verdreifachen. Gleichzeitig ist Indien jedoch global mit führend bei Solarenergie. In Paris verkündete der indische Premierminister sogar die Initiative International Solar Alliance (ISA), welche besonders den Ausbau von Solarenergie in Ländern zwischen den Wendekreisen mit hohem Solarpotential fördern soll (BALS et.al., 2016, S.25).

Der Großteil der Bevölkerung Indiens ist arm, 300 Millionen Menschen haben keinen Zugang zu Strom. Es gibt also ein großes Bedürfnis an Entwicklung und einer Verbesserung der Lebensbedingungen. So viele Menschen aus der Armut zu holen erfordert starke Investitionen unter anderem im Bauwesen, Transport, Sanitär- und der

Energieversorgung. 2015 lag der Pro-Kopf-Ausstoß an CO₂ in Indien noch bei 1,5 Tonnen. Dies könnte sich jedoch bei wachsendem Wohlstand und Energieverbrauch schlagartig ändern (zum Vergleich Deutschland: 9,11 Tonnen). Die auch durch den Klimawandel mit verursachte urbane Entwicklung, religiöse Konflikte, Korruption sowie die große Schere zwischen Arm und Reich stellt Indien vor besondere Herausforderungen. Das Recht auf Wachstum lässt sich Indien natürlich von den reichen Industrieländern nicht absprechen und setzt auf „Differenzierte Verantwortung“. Es ist besonders wichtig, dass Länder wie Indien, die vor einer großen wirtschaftlichen Entwicklung stehen, erneuerbare Energien als Grundlage eines modernen Energiesystems verstehen und nutzen.



Abbildung 2 Grad der Urbanisierung in Indien.
(Quelle: World Bank, 2015)

Die Rolle und Entwicklung der Städte

Als Wirtschaftszentren, Lebensraum und Innovationsort kommt Städten bei der Erreichung der Klimaziele eine hohe Verantwortung zu. Rund 70 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen sind auf den Energiehunger dieser Ballungszentren zurückzuführen. Dies zu ändern stellt eine große Herausforderung dar. Durch den Klimawandel bedingte Landflucht führt in vielen Ländern zu einer noch stärkeren Urbanisierung, was einen hohen Grad an infrastruktureller Organisation erfordert.

Bei den Klimaverhandlungen in Paris wurden Städtenetzwerke aufgebaut bzw. erweitert, wie etwa die C40 Cities oder das Covenant of Mayors. Ziel dieser Städtenetzwerke ist es, einen internationalen Austausch zu Themen rund um Adaption und Mitigation an den Klimawandel zu ermöglichen. Zudem können durch Absprache und Vernetzung beispielsweise Massenbestellungen von elektrischen Bussen durchgeführt werden, was Produzenten in grünen Sektoren ökonomisch neue Möglichkeiten eröffnet. Besonders in den Bereichen Bauwesen und Infrastruktur soll ein hohes Maß an wirtschaftlicher

Zusammenarbeit erreicht werden. Ziel soll es sein, durch Veränderungen und innovative Projekte Energie zu sparen und die genutzte Energie „grün“ zu machen. Gleichzeitig werden Standorte mit einem hohen Maß an bereits vorhandener, moderner, nachhaltiger Infrastruktur für Unternehmen attraktiver werden.

Die Voraussetzungen sind gut, denn es sind Milliarden schwere Investments in grüne Energie zu erwarten.

Durch den Klimawandel verstärkte Extremwetterereignisse wie Hitzewellen und Hochwasser werden Städte in Zukunft vor neue Herausforderungen im Bereich des Verkehrssystems, Abwassersystems und eventuell sogar im System der Lebensmittelversorgung stellen (ROBRECHT, 2015). Extreme Regenfälle und Überschwemmungen können beispielsweise Eisenbahnstrecken, Straßen und Metrosysteme lahmlegen. Unzureichende Sanitärsysteme können zu Umweltverschmutzungen und Epidemien führen.

Hitzewellen werden den Asphalt und die Gebäude der Städte noch zunehmend erhitzen, wobei hier die gezielte Anlage von Parks und durchdachte Pflanzungen von Stadtbäumen entgegenwirken kann.

All diese Herausforderungen bringen also auch eine Vielzahl an Entwicklungsmöglichkeiten mit sich. Ein breiter gesellschaftlicher Konsens und ein hohes Maß an internationaler Kooperation werden dabei helfen, diese Entwicklungen zu beschleunigen.

Literaturverzeichnis:

Bals, Kreft, Weischer, 2016: Die Ergebnisse des Pariser Klimagipfels COP21, Germanwatch, Bonn, ISBN 978-3-943704-41-9

UN (United Nations) (2007): World Urbanization Prospects. The 2007 Revision. New York http://www.un.org/esa/population/publications/wup2007/2007WUP_Highlights_web.pdf

The Copenhagen Diagnosis, 2009: Updating the world on the Latest Climate Science. I. Allison, N. L. Bindoff, R.A. Bindshadler, P.M. Cox, N. de Noblet, M.H. England, J.E. Francis, N. Gruber, A.M. Haywood, D.J. Karoly, G. Kaser, C. Le Quéré, T.M. Lenton, M.E. Mann, B.I. McNeil, A.J. Pitman, S. Rahmstorf, E. Rignot, H.J. Schellnhuber, S.H. Schneider, S.C. Sherwood, R.C.J. Somerville, K. Steffen, E.J. Steig, M. Visbeck, A.J. Weaver. The University of New South Wales Climate Change Research Centre (CCRC), Sydney, Australia, 60pp.

The Economic Times, 2015: India won't need coal imports by 2017
http://articles.economictimes.indiatimes.com/2015-11-16/news/68326226_1_coal-washeries-coal-imports-coal-shortages

Robrecht, 2015: Klimawandel und Städte, Europäische Umweltagentur
<http://www.eea.europa.eu/de/signale/signale-2015/interviews/klimawandel-und-staedte>

Abbildungen:

Abb.1

Global Carbon Project (2015). Emissions from Coal, Oil, Gas,Cement. Link auf
http://www.globalcarbonproject.org/carbonbudget/15/files/GCP_budget_2015_v1.pdf

Abb.2

World Bank (2015): Grad der Urbanisierung in Indien von 2004-2014
<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/170736/umfrage/urbanisierung-in-indien/>

5 Das UN-System am Beispiel der Habitat III Konferenz

Autorin: Sarah Spasiano

Die UNO und ihre Organe – ein Überblick

Die im Jahre 1945 gegründete Organisation der Vereinten Nationen (UNO) setzt sich aus vielen unterschiedlichen Institutionen zusammen. Die wichtigsten davon, die auch als ‚Hauptorgane‘ bezeichnet werden, sind

- der Sicherheitsrat, der den Frieden sichern soll und sich aus fünf ständigen und zehn nichtständigen Mitgliedern zusammensetzt,
- die Generalversammlung, in der alle Mitglieder der UNO einen Platz haben und die eine Art Parlament der UNO darstellt,
- der Wirtschafts- und Sozialrat mit seinen Unterorganisationen, die mit Aufgaben wie Entwicklung, Menschenrechte und Kultur vertraut sind,
- das Sekretariat mit ihrem obersten Vertreter, dem Generalsekretär der UNO, das für bürokratische und Verwaltungsaufgaben zuständig ist, sowie
- der Internationale Gerichtshof.

UN-Habitat gehört zu einer ganzen Reihe von Nebenorganen, zu der Untergruppe „Fonds und Programme“, zusammen mit beispielsweise dem Kinderhilfswerk UNICEF oder dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR). Die Fonds und Programme unterstehen zwar der Generalversammlung, haben aber doch ein gewisses Maß an Autonomie.¹

¹ Quelle: Internetseite der DGVN: <http://www.dgvn.de/un-im-ueberblick/un-institutionen/> [04/03/2016] und Wolf 2016: 18-31.

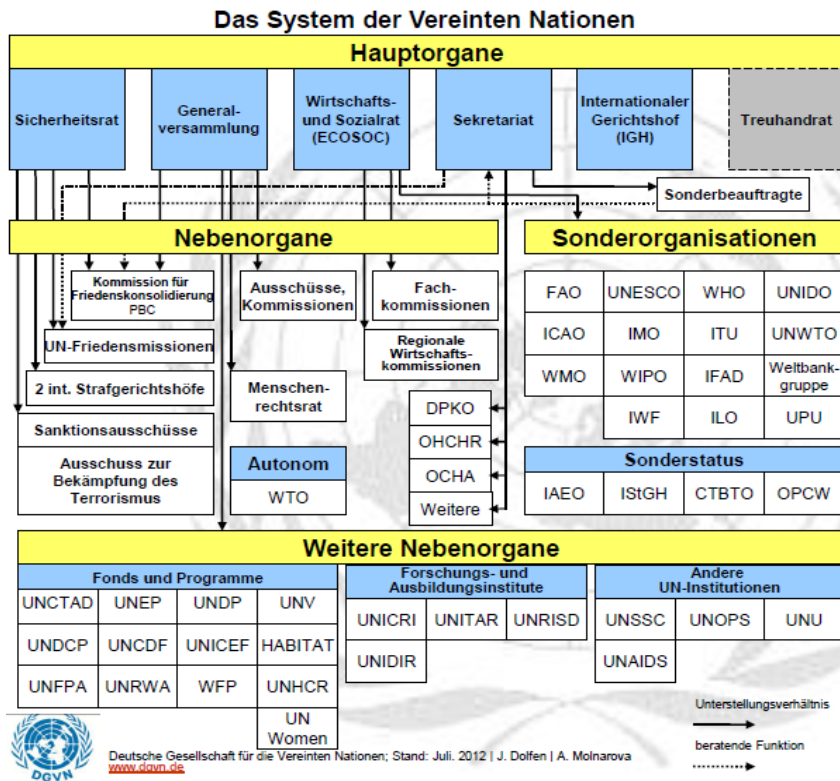


Abbildung 1: Das System der Vereinten Nationen. Quelle: DGVN, 2016

Kurze Geschichte des UN-Habitat-Programmes

Die Abbildung 2 stammt von der Homepage der Habitat III Konferenz und zeigt in einer Übersicht die Reihenfolge von für Habitat relevanten UNO-Konferenzen. Im folgenden Abschnitt werde ich grob die Geschichte von Habitat bis heute nachvollziehen, bevor ich im nächsten Abschnitt dann auf Habitat III eingehe.

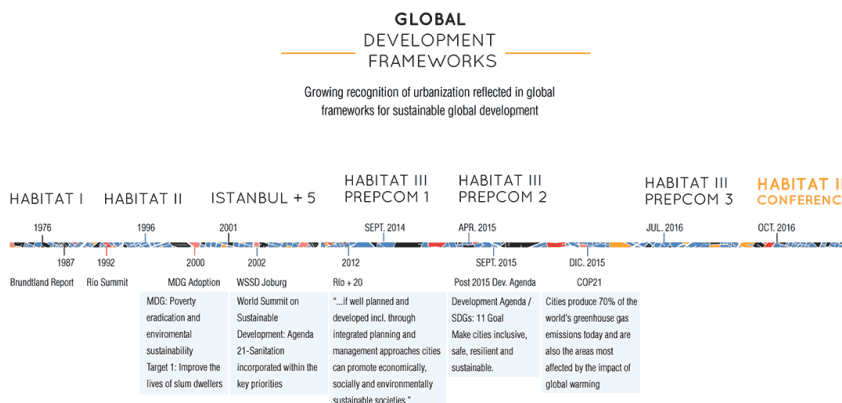


Abbildung 2: Überblick über den Habitat-Prozess. (Quelle:Habitat3.org)

Die erste Habitat Konferenz fand unter dem Namen *UN Conference for Human Settlements*² im Jahr 1976 in Vancouver statt. Angesichts der schnellen Urbanisierung in den 1970er Jahren entstand eine Plattform zum Austausch über Probleme, die damit verbunden sind und Ansätze zu deren Lösung. Als Ergebnisse wurde die *Vancouver Declaration on Human Settlements* verabschiedet. Zwei wichtige Punkte darauf waren: „Recognition that shelter and urbanization are global issues to be adressed collectively“³ sowie die Einrichtung des UNCHS-Habitat (*United Nations Center for Human Settlements*). Einfluss und Beteiligung von Mitgliedsstaaten, sowie die Umsetzung der Ziele, die in der Vancouver Erklärung verabschiedet wurden, waren allerdings begrenzt⁴.

20 Jahre später, 1996 fand dann die Habitat II Konferenz in Istanbul statt. Dabei wurden einerseits die Ergebnisse der ersten Habitat-Konferenz bestärkt und andererseits die *Habitat Agenda*, oder *Istanbul Declaration on Human Settlements* beschlossen. In der Agenda wurden neue Ziele des Habitat-Programmes festgelegt: „ensuring adequate shelter for all and making human settlements safer, healthier and more liveable, equitable, sustainable and productive.“⁵ Des Weiteren werden Städte als Zentren von Entwicklung anerkannt und die Bedeutung von Nachhaltigkeit auch bei Stadtentwicklung und Stadtplanung, sowie ein gleicher und gerechter Zugang aller Menschen (Schwerpunkt Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen und Menschen in extremer Armut) zu guten Lebensbedingungen in der Stadt werden hervorgehoben. Zwei weitere Ziele, die ich erwähnen möchte, sind die Einbeziehung der lokalen Politik und das Zusammenwirken von urbaner und ländlicher Entwicklung.⁶ Bei der Habitat II Konferenz wurden auch erstmals Vertreter von Lokalpolitik, sowie der Zivilgesellschaft eingeladen. Einige der damals gesetzten Ziele wurden auch erreicht, so wohnen beispielsweise global betrachtet heute weniger Menschen in Slums, während sich andere Probleme noch verschärften.⁷ Im Jahr 2016, also 20 Jahre nach der Habitat II Konferenz wird die Nachfolgekonzferenz Habitat III in Quito stattfinden, auf diese möchte ich im folgenden Abschnitt eingehen.

² Quelle: <http://citiscopescope.org/habitatIII/explainer/2015/06/whats-history-habitat-process> [07/03/2016]

³ Quelle: Internetseite der Habitat III Konferenz: <https://www.habitat3.org/the-new-urban-agenda/about> [05/03/2016]

⁴ Quellen: *The Vancouver Declaration On Human Settlements*, verfügbar unter <http://habitat.igc.org/vancouver/van-decl.htm> [07/03/2016] und Artikel Cityscope: <http://citiscopescope.org/habitatIII/explainer/2015/06/whats-history-habitat-process> [07/03/2016]

⁵ Quelle: *The Habitat Agenda - Istanbul Declaration on Human Settlements*, verfügbar unter <https://habitat3.unteamworks.org/file/497879/download/542320> [05/03/2016]

⁶ Quelle: Internetseite der Habitat III Konferenz: <https://www.habitat3.org/the-new-urban-agenda/about> [05/03/2016]

⁷ Quelle: Artikel Cityscope <http://citiscopescope.org/habitatIII/explainer/2015/06/whats-history-habitat-process> [07/03/2016]

Die Habitat III Konferenz

Als bedeutend für die Habitat III Konferenz wird hervorgehoben, dass erstmals in der Geschichte der Menschheit über die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten lebt⁸. Eine Lösung für die Probleme in Zusammenhang mit Urbanisierung zu finden wird so noch dringender und die Bedeutung der Konferenz wird umso wichtiger.

Ziele

Die neue Agenda für Habitat III wird sich, da diese eine der ersten UN-Konferenzen nach der Festlegung der SDGs ist, an diesen orientieren, besonders an Ziel 11: „Make cities inclusive, safe, resilient and sustainable“⁹ und den dazugehörigen Unterzielen. Die Ziele, die in der Habitat III Konferenz umgesetzt werden sollen, sind unter der *Urban New Agenda* zusammengefasst. Dazu gehören beispielsweise die Einbeziehung von mittleren und kleinen Städten und ländlichen Räumen, sowie deren Verknüpfung mit großen Städten, um Urbanisierungsprozesse zu verlangsamen und einen nachhaltigen Ansatz zu garantieren, außerdem die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit im urbanen Raum, besonders bezogen auf die Inklusion von Frauen, Kindern und Menschen mit Behinderungen. Weitere wichtige Aspekte sind eine nachhaltige Stadtplanung und Stadtentwicklung (besonders von Ziel 11 der SDGs beeinflusst), sowie Maßnahmen um die Umsetzung der oben genannten Ziele möglichst schnell zu implementieren.¹⁰

Teilnehmende

Zur Konferenz werden Teilnehmende aus allen UNO-Mitgliedsstaaten erwartet, darunter politische Repräsentanten von nationaler und lokaler Ebene, Vertreter von Nichtregierungsorganisationen, sowie Vertreter der Wissenschaft. Auf der Internetseite der Konferenz heißt es dazu:

“The Conference welcomes the participation and contributions of all Member States and relevant stakeholders, including parliamentarians, civil society organizations, regional and local government and municipality representatives, professionals and researchers, academia, foundations, women and youth groups, trade unions, and the private sector, as well as organizations of the United Nations system and intergovernmental organizations.”¹¹

⁸ Quelle: Internetseite der Habitat III: <https://www.habitat3.org/the-new-urban-agenda/about> [05/03/2016]

⁹ Quelle: Internetseite der UN zu Sustainable Development Goals: <http://www.un.org/sustainabledevelopment/cities/> <http://www.un.org/sustainabledevelopment/cities/> [07/03/2016]

¹⁰ Quelle: Internetseite der Habitat III: <https://www.habitat3.org/the-new-urban-agenda> [07/03/2016]

¹¹ Quelle: *The Habitat Agenda - Istanbul Declaration on Human Settlements*, verfügbar unter <https://habitat3.unteamworks.org/file/497879/download/542320> [05/03/2016]

Verfahren

Trotz der Vielzahl und Vielfalt an Teilnehmenden, sind es letztendlich die Nationalstaaten, die die Urban New Agenda beschließen werden¹². Hauptsächlich verantwortlich für die Planung der Konferenz ist das Habitat III Sekretariat, sowie ein Büro mit Mitgliedern verschiedener Mitgliedsstaaten, die das Sekretariat unterstützen. Inhaltlich wird die Veranstaltung auf *PrepComs* (Preparatory Committees) vorbereitet, auf denen auch die *Urban New Agenda* entsteht, die dann auf der Habitat III Konferenz von der internationalen Staatengemeinschaft beschlossen wird¹³. Außerdem gibt es regionale und thematische Vorbereitungstreffen, deren Ergebnisse dann während der Habitat Konferenz eingebracht werden können.

Einbettung in das System der UNO

Das Habitat Programm besteht aufgrund eines Mandates der Generalversammlung, ist also nicht vollständig autonom. Die Generalversammlung kann im Verfahren auch eine Richtung vorgeben und Maßnahmen vorschlagen oder vorgeben¹⁴. So heißt es beispielsweise in einer Resolution der Generalversammlung vom 14. März 2012, die Versammlung beschließt

“to convene in 2016, in line with the bi-decennial cycle (1976, 1996 and 2016), a third United Nations conference on housing and sustainable urban development (Habitat III) to reinvigorate the global commitment to sustainable urbanization that should focus on the implementation of a “New Urban Agenda”¹⁵.

Ein Großteil der Finanzierung der Konferenz und des gesamten Habitat-Programmes ist abhängig von diesem Mandat durch die Generalversammlung der UNO.

Probleme und Chancen der Habitat-Konferenz

Zum Schluß möchte ich auf einige Chancen und Probleme in Verbindung mit Habitat aufmerksam machen.

Ein großes Problem ist sicher die Organisation der Konferenz im zwanzigjährigen Rhythmus. Gerade im Bereich der Urbanisierung gibt es in den letzten Jahrzehnten sehr schnelle Entwicklungen und eine Konferenz alle 20 Jahre scheint diesem rapiden Prozess kaum angemessen zu sein. Ein möglicher Grund dafür ist möglicherweise die Tatsache, dass eine UNO-Konferenz auch immer mit einem großen organisatorischen und

¹² Quelle: Artikel Cityscope: <http://citiscope.org/habitatIII/explainer/2015/06/whats-history-habitat-process> [07/03/2016]

¹³ Quelle: Artikel Cityscope: <http://citiscope.org/habitatIII/explainer/2015/06/who-are-habitat-iii-major-players> [07/03/2016] und Internetseite der Habitat III Konferenz: <https://www.habitat3.org/the-new-urban-agenda/preparatory-committee> [07/03/2016]

¹⁴ Quelle: Artikel Cityscope: <http://citiscope.org/habitatIII/explainer/2015/06/what-habitat-iii> [07/03/2016]

¹⁵ Quelle: Resolution adopted by the General Assembly, S. 3, verfügbar unter <http://unhabitat.org/wp-content/uploads/2014/07/Resolution-adopted-by-the-General-Assembly-ARES662071.pdf> [07/03/2016]

logistischen Aufwand, sowie hohen Kosten verbunden ist.

Weiterhin ist zu kritisieren, dass die Lokalpolitik, also die tatsächlich betroffenen Einheiten, nämlich Städte unterrepräsentiert sind und an der wichtigen Festlegung von Zielen nicht beteiligt werden. Es gibt allerdings auch alternative Netzwerke zu UN-Habitat, bei denen Städte unmittelbar, also ohne den Umweg über Nationalstaaten zu gehen, miteinander im Austausch stehen.

Ein weiteres Problem liegt in den ineffizienten Prozessstrukturen des Habitat-Programmes. Zielsetzungen und Beschlüsse brauchen immer viel Zeit und ein Teil des Arbeitsaufwandes und der Finanzierung fließt immer in die Organisation der Konferenzen und Programme.

In der Finanzierung liegt allerdings auch einer der größten Vorteile, denn die UNO verfügt über mehr finanzielle Mittel als beispielsweise Städtenetzwerke und kann daher mehr und aufwändigere Programme umsetzen.

Letztendlich liegt eine weitere große Chance des UN-Habitat Programmes und der Habitat III Konferenz in der internationalen Medienpräsenz des Themas. Global wird Aufmerksamkeit auf Probleme in Städten und Probleme der Urbanisierung gelenkt, sodass Raum und Möglichkeiten für Lösungsansätze geschaffen werden können.

Literaturverzeichnis

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGNV). Link unter <http://www.dgvn.de/un-im-ueberblick/un-institutionen/> [04/03/2016].

Habitat III Konferenz, Link unter: <https://www.habitat3.org/> [05/03/2016].

The Habitat Agenda - Istanbul Declaration on Human Settlements. Link unter <https://habitat3.unteamworks.org/file/497879/download/542320> [05/03/2016].

Wolf, Klaus 2016: Die UNO. Geschichte, Aufgaben, Perspektiven. München: Verlag C.H. Beck.

Artikel zu Habitat III auf der Homepage "Cityscope". <http://citiscopes.org/habitatIII/explainers> [07/03/2016].

The Vancouver Declaration On Human Settlements. <http://habitat.igc.org/vancouver/van-decl.htm> [07/03/2016].

Abbildungen:

Abbildung 1: Das System der Vereinten Nationen: Ausschnitt aus der Präsentation „Das

System der Vereinten Nationen“ der DGVN:
http://www.dgvn.de/fileadmin/user_upload/PUBLIKATIONEN/Basis_Informationen/un-system.pdf [07/03/2016].

Abbildung 2: Überblick über den Habitat-Prozess: <https://www.habitat3.org/the-new-urban-agenda> [07/03/2016].

6 Migration und Flüchtlinge im städtischen Kontext

Autorin: Dorothea Streb

Migration, Flucht und Indien

Derzeit erleben wir die größte Migrationswelle in der Menschheitsgeschichte. Weltweit gibt es mehr als eine Milliarde Migranten, von denen sich fast 250 Millionen außerhalb ihres Heimatlandes befinden. (United Nations, Habitat III 2015: 1)

Generell unterscheidet man zwischen den Begriffen Flüchtling und Migrant wie folgt:

Nach Artikel 1 der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 wird ein Flüchtling als Person definiert, die aufgrund von Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung eine begründete Angst vor Verfolgung hat und im eigenen Land keinen Schutz erhält. Diese Menschen haben das Recht auf Sicherheit in einem anderen Land.

Migranten hingegen sind laut „Duden“ Personen, die in ein anderes Land oder in eine andere Gegend abwandern. Die Gründe dafür können beispielsweise hohe Armut und Arbeitslosigkeit sein. Im Gegensatz zu Flüchtlingen, haben Migranten in der Regel keine Furcht vor Verfolgung und könnten den Schutz ihres Heimatlandes weiter in Anspruch nehmen.

37 Prozent der weltweiten Migration findet zwischen Entwicklungsländern statt. 40 Prozent der internationalen Migranten sind in ein Nachbarland gewandert. (United Nations, Habitat III 2015: 1)

Die Mehrheit der Migranten und Vertriebenen bewegen sich in Stadtgebiete, sogenannte „urban areas“. Somit ist die Anzahl der Migranten, die in Städten leben, in den vergangenen drei Jahren um 8 Prozent gestiegen. (United Nations, Habitat III 2015: 2)

Laut United Nations gibt es weltweit rund 740 Millionen „interne“ Migranten und das Ungleichgewicht zwischen Stadt- und Landregionen wächst, da immer mehr Menschen vom Land in die Stadt ziehen.

Den Zielländern mangelt es oft an einem rechtlichen Rahmen. Somit sind viele Flüchtlinge und Migranten dazu gezwungen in abgeschiedenen Lagern unter menschenunwürdigen Bedingungen zu hausen, ohne Aufenthaltsgenehmigung oder Registrierung und ohne Rechte. (United Nations, Habitat III 2015: 2)

Ein wichtiges „Zielland“ für Flüchtlinge und Migranten in Süd- und Südostasien ist Indien, auf das im Weiteren näher eingegangen wird.

Flüchtlinge und Migranten in Indien

In Indien leben derzeit circa 200.000 Flüchtlinge und Asylsuchende verschiedener Herkunft. (UNHCR, 2015. India Factsheet: 1) Davon sind etwa 30.000 durch den UNHCR registriert. (UNHCR, 2015. Subregional operations profile - South Asia.) Die Dunkelziffer dürfte weit aus höher liegen. Die Mehrheit der Migranten und Flüchtlinge stammt aus Myanmar, Afghanistan und Somalia. Schätzungsweise kommen noch 110.000 Flüchtlinge aus Tibet und 65.000 Aus Sri Lanka hinzu, die vom Staat offiziell anerkannt und unterstützt werden. (UNHCR, 2015. India Factsheet: 1)

Rechtliche Situation für Flüchtlinge in Indien

Indien hat die Genfer-Flüchtlingskonventionen von 1951 nicht unterschrieben und hat auch kein nationales Asylgesetz. (UNHCR, 2012)

Die Flüchtlinge werden nicht registriert und erhalten keinen offiziellen Flüchtlingsstatus bzw. offizielle Papiere. Somit sind Flüchtlinge und Migranten leichter Misshandlungen, Ausnutzung, Arrest und Haft ausgesetzt. Die Flüchtlinge haben keine Bewegungsfreiheit und kein Recht auf Arbeit oder Mitbestimmung bei politischen Entscheidungsprozessen.

Des Weiteren ist es für Migranten und Flüchtlinge äußerst schwierig Zugang zu Wohnraum und staatlichen Gesundheits- und Bildungseinrichtungen zu erhalten. (United Nations, Habitat III 2015: 2) Ausgenommen davon sind Flüchtlinge aus Tibet und Sri Lanka. Sie werden vom indischen Staat offiziell anerkannt. (UNHCR, 2015. India Factsheet: 1)

Urbanisierung

Urbanisierung ist in Indien kein neues Phänomen, sondern es ist ein bedeutender Bestandteil der indischen Geschichte. Indiens Städte sind sehr stark von Urbanisierung betroffen, wie die meisten Länder in Asien und Afrika.

2014 lebten 410 Millionen Inder in Städten, 2050 könnte die Anzahl bereits auf 814 Millionen steigen. Dann werden 50 Prozent der indischen Bevölkerung in Städten leben. Paradoxerweise wird Indien auch das Land mit der größten ländlichen Bevölkerung sein, circa 805 Millionen Menschen in 2050. (Bhagat 2014: 3)

Die Menschen ziehen zunehmend vom Land in die Städte, man spricht von der „Landflucht“, die eine Funktion von „Push“- und „Pull“- Faktoren ist. Die „Push“-Faktoren, wie beispielsweise Trockenheit und Dürre, wenige Arbeitsmöglichkeiten und niedrige Löhne auf dem Land, treiben die Menschen in die Städte. Die vermeintlichen „Pull“-Faktoren, wie bessere Jobs, mehr Einkommen, medizinische Versorgung und Bildungsmöglichkeiten, ziehen die Menschen in die Städte. (Vinayakam & Sekar 2013: 35)

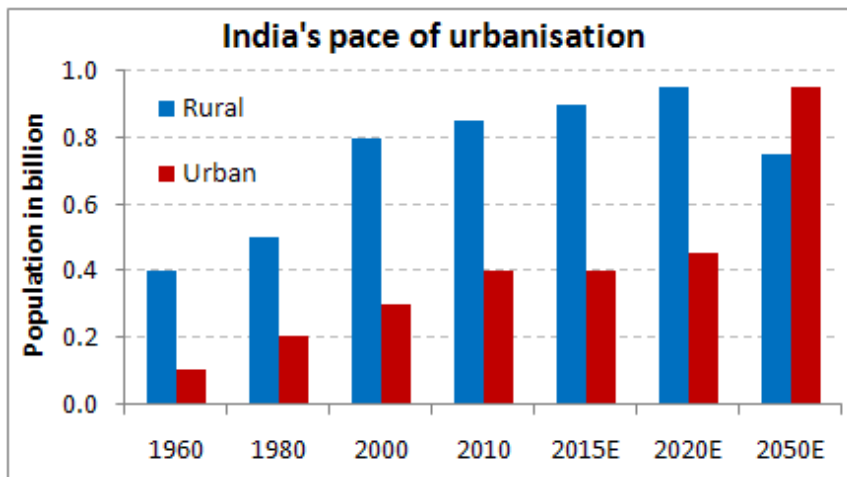


Abbildung 1: India's pace of urbanization, 1960-2050.

Flüchtlinge in indischen Städten

Flüchtlinge werden in den Städten eher als Last angesehen, obwohl Studien zeigen, dass Migration sich positiv auf den Arbeitsmarkt auswirkt und neue Nachfrage für Dienstleistungen und Güter generiert. (United Nations, Habitat III 2015: 2 f)

Eine bedeutende Anzahl der migrierten Bevölkerung, besonders in den großen Metropolen, leben in äußerst einfachen Siedlungen und Slums mit begrenzter Infrastruktur und schlechter medizinischer Versorgung.

Anders als in Camps können Flüchtlinge in den Städten anonym bleiben. (UNHCR, 2015)

Fallstudie Chennai

Chennai ist die Hauptstadt des indischen Bundesstaates Tamil Nadu und ist zugleich die viertgrößte Stadt Indiens. In Tamil Nadu lebten 2011 circa 7,21 Millionen Menschen, wobei davon 3,49 Millionen in Städten lebten. Nach dem Zensus von 2011 gab es in Tamil Nadu in den letzten 10 Jahren, verglichen mit anderen Staaten, die meisten Bevölkerungsbewegungen vom Land in die Stadt. Somit ist Tamil Nadu auf Platz eins der Liste der urbanisier-testen Staaten Indiens, denn rund 48,5 Prozent der Einwohner leben in Stadtgebieten.

Die Urbanisierung ist in Chennai deutlich erkennbar. 1951 waren es noch 1,4 Millionen Einwohner. Die Einwohnerzahl stieg stetig an. So waren es im Jahr 1991 bereits 3,8 Millionen Einwohner und in 2011 4,7 Millionen Einwohner. Migration ist ein multikausales Phänomen.

Die Motivationen und Gründe der Menschen, die nach Chennai migrieren sind sehr unterschiedlich. Die Mehrheit jedoch, ca. 74 Prozent, sind arbeitssuchend und 6 Prozent kommen um zu heiraten. (Vinayakam & Sekar 2013: 32-35)

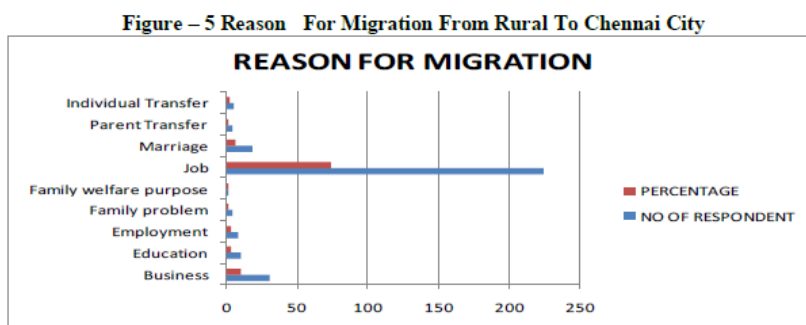


Abbildung 2: Reason for Migration. (Vinayakam & Sekar 2013: 34)

Teilung Indiens

Indien war bis 1947 britische Kolonie. Mit der Unabhängigkeit von der britischen Krone wurde der indische Subkontinent in zwei autonome Staaten geteilt, das hinduistische Indien und das muslimische Pakistan. (Bpb, 2014)

Der neue Grenzverlauf der beiden Staaten wurde sehr kurzfristig bekannt gegeben und brachte Religions- und Grenzkonflikte mit sich.

Es entstand eine riesige Völkerwanderung, ein Bevölkerungsaustausch zwischen den Staaten. Vorwiegend Muslime wanderten von Indien nach Pakistan. Hindus und Sikhs flohen von Pakistan nach Indien. (Bpb, 2014)

Allein zwischen 1947 und 1950 sollen circa 10 Millionen Menschen über die Grenzen gewandert sein. Rund 500.000 Sikhs und Hindus aus Pakistan flohen nach Delhi.

Noch lange Jahre nach der Teilung befanden sich viele Flüchtlingslager in der indischen Hauptstadt. Die damalige Regierung ließ einfache Wohnsiedlungen errichten, um den zunehmenden Zuwanderungsströmen stand zu halten. Bis heute prägen diese Bauten das Stadtbild von Delhi. (Bpb, 2014)

Tibetische Flüchtlinge

Tibet ist eine autonome Region in China. Die Mehrheit der Tibeter sind Anhänger des Lamaismus, eine Form des Buddhismus. Diese Religion hat großen Einfluss auf das Leben der Menschen. (Tibet-Initiative, 2016)

Im Jahr 1950 marschierten chinesische Truppen in Tibet ein und annektierten das Land, um es der Volksrepublik China anzugliedern und zu unterwerfen.

Es folgte eine Zeit der Unterdrückung. Die Chinesen griffen massiv in das politische und religiöse Leben der Tibeter ein. Viele Klöster wurden zerstört und die Menschen an der Ausübung ihrer Religion gehindert. Rund 80.000 Tibeter flohen nach Indien, Nepal und Bhutan. (Tibet-Initiative, 2016)

Als 1959 dem Dalai Lama die Flucht in das indische Dharamsala gelang, folgten viele Tibeter ihrem Religionsoberhaupt in das indische Exil. Fast die Hälfte der geflohenen Tibeter waren Mönche und Nonnen. Viele Menschen flohen aus Tibet, um in Indien eine Arbeit zu finden, darunter auch viele ehemals politisch Gefangene (Tibet-Initiative, 2016) Nach heutigen Schätzungen leben circa 65.000 Tibeter in Indien.

Tibetische Flüchtlinge werden in Indien offiziell anerkannt und können laut indischer Verfassung die indische Staatsbürgerschaft erlangen. (Falcone & Wangchuk 2008:168)

Wanderarbeiter / „migrant workers“

Neben Flüchtlingen und Migranten gibt es in Indien auch eine Vielzahl an Wanderarbeitern, deren Anzahl durch die Globalisierung weiter steigt. (Mukherjee 2013: 15) Wanderarbeiter kommen teils saisonal, für kurze oder für längere Zeit und wandern entweder innerhalb eines Staates oder zwischen verschiedenen Staaten, auf der Suche nach Arbeit. (United Nations in India, 2013) .Viele Wanderarbeiter kommen aus ländlichen Regionen, in denen die Menschen oft mit anhaltenden Dürreperioden oder schweren Überschwemmungen zu kämpfen haben. Sie ziehen dann meist in die umliegenden Städte, teilweise auch in andere Dörfer auf dem Land. Mit dem dort verdienten Geld versorgen sie ihre zurückgebliebenen Familien. Teilweise geht die ganze Familie mit auf Arbeitssuche. (Amnesty International, 2014)

Der Großteil der Wanderarbeiter arbeitet im Bausektor oder privaten Haushalten. Andere sind in Textilfabriken, Mienen oder Steinbrüchen beschäftigt. Die Nachfrage nach Arbeitskräften auf dem indischen Arbeitsmarkt ist sehr hoch. Die „migrant workers“ machen den größten Teil der Beschäftigten aus. (Aajeevika-Bureau, 2014)

Durch fehlende offizielle Papiere und Verträge landen die meisten Wanderarbeiter in Ausbeutungsbetrieben, in denen sie oft unter menschenunwürdigen Bedingungen schwere

Arbeiten verrichten müssen. Lange Arbeitszeiten, kaum Lohn, gesundheitsgefährdende Stoffe und kaum Schutz, prägen den Arbeitsalltag. (Aajeevika-Bureau, 2014)

Obwohl „migrant workers“ so einen hohen Anteil am Arbeitsmarkt ausmachen, reagiert die Regierung nicht. Es gibt keine offizielle Anerkennung oder Gesetze, die die Rechte der Arbeiter schützen. (Aajeevika-Bureau, 2014)

Habitat III

Bei der Habitat III Konferenz, die im Oktober 2016 in Quito stattfinden wird, wird Migration und Flüchtlinge im städtischen Kontext ein Thema sein.

Den Zielländern, darunter auch Indien, mangelt es an nationalen Gesetzesrahmen. Flüchtlinge und Migranten haben keine legalen Dokumente, keine Bewegungsfreiheit, keine Recht auf Arbeit und sind häufig Ausbeutung und Unterdrückung ausgesetzt.

Dabei leisten Migranten und Flüchtlinge einen großen Beitrag zum sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Wohl ihrer Gastgemeinden. Trotzdem werden sie als Last anstatt als Gewinn gesehen.

Der Zuzug in die Städte wird weiter zunehmen, daher ist es wichtig Flüchtlinge und Migranten in der städtischen Planung miteinzubeziehen. Sie werden die „Keyplayer“ in der städtischen Entwicklung, dem Wachstum und der Nachhaltigkeit sein.

Viele Städte weltweit integrieren die Migrationspolitik bereits in die Städteplanung und Entwicklungsinitiativen.

Das gängige „Urbanization Modell“ der letzten 40 Jahre hat die Integration nicht gefördert. Es muss umgedacht werden. Die Staaten haben die Verantwortung für alle Menschen auf ihrem Territorium und sollten diesen Schutz gewährleisten und helfen Lösungen zu finden. Bei den Verhandlungen in Quito soll eine „New Urban Agenda“ erarbeitet werden.

(United Nations, Habitat III 2015: 1ff)

Literaturverzeichnis

Aajeevika Bureau, 2014. Labour and Migration in India. <http://www.aajeevika.org/labour-and-migration.php>, 2016-04-14.

Amnesty International, 2014. India: Government must value migrant workers for more than the billions they send home. Link unter:

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2014/07/india-government-must-value-migrant-workers-more-billions-they-send-home/> , 2016-04-14.

Bhagat, R. B., 2014, Urban migration trends, challenges and opportunities in India. International Institute for Population Sciences in Mumbai. Link unter: https://www.iom.int/sites/default/files/our_work/ICP/MPR/WMR-2015-Background-Paper-RBhagat.pdf, 2016-03-04.

Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), 2014. Die Teilung Britisch-Indiens 1947. Link unter <http://www.bpb.de/internationales/asien/indien/44402/die-teilung-britisch-indiens>, 2016-04-10.

Falcone, J., Wangchuk, T., 2008. “We’re Not Home”: Tibetan Refugees in India in the Twenty-First Century. India Review, vol.7, no. 3, July-September, 2008.

Mukherjee, P., 2013. Migrant Workers in Globalized India: Issues and Concerns. Review of Management, vol. 3, no.3/4, December 2013.

Tibet Initiative Deutschland e.V., 2016. Tibetische Flüchtlinge. Link unter: https://www.tibet-initiative.de/de/tibet/tibet_im_exil/fluechtlinge/, 2016-04-10.

UNHCR, 2015. India Factsheet. <http://www.unhcr.org/50001ec69.html>, 2016-03-03.

UNHCR, 2012. Refugees in India share daily struggles with UNHCR chief. <http://www.unhcr.org/50d47f056.html>, 2016-03-03.

UNHCR, 2015. Trying to Get By in the City. Link unter: <http://www.unhcr.org/pages/4b0e4cba6.html> , 2016-03-03.

UNHCR, 2015. UNHCR subregional operations profile - South Asia. Link unter: <http://www.unhcr.org/pages/49e4876d6.html>, 2016-03-03.

United Nations 2015. Habitat III Issue Papers, 2-Migration and Refugees in Urban Areas. Link unter: http://unhabitat.org/wp-content/uploads/2015/04/Habitat-III-Issue-Paper-2_2_Migration-and-Refugees-in-Urban-Areas-2.0.pdf , 2016-04-10.

United Nations in India, 2013. Decent Work for Migrant Workers in India. Link unter: <http://in.one.un.org/page/decent-work-for-migrant-workers-in-india>, 2016-04-10.

Vinayakam, K., Sekar, S.P., 2013. Rural to Urban Migration in India Metropolis: Case study Chennai City. IOSR Journal Of Humanities an Social Science ,

Link unter: <http://www.iosrjournals.org/iosrjhss/papers/Vol6-issue3/F0633235.pdf> ,
2016-03-04.

Abbildungen

Abb. 1

India's pace of urbanization, 1960-2050.

<https://www.equitymaster.com/5minWrapUp/charts/index.asp?date=10/10/2012&story=1&title=Indias-urbanization-set-to-gather-pace>, 2016-04-14.

Abb. 2

Reason for Migration. (Vinayakam & Sekar 2013: 34) Vinayakam, K., Sekar, S.P., 2013. Rural to Urban Migration in India Metropolis: Case study Chennai City. IOSR Journal Of Humanities an Social Science, Link unter: <http://www.iosrjournals.org/iosrjhss/papers/Vol6-issue3/F0633235.pdf> , 2016-03-04.

7 Inklusive Stadtentwicklung

Autorin: Viola Hillmer

Urbanisierung

Urbanisierung bietet ein großes Potential für neue Formen der sozialen Inklusion, Zugang zur Grundversorgung für eine Vielzahl von Menschen sowie der Beschäftigung und Mobilisation dieser. Hierdurch könnte die Vielfältigkeit der Städte positiv wiedergespiegelt werden. Allein die Kosten der Bereitstellung der Grundversorgung sind 30-40 Prozent günstiger an Orten mit einer hohen Bevölkerungsdichte (SANKHE ET AL., 2010), d.h. in größeren Städten im Vergleich zu beispielsweise kleineren Dorfverbänden. Darüber hinaus könnten gerade Städte soziale Mobilität, Freiheit des Ausdrucks (einschließlich der Marginalisierten und Ausgeschlossenen), breitere Partizipation und stärkeren Einflusses in der Politik fördern. Sie könnten Frauen mehr Möglichkeiten an Bildung und Teilhabe an beruflichen Tätigkeiten bieten. Außerdem könnte die kulturelle Diversität in Städten soziale Normen, Geschlechtsstereotype und Traditionen lockern und verändern und somit auch damit assoziierte Diskrimination reduzieren (Habitat III, 2015). Dementsprechend muss die wachsende Rolle von Städten als einer der Akteure im Kampf gegen den Rassismus erkannt und angenommen werden.

Trotz des großen Potentials von Städten finden sich allerdings bislang besonders in großen, schnell wachsenden Städten viele Ungleichheiten zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen und teilweise auch Ablehnungen von bestimmten Bevölkerungsgruppen (z.B. ärmeren Schichten, Frauen, sehr jungen und sehr alten Bewohnern, bestimmte ethnische Gruppen, bestimmter Religionen). Aktuell zeichnet sich in Indiens großen Städten ein Trend ab, welcher für die ärmsten und meist benachteiligten Bewohner einen zunehmend ausschließenden, unverantwortlichen und unwillkommenden Ort bedeutet. (MIKLIAN & SAHOO, 2016: 1).

Dementsprechend sind politischer Einsatz auf vielen Ebenen und eine Vielzahl an Mechanismen und Institutionen nötig, um Inklusion und Integration zu ermöglichen. Diese Integration kann in verschiedensten Bereichen stattfinden, u.a. in Form von mitwirkender Politik, Verantwortlichkeiten, allgemeinem Zugang zur Grundversorgung und gebietlicher Planung und Anerkennung der sich gegenseitig ergänzenden Rollen der nationalen und lokalen Regierungen (Habitat III, 2015).

Wachstum indischer Städte

Indiens Wirtschaft zählt zu einer der sich weltweit am schnellsten entwickelnden und die Städte spiegeln die globale Verlagerung zu einer städtischen Gesellschaft wieder (LSE Cities, 2008). Delhi beispielsweise wies 1991 eine Bevölkerung von ca. 9,42 Mio. (Census

of India, 2011) auf, was damals schon ungefähr das Dreifache der Bevölkerung in Berlin (Statistische Bundesamt & Landesamt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2013) war. Mittlerweile leben in Delhi schon ungefähr 16,3 Mio. Einwohner (Auswärtiges Amt, 2015). Schätzungen gehen davon aus, dass 300 Millionen Menschen bis 2030 in indische Städte ziehen werden (MIKLIAN & SAHOO, 2016: 1). Durch den schnellen Zuwachs städtischer Einwohner (meist durch die schnelle Industrialisierung angelockte Bewohner der ländlichen Gebiete) kamen allerdings verschiedenste städtische Entwicklungen nicht hinterher, so auch viele die Inklusion betreffenden Maßnahmen.

Es entstanden viele Slums, ein Informal Sector mit Informal Settlements (vgl. Kapitel 9 & 10), aufgrund der großen Differenz zwischen Angebot und Nachfrage von bezahlbaren Unterkünften in guter Lokalisation (Habitat III, 2015). Im Großraum Mumbai leben mehr als 50 Prozent der Population in Slums auf nur 8 Prozent der Gesamtfläche der Stadt (LSE Cities, 2008). Daraus resultieren eine Schadstoffbelastung durch die hohe Verschmutzung, Kriminalität und umgebungsbedingte Gefahren, ebenso wie begrenzter Zugang zur Grundversorgung (z.B. sauberes Wasser und sanitäre Anlagen, Gesundheit, Bildung, legaler Schutz) (Habitat III, 2015; MIKLIAN & SAHOO, 2016: 2). Diese Mängel werden häufig erschwert durch den „illegalen“ Status dieser Siedlungen, sodass sie zum blinden Punkt in relevanten Regierungsplänen und der Politik werden (UNESCO-IIEP, 2009). Etwa drei Viertel der Slumbewohner sind Dalits (eine der untersten Kasten in Indien), Adivasi (indigene Bevölkerung Indiens), Muslime oder neue Migranten (MIKLIAN & SAHOO, 2016: 2).

Desweiteren leben besonders viele Frauen unterhalb der Armutsgrenze, insbesondere diejenigen, welche in Slums leben, weil sie meist in schlecht-bezahlten, schlecht-gebildeten und häufig zu Hause auszuführenden Berufen des informellen Sektors (vgl. Kapitel 9) beschäftigt sind und häufig in Jobs, die nichts mit eventuellen sogar vorhandenen Ausbildungen zu tun haben (Habitat III, 2015).

Die Problematik des Kastensystems in Indien

Eine kulturelle Besonderheit in Indien, die sowohl das soziale, als auch das wirtschaftliche und politische Leben deutlich beeinflusst (SKODA, 2014), ist das Kastensystem. Die hierarchische Einordnung von Menschen in unterschiedliche Kasten hat sich über Jahrhunderte entwickelt und weiterentwickelt und ist bis heute ein nicht wegzudenkender Teil des alltäglichen Lebens in Indien. Skoda (2014) beschreibt drei Säulen des Kastensystems: Separation, Hierarchie und Arbeitsteilung. Besonders letztere verliert aber gegenwärtig immer mehr an Bedeutung, wozu neue Berufe in den Städten (z.B. im IT-Bereich) einen bedeutenden Teil beigetragen haben.

Auch in Städten zeigen sich in Bezug auf die verschiedenen Kasten der indischen

Bevölkerung deutliche Ungleichheiten. Dalits, die Mitglieder einer der untersten Kasten, werden häufig räumlich getrennt von höheren Kasten und haben ungleichen Zugang zu öffentlichen Diensten in Indiens größten Städten (SIDHWANI, 2016). Der Gründungsvater von Indiens Staatsverfassung, Bhimrao Ramji Ambedkar, ermahnte Dalits aus den Dörfern in die Städte zu migrieren, um den Fesseln der Kasten zu entkommen. Tatsächlich aber sind „Ungleichheits- und Exklusions-Macher“ (MIKLIAN & SAHOO, 2016: 2), die tief in die sozialen und kulturellen Strukturen des Landes eingebettet sind, meistens schlichtweg reproduziert in den städtischen Kontexten. So zeigen heutzutage indische Großstädte meist nicht das gewünschte Bild von Emanzipation und Kasten-unabhängigem Zugang zu öffentlichen Diensten, sondern ein hohes Level an Wohntrennung, wodurch planmäßig Kasten und Stämmen in einzelnen Gebieten der Städte konzentriert vorzufinden sind (SIDHWANI, 2016). In solchen Gebieten ist auch der Zugang zu öffentlichen Services, wie beispielsweise Leitungswasser, deutlich geringer. Dieses Ungleichgewicht im Zugang zeigt sich sowohl bei den Dalits, als auch bei Muslimen und ärmeren Bevölkerungsschichten (MIKLIAN & SAHOO, 2016: 2).

Sidhwani (2016) appelliert an die indische städtische Bevölkerung:

“As India urbanises, we need to understand that Indian cities are not just spaces for buildings, streets and offices. The city is a space for dispute, citizenship and politics. Cities can offer residents an opportunity to take part in the resources of the city or can restrict the same. [...]”.

Gleichzeitig bieten Städte mit ihren öffentlichen Einrichtungen auch Schauplätze für Protest und Veränderungswille. An Universitäten existieren Gruppen, wie beispielsweise die Dr. Ambedkar Students' Front of India (DASFI), welche sich für die Gleichberechtigung der Kasten stark machen. Sie sprechen öffentlich über Dinge wie den „cast bias“ in der Benotung an Universitäten (PATHAK, 2016) und erreichen eine breitere Öffentlichkeit über den Campus und durch das Einbeziehen der Presse. Während vor wenigen Jahrzehnten gute Bildung noch beinahe ausschließlich den oberen Kasten vorbehalten war, wurden ab 1990 bei der Vergabe der Studienplätze Quoten für die *Scheduled Castes* (oder „Unberührbaren“) eingeführt (SKODA, 2014), welches solche Entwicklungen erst möglich machte. Gleichzeitig zeigt sich hier auch ein System positiver Diskriminierung, das Kaste und Gemeinschaft und nicht das Individuum oder den einzelnen Haushalt zum Kriterium für staatliche Förderung bzw. Bevorzugung macht.

Das Problem sanitärer Anlagen in Indien

Millionen von Menschen in Indien wurden durch die Umstände gezwungen, in den illegalen Siedlungen zu leben, welche neben vielen anderen Mängeln auch einen Mangel an

sanitären Anlagen haben. Dies ist ein Resultat aus zwei verschiedenen Faktoren. Der erste ist die Hinterlassenschaft der kolonialen Stadt, welche charakterisiert wird durch ungerechten Zugang zu sanitären Anlagen, einem Scheitern das städtische Wachstum zu managen, der Ausbreitung von Slums und der inadäquaten Finanzierung der städtischen Regierungen. Der zweite Faktor ist „die Natur des postkolonialen Staates“ (CHAPLIN, 2001: S. 57), welcher, anstatt das Instrument sozioökonomischer Veränderung zu sein, dominiert wurde durch Interessens-Koalitionen, aufgenommen aufgrund des Gebrauchs von öffentlichen Geldmitteln um private Güter bereitzustellen (CHAPLIN, 2001). Somit konnte die Mittelklasse die vom Staat bereitgestellten sanitären Services monopolisieren, weil die städtische arme Bevölkerung - trotz ihrer politischer Teilhabe - nicht in der Lage war, hinreichenden Druck aufzubauen, um die Regierung dazu zu bringen effektive Strategien zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zu implementieren.

Somit ist die Konsequenz, dass das Gesundheitswesen und die Umweltpolitik mehr Kriseninterventionen als präventive Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheit und dem Wohlbefinden der gesamten städtischen Bevölkerung durchführen.

Politisch hat sich auch die indische Regierung spätestens seit der Verabschiedung der Millennium Development Goals (MDGs; vgl. Kapitel 3) klar zum Ziel einer effektiven und flächendeckenden sanitären Versorgung der indischen Bevölkerung bekannt (PANESAR & BISCHOFF, 2008). Aktuelle Konzepte zeigen vielfältige Aspekte von nachhaltigen sanitären Anlagen auf. Hierzu gehören neben Gesundheit und Hygiene genauso umgebungsbedingte und natürliche Ressourcen, Technologien und Betrieb, finanzielle und ökonomische Belange und Sozio-kulturelle und institutionelle Aspekte (PANESAR & BISCHOFF, 2008). Im Jahr 2004 berichtete das Joint Monitoring Programme (WHO/UNICEF), dass Indien 86 Prozent seiner Bevölkerung erfolgreich mit einer verbesserten Wasserversorgung und 33 Prozent mit verbesserten sanitären Anlagen versorgt habe (PANESAR & BISCHOFF, 2008). Aufgrund dieses geringen Voranschreitens der sanitären Versorgung hat Indien auch die Mittel hierfür erhöht.

Optimierungsmöglichkeiten auf dem Weg zu integrativen Städten

Miklian und Sahoo (2016) vertreten die Ansicht, dass mögliche Antworten auf Indiens städtischen Schwierigkeiten sowohl in der Stadtplanung, als auch in politischen Bereichen liegen. Für eine Transformation der Städte zu lebbareren und inklusiven Plätzen benötige es, nach Ansicht der Autoren, ein politisches (An-)Erkennen der Urbanisierung und der städtischen Regierungen als eine dringende Angelegenheit. Hierfür sehen sie zwei Wege:

“First, addressing ‘informality’ and ‘right to the city’ concerns must be integral parts of urban planning and governance processes that structurally address the issues of exclusion and inequality in India’s growing urban spaces. Second, insulating urban

governance issues from both the entrenched nexus of real estate barons-politicians-bureaucratic elites as well as the losers from the previous decade of communal and vote bank politics can serve to slow or even reverse the current trend of urban spaces becoming more exclusionary, unaccountable and unwelcome places for the poorest and most disadvantaged.” (MIKLIAN & SAHOO, 2016: 3)

Insgesamt beginnt die Problematik der ärmeren städtischen Bevölkerung auch in der Politik zum Thema zu werden, allerdings noch nicht in einem angemessenen und nötigen Ausmaße. Beispielsweise die aktuelle „Delhi Declaration“, ein Beschluss entworfen am Ende der internationalen Konferenz zu Inklusiver Städteplanung, organisiert vom Ministry of Housing and Urban Poverty Alleviation in Zusammenarbeit mit der Weltbank und des United Nations Development Program (UNDP), lässt hoffen (THE HINDU, 2013). Die Bestätigung der Expertengruppe, dass die ärmere städtische Bevölkerung als ein wichtiger Akteur anerkannt wird und in den Prozess der Stadplanung eingeschlossen werden soll, könnte ein Anfang sein. Gleichzeitig bestehen aber auch große Zweifel, da von Regierungsseite schon früher Versprechen ähnlicher Art gegeben wurden, beispielsweise indische Städte bis 2014 Slum-frei zu machen, welche kaum eingehalten werden konnten. Konkret könnte schon die Anerkennung der informal Settlements als besondere Zonen des sozialen Interesses durch städtische Regierungen ein erster Schritt zu legalem Schutz, einem Verhindern der gezwungenen Ausweisung, und einem Ende der Verschlechterung von Lebensbedingungen sein (THE HINDU, 2013). Eine grundlegende politische Problematik liegt auch darin, dass besonders untere Kasten aktuell auf politischer Ebene (noch) stark unterrepräsentiert sind, während gleichzeitig auch die politischen Parteien an dem widersprüchlichen Diskurs über Kasten und Kastensystem beteiligt sind. Skoda (2014) zeigt letzteres folgendermaßen auf:

„Während einerseits die Verfassung jegliche Diskriminierung und Benachteiligung aufgrund von Kaste verbietet, bewirken andererseits die sukzessive ausgeweiteten Reservierungen für bestimmte Kasten oder kastenspezifische Hilfsprogramme ihre Stärkung im politischen Diskurs und im Bewusstsein der Bevölkerung.“

Grundsätzlich muss die politische Ebene dazu aufgefordert werden, ambitionierte aber auch realistische Pläne mit Blick auf längerfristige Entwicklungen auszuarbeiten mit Möglichkeiten sich an veränderte Umstände anpassen zu können (LSE Cities, 2008).

Im Themenpapier „Inclusive Cities“ zur Habitat III-Konferenz (2015) werden fünf Ansätze zur Herstellung des Weges zu integrativen Städten aufgeführt. Einer hiervon ist die Teilhabe und soziale Innovation in der Planung, Implementierung und Evaluation von Verbesserungsmaßnahmen. Ausgeschlossene Gruppen müssen unterstützt werden, um

ihre Probleme selber vortragen und am Prozess aktiv mitwirken zu können. Die Erfahrung zeigt, dass kollektive Handlungen von Gemeinschaften hoch effektiv im Ansprechen von städtischen Schlüssel-Herausforderungen und im Verhandeln mit anderen Interessensvertretern sind. Des Weiteren müssen die Rechte eines jeden auf den allgemeinen Zugang zu guter Grundversorgung realisiert werden. Soziale Absicherung und soziale Dienste können die Vulnerabilität von armen und ausgeschlossenen Bevölkerungsgruppen reduzieren. Darüber hinaus ist auch eine gebietliche Planung für Integration notwendig, d.h. gebietliche Beziehungen sollten eine Verbindung zwischen Bodennutzung und Zugänglichkeit ermöglichen, die Imbalance zwischen Wohn- und Arbeitsgebieten aufheben und die Kluft zwischen Slums und gemeinsamen Nachbarschaften verringern. Außerdem bilden Verantwortlichkeiten die Basis für konsequente Veränderungen. Lokale und nationale Regierungen sowie private Akteure sollten verstärkt überwacht werden und Verantwortlichkeit zeigen. Entscheidungen sollten transparent und für jeden frei zugänglich gemacht werden, sodass ein freier und fairer Disput entstehen kann und informierte Bürger abstimmen können. Zuletzt müssen die Rollen der nationalen und lokalen Regierung in der Generierung integrativer Städtebauentwicklung verstanden werden, d.h. zwischen den zentralen und dem lokalen Regierungen ist Kohärenz und Koordination essentiell. Durch Kooperationen von Städten und zwischen Städten und ländlichen Gegenden können Fachkenntnisse, Kompetenzen, gutes Training und praktische Erfahrungen ausgetauscht werden. Zusätzlich hat die nationale Politik die Aufgaben, Befugnisse und Finanzen an lokale Level zu übertragen, Gesetze und Regeln zu überarbeiten, welche den Zielen im Weg stehen, Richtlinien zu reformieren, welche Städte dazu zwingen miteinander zu konkurrieren, und flexible Finanzpolitik zu betreiben, sodass auf die unterschiedlichen Bedürfnisse verschiedener Städte eingegangen werden kann. Dieser gesamte Urbanisierungsprozess sollte immer mit Fokus auf den Menschenrechts-Rahmen stattfinden. Einzelne Gemeinde-Nichtregierungsorganisation- Regierungs- (community-NGO-government) Partnerschaften konnten mittlerweile vereinzelte sanitäre Anlagen bereitstellen. Neben dem direkten Nutzen der sanitären Anlagen gingen aus diesen Projekte aber weitere wichtige Erfolge hervor (CHAPLIN, 2001): Durch das Mitwirken einzelner Gemeinschaften von armen städtischen Bevölkerungsgruppen am Design, der Konstruktion und der Aufrechterhaltung neuer Gemeinschaftstoiletten haben sich auch deren Konstruktions- und Managementfähigkeiten verbessert. Hierdurch verbesserte sich ebenfalls ihre Befähigung ein höheres Einkommen zu verdienen. Gleichzeitig ermächtigte es auch viele Slumbewohner, und besonders Frauen, das Selbstbewusstsein zu erlangen um mit Regierungsbehörden umgehen zu können. Hierin lässt sich das Potential erkennen, auf solche Weisen die Kompetenz der ärmeren Bevölkerung zu verbessern Forderungen an den Staat zu stellen und so mehr Grundversorgungsdienste zur Verfügung gestellt zu

bekommen.

Der Weg könnte also über ausreichend politische Kompetenz eines jeden führen – unabhängig von Geschlecht, Einkommen, Alter und vielen weiteren Parametern. Grundsätzlich ist dies ein Weg, der allerdings weit über das verhältnismäßig klar umgrenzte Ziel von integrativen Städten hinaus geht und auf viele weitere Bereiche zutrifft. Gleichzeitig steht das Ziel der Entstehung von integrativen Städten also in viel größeren Kontexten, welche entscheidend über das Ergebnis mitbestimmen. Beispielsweise darf niemals der kulturelle Kontext, in dem Entwicklungen stattfinden sollen, vergessen werden. Es benötigt auf vielen Ebenen ein Umdenken, was sich zwar nur langsam entwickeln kann, aber gleichzeitig stetiger Aufmerksamkeit und Bemühungen bedarf, um nicht im Keim erstickt zu werden.

Literaturverzeichnis

Auswärtiges Amt, 2015. Indien. http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-nodes_Uebersichtsseiten/Indien_node.html, 2016-03-08.

Census of India, 2011. A - 2 DECADES VARIATION IN POPULATION SINCE 1901. http://www.censusindia.gov.in/2011census/PCA/A2_Data_Table.html, 2016-03-08.

Chaplin, S.E., 2011. Indian cities, sanitation and the state. The politics of the failure to provide. *Environment and Urbanization* 23 (1), 57-70.

Habitat III., 2015. Issue paper inclusive cities. <https://www.habitat3.org/the-new-urban-agenda/knowledge>, 2016-03-08.

LSE Cities, 2008. Integrated city making. Governance, planning and transport. <https://lsecities.net/media/objects/articles/integrated-city-making-executive-summary/en-gb/>, 2016-03-08.

Milkian, J. & Sahoo, N., 2016. Supporting a More Inclusive and Responsive Urban India. PRIO. Policy Brief 03/2016. [http://file.prio.no/publication_files/prio/Milkian, Prozent20SahooProzent20-Prozent20SupportingProzent20aProzent20More Prozent20InclusiveProzent20andProzent20ResponsiveProzent20Urban Prozent20India,Prozent20PRIOProzent20PolicyProzent20BriefProzent2003-2016.pdf](http://file.prio.no/publication_files/prio/Milkian,Prozent20SahooProzent20-Prozent20SupportingProzent20aProzent20MoreProzent20InclusiveProzent20andProzent20ResponsiveProzent20UrbanProzent20India,Prozent20PRIOProzent20PolicyProzent20BriefProzent2003-2016.pdf), 2016-04-15.

Panesar, A. & Bischoff, J., 2008. Sustainable sanitation in India - Examples from Indo-German Development Cooperation. GIZ, Eschborn.

Pathak, V. (2016). Dalit activism is now a reality across campuses in India. The Hindu. <http://www.thehindu.com/news/national/dalits-and-higher-education-dalit-activism-is-now-a-reality-across-campus-in-india/article8141785.ece>. 2016-04-15

Sankhe, S., Vittal, I., Dobbs, R., Mohan, A., Gulati, A., Ablett, J. Gupta, S., Kim, A., Paul, S., Sanghvi, A. & Sethy, G., 2010. India's urban awakening: Building inclusive cities, sustaining economic growth. <http://www.mckinsey.com/global-themes/urbanization/urban-awakening-in-india>. 2016-04-16.

Sidhwani, P. 2016. The stark inequality within Indian cities. <http://www.livemint.com/Opinion/TW5pRMYNKXDWxnPr6wsNBN/The-stark-inequality-within-Indian-cities.html>, 2016-04-15

Skoda, U., 2014. Kaste und Kastensystem in Indien. <https://www.bpb.de/internationales/asien/indien/44414/kastenwesen>. 2016-04-16.

Statistische Bundesamt & Landesamt für Statistik Berlin-Brandenburg, 2013. Einwohner Berlins. <https://www.berlin.de>, 2016-03-08.

The Hindu, 2013. Building inclusive cities. <http://www.thehindu.com/opinion/editorial/building-inclusive-cities/article4452723.ece>, 2016-04-16.

UNESCO-IIEP, 2009. Educational marginalization in national education plans. Background paper for EFA Global Monitoring Report 2010. <http://unesdoc.unesco.org/images/0018/001866/186608e.pdf>, 2016-03-08.

8 Stadtregionale Entwicklungsprozesse

8.1 Urban Rural Linkages

Autorin: Martha Übelacker

Die Entwicklung der Unterentwicklung: Die Dependenztheorie als Antwort auf die Modernisierungstheorie

Was ist Entwicklung

Der Begriff der *Entwicklung* wird in unterschiedlichen Zusammenhängen verwendet und es lässt sich kaum eine einheitliche Definition ausmachen. (vgl. Menzel 2010: 4f) Daher erscheint es sinnvoll zu hinterfragen, in welchem Kontext und mit welcher Intention der Begriff verwendet wird. Im Bereich der Internationalen Zusammenarbeit und Entwicklungszusammenarbeit spricht man meist von einer Dichotomie der *Entwicklungsländer* und *Industrieländer*. Wobei hierbei deutlich eine Hierarchie vorhanden ist, die *Industrieländer* sind Vorbild und haben schon das erreicht, was den *Entwicklungsländern* durch *Entwicklungshilfe* noch ermöglicht werden sollte. Der Weg und das am Ende zu erreichende Ziel scheint somit klar zu sein: eine Entwicklung hin zur Industrialisierung. Dies geht mit implementierten Verheißungen der sogenannten *Moderne* einher, wie zum Beispiel Wohlstand und Freiheit (vgl. Wallerstein 1988). Das dies jedoch keineswegs für alle so einfach zu erreichen oder überhaupt erstrebenswert sei, soll mithilfe der *Dependenz-* und *Weltsystemtheorie*, die als Kritik an den *Modernisierungstheorie* entstanden sind, im Folgenden aufgezeigt werden.

Dependenztheorie als Kritik an der Modernisierungstheorie

Die *Modernisierungstheorie*, die als Entwicklungstheorie gilt, wurde in den 1950er und 60er Jahren in den USA entwickelt. Sie diente in erster Linie dazu, den Aufstieg Amerikas während des Kalten Kriegs durch eine wissenschaftliche Erklärung zu untermauern und dadurch deren Vormachtstellung gegenüber der Sowjetunion zu festigen. Sie sollten auch den neuen Nationalstaaten, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg bildeten, als Anleitung und Orientierung dienen. Dabei war sie zwar besonders für die Wirtschaftswissenschaften bedeutend, wirkte jedoch auch in andere Disziplinen mit hinein, wie z.B. die Politologie, Psychologie und Soziologie. (vgl. Arrighi 2002: 135f)

Einer der Hauptvertreter dieser Modernisierungstheorie war der Amerikaner W.W. Rostow, der 1960 ein einfaches, lineares Modell zu den Stadien wirtschaftlichen Wachstums erstellte, das den Weg von einer traditionellen Agrargesellschaft hin zu einer modernen, entwickelten Massenkonsum-Gesellschaft beschreiben sollte.

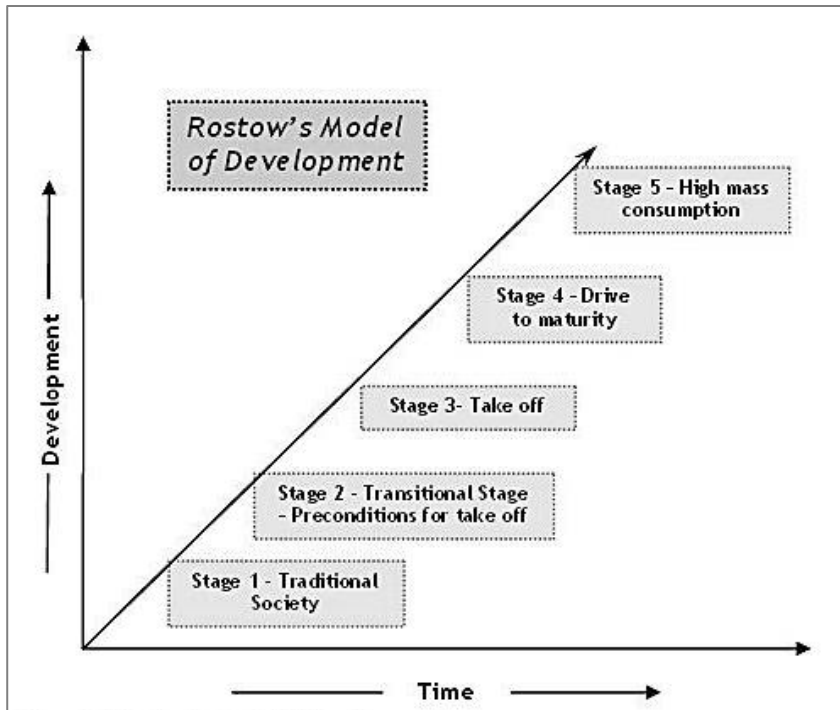


Abbildung 1: Rostows Modell von Entwicklung.

(Quelle: http://geography-student.blogspot.de/2011_07_01_archive.html)

Grundlage bildeten dabei die Evolutionstheorie und der Funktionalismus. Demnach sei Modernisierung aus der Sicht der Evolutionstheorie eine stufenweise Entwicklung, die mit einer Homogenisierung einhergehe. Sie sei zugleich eine Verwestlichung, irreversibel und vor allem Fortschritt. Aus Sicht des Funktionalismus sei sie ein transformativer und systematischer Prozess, der den Weg von der Tradition zur Moderne beschreibe. (vgl. Arrighi 2002: 136ff)

Hierbei wird die *moderne* Gesellschaft häufig auch mit der *Urbanisierung* in Verbindung gebracht, während bei der *traditionellen* Gesellschaft meist von *ruralen Agrargesellschaften* die Rede ist. Die Geschichte habe ja gezeigt, dass auch der Westen von einst traditionellen, ländlichen Gesellschaften (im Mittelalter) aus eigener Kraft hin zu modernen, industrialisierten Gesellschaften in der Neuzeit gelangen konnte. Also sei diese Entwicklung auch für andere Länder möglich. (vgl. Arrighi 2002: 135)

Daraufhin kam in den 1960/70er Jahren, besonders aus dem lateinamerikanischen Raum, die *Dependenztheorie* als Kritik an diesem Modernisierungsparadigma auf. Deren Vertreter (u.a. A. G. Frank) wiesen deutlich darauf hin, dass der Zustand des vormodernen Europas nicht zu vergleichen sei mit dem unterentwickelten Zustand der Länder und Regionen des globalen Südens heute. Denn diese Länder wurden unterentwickelt *durch* den Westen, die Unterentwicklung wurde also *gemacht* und wird aufrechterhalten durch die sogenannte *Metropolis-Satellite-Structure* [Zentrum-Peripherie-Struktur]. (vgl. Frank 1966: 17ff) Viele der späteren Kolonien waren zuvor voll funktionierende, wohlhabende Gesellschaften (z.B. Maya, Inka, Azteken in Lateinamerika).

Der Weg in die *Moderne* war für Europa also nur möglich, weil es im Kolonialismus andere Regionen ausbeutete. Die *Metropolis-Satellite-Structure* zeigt eben genau diese hierarchische Abhängigkeitsbeziehung (*Dependenz*): *Zentren* seien demnach Länder und Regionen, die selbst kaum Ressourcenreichtum, aber die Vorherrschaft über die *Peripherien* haben. *Peripherien* haben Ressourcenreichtum aber keine Macht, sie würden ausgebeutet.

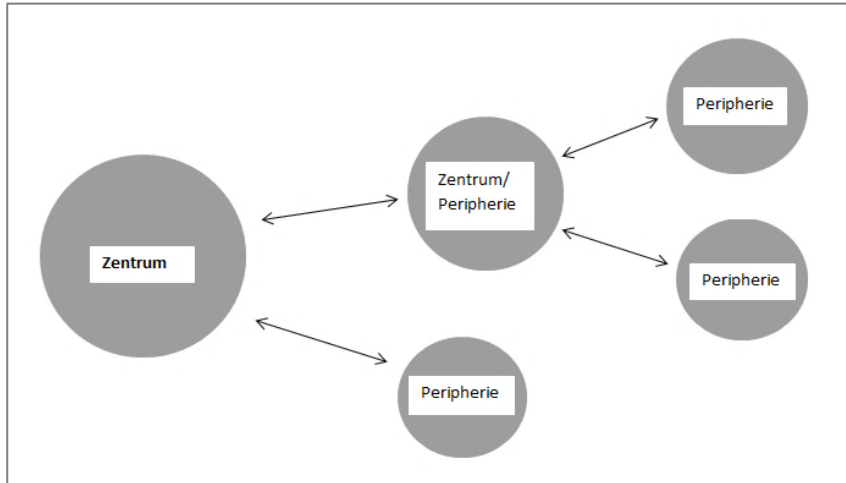


Abbildung 2: schematische Darstellung der Zentrum-Peripherie-Struktur
(Quelle: http://geography-student.blogspot.de/2011_07_01_archive.html)

Zwei Beobachtungen scheinen diese Thesen zu stärken:

- Je reicher an Ressourcen eine Region sei, desto ärmer seien die Menschen dort (*Ressourcenfluch*).
- Je enger der Kontakt zwischen dem *Zentrum* und der *Peripherie* sei, desto unterentwickelter sei diese *Peripherie* heute. (vgl. Arrighi 2002: 136f)

Damit ein *Zentrum* zum *Zentrum* werden könne, brauche es immer eine *Peripherie*, die es ausbeuten könne. Also können niemals alle Regionen dieser Welt auf den gleichen Entwicklungsstand gelangen und modern werden, solange diese *Dependenz* besteht (vgl. Frank 1966). Die *Modernisierungstheorie* scheint widerlegt.

Global gesehen war Europa also ein *Zentrum* und die (ehemaligen) Kolonien sind die *Peripherien*. Innerhalb dieser *Peripherien* gab es jedoch nochmals diese Abhängigkeitsstruktur, z.B. waren große Städte in den Kolonien *Zentren*, ländliche Regionen waren *Peripherien*.

Doch wie man auch an der heutigen Situation der – laut Oxfam – zunehmenden globalen Ungleichheit (vgl. Oxfam, 2016) beobachten kann, gehört diese *Dependenz* (seit dem Aufkommen des Globalisierungsbegriffs spricht man zunehmend von *Interdependenz*), keineswegs ins Zeitalter des Kolonialismus bzw. Imperialismus. Selbst viele Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit der meisten Kolonien und dem erfolgreichen Implementieren des

Glaubens an die *Modernisierungstheorie*, dass Wohlstand für alle erreichbar sei, bleibt die Frage offen, warum die Länder und Regionen des globalen Südens nicht endlich den Entwicklungsstand des Westens erreicht haben – trotz eigener Anstrengungen, zunehmender Industrialisierung auch ärmster Regionen und finanzieller Unterstützung durch die sogenannten Industrieländer?

Die *Dependenztheorie* kritisierte zwar die ungleichen Voraussetzungen (bei der Industrialisierung) in der Frage der Entwicklung hin zum Wohlstand, kaum jedoch die Mechanismen, die dem Entwicklungs- und Modernisierungsparadigma an sich zugrunde lägen. Das nämlich fuße auf dem neoliberalen Kapitalismus und demnach sei die Ausbeutung mancher Regionen die systemimmanente Voraussetzung für die Entwicklung anderer Regionen. Diese Kritik formulierte insbesondere Wallerstein (1988) in seiner *Weltsystemanalyse* als Ergänzung zur *Dependenztheorie*. Er zeigte auf, dass sich viele Regionen, trotz Industrialisierung, nicht bedeutend entwickeln konnten - meist auch, da ein Großteil der Infrastruktur darauf ausgelegt sei, die Ressourcen der armen, ländlichen *Peripherien* in die städtischen *Zentren* zu transportieren, was zur Entwicklung dieser Regionen selbst, kaum etwas beitrage. Manche einkommensstarke Länder hingegen, die sich in den 1970er Jahren sogar wieder de-industrialisierten, blieben jedoch wohlhabend (vgl. Arrighi 2002: 145ff).

Es sei also vielmehr so, dass durch das momentane Weltwirtschaftssystem der Imperialismus fortbestehe und somit auch die globale *Dependenz/Interdependenz*. Eine endgültige Aufhebung der *Zentrum-Peripherie-Struktur* sei also nur möglich, wenn dieses kapitalistische Weltwirtschaftssystem aufgelöst werde und die normativen Begriffe von Tradition und Moderne, die scheinbar unvereinbar seien, auch kritisch hinterfragt würden (vgl. Wallerstein, 1988).

Fazit

Die meisten Dependenz- und Weltsystem-Theoretiker waren Marxisten, auch weil es in Lateinamerika immer wieder sozialistische Revolutionsbewegungen als Gegengewicht zum stark kapitalistischen Einfluss der USA gab. Nun war der Sozialismus ja bekanntermaßen nicht sehr erfolgreich in der Weltgeschichte. Dennoch kann es sinnvoll sein den Kapitalismus und dessen Dogma von der Moderne als scheinbares „Naturgesetz“ auch kritisch zu hinterfragen, und zu reflektieren, welcher Karotte am Stock wir da eigentlich hinterherrennen. Eine gesunde (und somit eigentlich nachhaltige) Entwicklung der (Wirtschafts-)Zentren und Metropolen dieser Welt darf nicht auf Kosten der ländlichen Peripherien geschehen.

Literaturverzeichnis:

Frank, A.G. (1966): The Development of Underdevelopment, Monthly Review. 18 (4), 17-31

Hardoon, D., Ayele, S. and Ricardo Fuentes-Nieva (2016): How privilege and power in the economy drive extreme inequality and how this can be stopped. 210 Oxfam Briefing Paper. Link unter <https://www.oxfam.de/system/files/bp210-economy-one-percent-tax-havens-180116-en.pdf>

Wallerstein, Immanuel (1988): Entwicklung: Leitstern oder Illusion?, in: Klassiker der Entwicklungstheorie, Wien: Mandelbaum Verlag

Arrighi, Giovanni (2002): Globale Ungleichheiten und das Erbe der Dependencia-Theorie, Zeitschrift für Weltgeschichte 16.1 (2015) S. 135-148

Menzel, Ulrich (2010): Entwicklungstheorie, Geschichte und Hauptkontroversen. http://digisrv-1.biblio.etc.tus.de:8080/docportal/servlets/MCRFileNodeServlet/DocPortal_derivate_00009965/Menzel-Entwicklungstheorie.pdf (zuletzt aufgerufen am 16.04.2016)

<http://www.welt.de/wirtschaft/article136519081/Haelfte-des-Reichtums-in-der-Hand-von-einem-Prozent.html> (zuletzt aufgerufen am 16.04.2016)

Abbildungen

Abb.1 Rostows Modell von Entwicklung. Quelle: http://geography-student.blogspot.de/2011_07_01_archive.html (zuletzt besucht am 15.04.2016)

Abb.2 Schematische Darstellung der Zentrum-Peripherie-Struktur Link unter http://geography-student.blogspot.de/2011_07_01_archive.html (zuletzt besucht am 15.04.2016)

8.2 Urban Rural Linkages in Indien

Autor: Jonas Otto

Allgemeines

Als Urban-Rural Linkages können im Allgemeinen die Verknüpfungen zwischen einem städtischen Zentrum und dessen äußeren Bezirken sowie ländlichem Hinterland verstanden werden. Urban-Rural Linkages bestehen in zusammenwirkenden und sich ergänzenden Funktionen und können etwa den Austausch von Personen, Ressourcen, Kapital, Gütern, Arbeit, Ökosystemdienstleistungen (z.B. die natürliche Filtration von Trinkwasser), Informationen und Technologien beinhalten.

Dieser Beitrag des Readers soll sich vor allem mit den Urban-Rural Linkages Indiens befassen. Dabei soll die Bedeutung der kleinen bzw. aufstrebenden Städte Indiens besonders hervorgehoben werden, da diese für die Gesamtentwicklung eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen und bisher noch nicht ausreichend untersucht wurden „Globally, there is insufficient knowledge on the dynamics of small and intermediate cities [...] making them a missing link in understanding the dynamic of urban-rural interactions.“ (Habitat Issue Paper 10 2015: 5).

Zunächst sollen einige Punkte aus dem Habitat Issue Paper der Vereinten Nationen in Bezug auf Urban-Rural Linkages und die Rolle aufstrebender Städte genannt werden, um dann wieder auf den Kontext Indiens zurückzukommen.

Ziele aus dem Habitat III Issue Paper

Als ein übergeordnetes Hauptziel geben die Vereinten Nationen an, dass die Dichotomien zwischen städtischen und ländlichen Regionen abgebaut werden sollen. Dazu sollen die Verbindungen zwischen beiden erkannt und gestärkt werden. Es geht also darum die eben erwähnten zusammenwirkenden und sich ergänzenden Funktionen möglichst klar zu erkennen, um sie dann für die Gesamtentwicklung einer Region möglichst klug und effizient ausnutzen zu können. Um dieser sicher nicht leichten Aufgabe gerecht zu werden, werden sogenannte *multi-actor partnerships* empfohlen. Solche Zusammenschlüsse aller beteiligten Gruppen und Interessensvertreter einer Region können nämlich über gebietliche und behördliche Grenzen hinweg arbeiten und sind erst so in der Lage den komplizierten Zusammenhängen moderner Entwicklung entgegenzutreten.

Ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt wird darin gesehen, die Konzentration bzw. den Verlass auf einige wenige Megastädte zu reduzieren und stattdessen dezentralisiertes Wachstum zu fördern. Durch dieses Ziel gewinnen folglich die aufstrebenden, kleinen bis mittelgroßen Städte an Bedeutung: Sie sollen als Wohnorte attraktiv gemacht werden und außerdem Investmentmöglichkeiten und Arbeitsplätze schaffen. Ihnen kommt somit die Aufgabe zu, den Sogeffekt der Megastädte zu verringern und diese dadurch zu entlasten.

Dies hätte nicht nur positive soziale Auswirkungen, sondern könnte auch für die Umwelt von erheblichem Vorteil sein – vorausgesetzt die Entwicklung der aufstrebenden Städte wird entsprechend geplant und umgesetzt.

Die Bedeutung kleiner/mittelgroßer Städte in Indien

Kleine/mittlere Städte sind allgemein für ihr oft ländliches Umfeld vor allem dadurch von Bedeutung, dass sie wichtige Zugänge zu öffentlichen Dienstleistungen (wie Ämtern und der Gesundheitsversorgung) sowie dem Arbeitsmarkt bereitstellen. Umgekehrt sind sie durch Rohstoffe und Lebensmittel von den ländlichen Regionen abhängig.

Im Fall Indiens spielen sie eine besonders wichtige Rolle – der Grund dafür ist der starke Bevölkerungsanstieg.

Während im Jahr 2010 die Bevölkerung zwischen 15 und 59 Jahren bei 757 Millionen Menschen lag, wird im Jahr 2030 mit einem Anstieg der Bevölkerung in diesem (potenziell arbeitsfähigen) Alter auf 972 Millionen gerechnet (vgl. Deni & Zerah 2014: 13). Bei den ländlichen Arbeitskräften wird sogar ein Anstieg bis zum Jahr 2045 erwartet.

Zeitgleich zu diesen rasanten Entwicklungen findet ein stetiger Rückgang der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft statt. Diese Jobs waren zwar meist keine dauerhaften Arbeitsverhältnisse und eher durch Gelegenheitsarbeit gekennzeichnet, boten aber natürlich trotzdem der Landbevölkerung die wichtigste Lebensgrundlage. Aus diesen Entwicklungen folgt, dass Indien jährlich 11 Millionen neue Jobs benötigt, nur um die jetzige Quote von Arbeitstätigen zur Gesamtbevölkerung bei 39 Prozent halten zu können – „A ratio which is already extremely low.“ (Deni & Zerah 2014: 14). In den kommenden Jahren wird die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit für Indien ein zentrales Thema sein. Gelingt es nicht der rasant wachsenden Bevölkerung Zukunftsperspektiven zu bieten, ist womöglich die Stabilität des gesamten Landes gefährdet.

Während die Vororte und Außenbezirke an Industrie gewinnen, kommt es in den Kernen der Metropolen zunehmend zu einer „Sättigung“ und Deindustrialisierung. Auf der Suche nach niedrigen Kosten weichen Firmen mehr und mehr auf ländlichere Regionen aus, denn diese bieten ihnen durch niedrige Landpreise und Löhne sowie weniger strenge Umweltregulationen Wettbewerbsvorteile. Auch weil die Arbeiter in kleinen Städten oft noch keine Gewerkschaften gegründet haben, können Firmen durch Zeitarbeit und Lohndumping höhere Gewinne erzielen. Trotz der zumeist schlechten Jobqualität der nicht-landwirtschaftlichen Arbeit sehen junge Menschen mehr Chancen in dieser. Dies bedeutet aber nicht automatisch, dass es einen massiven Strom junger Menschen hin zu den Megastädten gäbe „Massive rural to urban migration is a ‚myth‘“ (Deni & Zerah 2014: 17). Hingegen bleibt die Migration innerhalb ländlicher Regionen (etwa der Umzug in kleine Städte) am bedeutendsten. Diese kleinen und „aufkeimenden“ Städte bieten den Menschen eine erste Chance die Arbeitslosigkeit zu überwinden. Außerdem können

Menschen hier einen Zugang zu Bildung, dem Gesundheitswesen und „seltenen“ Gütern erhalten, die für sie auf dem Land unerreichbar waren. Die Aussicht auf einen Arbeitsplatz gewährleistet vor allem das boomende Baugewerbe, denn hier können auch gering qualifizierte Arbeiter eingestellt werden. Allerdings handelt es sich bei diesen Arbeitsmöglichkeiten oft um schlechte Jobs: Die prekäre Lage der Menschen wird durch Zeitarbeit und geringe Löhne ausgenutzt. Dennoch bieten die kleinen Städte zumindest einen kleinen Grund zur Hoffnung für viele Menschen. Die ländliche Bevölkerung wendet sich ihnen in nun veränderter Weise zu: Der Austausch der Städte mit dem Hinterland bleibt nicht mehr nur auf den Handel und Verkauf beschränkt. Viele Teile der ländlichen Bevölkerung führen einen Zweitwohnsitz in der Stadt, es kommt eher zu einer Pendelwanderung als zu einer endgültigen Verlegung des Wohnsitzes (vgl. Deni & Zerah 2014: 18).

Die Regierung Indiens hat zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie zur Verbesserung der Lebensumstände auf dem Land zahlreiche Programme erlassen. Hier sollen das MGNREGA (Mahathma Gandhi National Rural Employment Guarantee Programm) und das PMGSY (Pradhan Mantri Gram Sadak Yojana) -Programm genannt sein. Das Ziel des MGNREGA-Programmes ist es, einem ländlichen Haushalt von dem ein Erwachsener freiwillig unqualifizierte körperliche Arbeit tätigt eine bezahlte Arbeit von maximal 100 Tagen zu garantieren. Das Programm kommt fast einem „Recht auf Arbeit“ gleich, es wird dafür kritisiert, dass es die Effizienzsteigerung der Landwirtschaft dadurch behindere. Das PMGSY-Programm konzentriert sich auf den Straßenbau und insbesondere auf die bessere von Dörfern an das Straßennetz. Es wurde unter anderem von der Weltbank finanziert. Ziel ist es nicht nur die Mobilität überhaupt zu gewährleisten, sondern durch den Bau von Allwetterstraßen auch die Zuverlässigkeit der Verkehrswege zu erhöhen.

Einen weiteren nicht zu unterschätzenden Faktor im Zusammenspiel von städtischen und ländlichen Regionen in Indien stellt die Klassifikation einer Stadt laut indischem Recht dar. Wie definiert man eine Stadt? Diese Frage kennt man eher weniger aus Europa aber in einem Land wie Indien, in dem infolge des starken Bevölkerungsanstieges unzählige kleine Ortschaften in kürzester Zeit enorme Einwohneranstiege verzeichnen, stellt sie ein echtes Problem dar. Staatliche Strukturen, die in europäischen Städten über Jahrhunderte gewachsen sind, können im Falle der Bevölkerungsexplosion in Indien nicht schnell genug nachwachsen, was zu erheblichen Problemen und unkontrolliertem Wachstum führt. Die Definition einer Stadt kann in Indien über zwei Wege erfolgen: Es gibt gesetzlich festgelegte Städte (Statutory Towns) und solche die bestimmten Kriterien zufolge als Stadt anerkannt werden (Census Towns).

Diese Kriterien sind

(1) eine Einwohnerzahl von mindestens 5000 Menschen,

(2) eine Dichte von mindestens 400 Personen pro Quadratkilometer und

(3) eine mindestens 75-prozentige Beschäftigung der männlichen Arbeitnehmer im nicht-landwirtschaftlichen Sektor.

Der springende Punkt bei der indischen Definitionsweise einer Stadt ist, dass es erhebliche Unterschiede darin gibt, auf welche Weise eine Stadt als solche anerkannt wurde. Die gesetzlich festgelegten Städte (Statutory Towns) erhalten auf der Regierungsebene eigene Organe (Stadtverwaltung etc.), während sich an der Regierungsstruktur einer Stadt nichts ändert falls sie den Kriterien einer Census Town entspricht und als solche definiert wird. Lediglich die Bevölkerung einer Census Town wird statistisch zu der Stadtbevölkerung Indiens hinzugezählt. Zwischen 2001 und 2011 entstanden 2532 neue Census Towns, davon wurden aber lediglich 242 zu Statutory Towns erklärt und erhielten somit städtische Regierungsstrukturen (vgl. Deni & Zerah 2014: 9). Auf der Regierungsebene bleiben also die meisten Boomtowns Indiens weiterhin Dörfer und werden auch nach ihrem rasanten Wachstum noch nach den Regeln der ländlichen Selbstverwaltung (durch Panchayats) regiert „urban settlement under rural governance“ (Deni & Zerah 2014: 9). Hieraus ergeben sich erhebliche Probleme, die alle Bereiche des öffentlichen Lebens und Probleme der indischen Städte betreffen. Anhand des Beispiels von Grugaon werde ich darauf zurückkommen.

Zunächst soll kurz das Modell der Satellite Cities als ein möglicher Lösungsansatz vieler Probleme der Verstädterung vorgestellt werden.

Umgang mit der Verstädterung: Satellite Cities

Satellite Cities stellen eine mögliche Form des Umgangs mit der Verstädterung dar und bieten besonders in bezug auf das Ziel der Entlastung der Megastädte Lösungsansätze. Eine Satellite City ist eine Stadt, die dafür geplant ist, den Bevölkerungsüberschuss einer Metropole aufzunehmen, aber weit hinter deren Grenzen liegt und eigenständig funktioniert. Die Grafik (Abb. 1) auf der rechten Seite gibt einen Eindruck von der Lage der Satellite Cities.

Allgemein kann man mit der „Verdichtung“ einer Metropole auf drei unterschiedliche Weisen umgehen. Man entgeht ihr, indem man die Stadt vertikal erweitert, sprich Hochhäuser baut. Dies verschlimmert jedoch die Überfüllung der Stadt im Zentrum und hat eine sehr starke Erhöhung der Landpreise zur Folge, die vor allem den Armen schadet. Beispiele hierfür sind Delhi oder London.

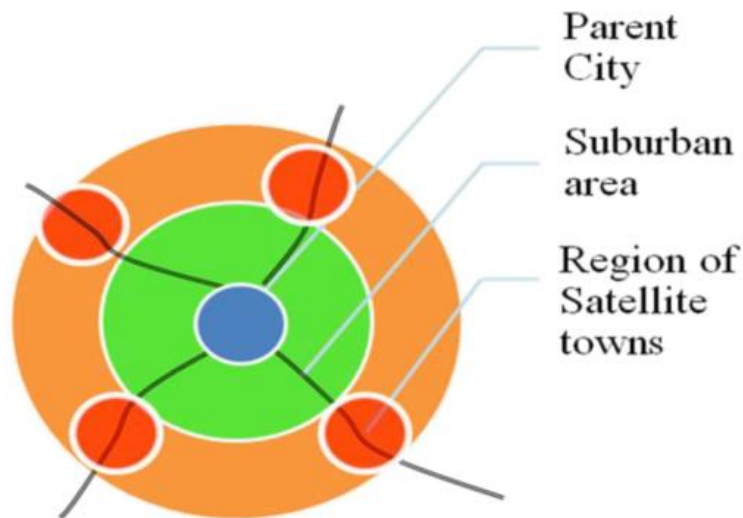


Abbildung 1: Lage von Satellite Cities
(Nirmal 2014: 1)

Der zweite Weg ist die horizontale Erweiterung der Stadt. Dadurch werden jedoch die Pendlerdistanzen mehr und mehr verlängert, während die Ballung im Zentrum sich sogar noch verschlimmert (vgl. Nirmas 2014: 1).

Die dritte Möglichkeit ist eben der Bau von Satellite Cities. Diese können aufgrund ihrer etwas entlegeneren Lage bezahlbaren Wohnraum bieten, was den Armen zugutekommt. Darüber hinaus aber sollen sie nicht bloss ein Randbezirk oder entlegener Vorort sein, sondern selbstständig funktionieren, ihren Bewohnern alle Vorteile des Stadtlebens bieten und so den Druck auf die Zentren der Megastädte auffangen. Ein Bewohner einer Satellite City soll im Idealfall nie gezwungen sein aus irgendeinem Grund (sei es bspw. medizinische Sonderversorgung) die nächste Megastadt aufsuchen zu müssen.

Auch der wirtschaftlichen Sättigung vieler Megastädte soll durch neue Satellite Cities abgeholfen werden. Diese sollen als ökonomische Sub-Zentren funktionieren und neue Investitionsmöglichkeiten bieten. In der Idee wird so die ganzheitliche Entwicklung einer Region gefördert und die in den Habitat III Issue Papers bereits problematisierte Dichotomie zwischen städtischen und ländlichen Regionen abgebaut. Darüber hinaus kann das in der Folge des Städtebaus boomende Baugewerbe, wie bereits angesprochen, viele der im Falle Indiens so dringend benötigten Arbeitsplätze schaffen. Satellite Cities stellen in der oftmals verfahrenen Situation vieler Megastädte einen der wenigen Wege dar, etwas Kontrolle über die Überfüllung der Zentren zurückzugewinnen, die Megastadt zu „entflechten“ und einen Kollaps zu verhindern. Im Folgenden soll mit Gurgaon ein Beispiel für eine indische Satellite City gegeben werden.

Beispiel für indische Satellite Cities: Gurgaon und Manesar

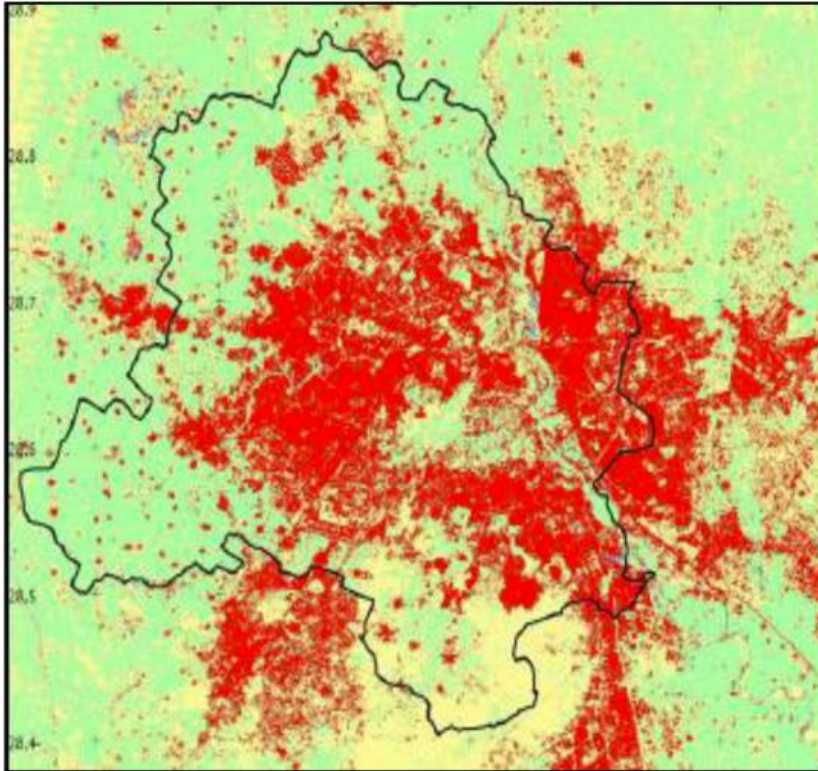


Abbildung 2: Urban Footprint der Metropolenregion Delhi (Nirmal 2014: 3)

Gurgaon liegt etwa 30 Kilometer von Neu-Delhi entfernt und wurde als eine Satellite City konzipiert. Im Zuge dessen hat es sich von einer landwirtschaftlich geprägten Stadt zu einer modernen Stadt mit ca. 1,2 Millionen Einwohnern entwickelt. Ziele bei der Gründung waren, den Bevölkerungsüberschuss von Delhi abzufangen, eine eigenständige Stadt entlang der Nachbarstaaten von Delhi zu schaffen, Delhis schnelles Wachstum im Immobilien-, industriellen und kommerziellen Sektor zu übernehmen und außerdem die ganze Region um Delhi zu beeinflussen bzw. miteinzubinden (vgl. Nirmal 2014: 4).

In Bezug auf diese Ziele lässt sich für Gurgaon zunächst ein positives Fazit ziehen. Wie an der Abbildung rechts zu erkennen ist, konnte die Ballung

In Delhi reduziert werden. Die Grenzlinien markieren den Bereich der New Delhi Capital Region, Gurgaon ist unten links, gerade außerhalb dieser liegend, erkennbar. Der mit dem Bau Gurgaons sich einstellende Real-Estate Boom schaffte außerdem viele Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt. Gurgaon fungiert nun als Outsourcing-Hub für zahlreiche multinationale Unternehmen wie etwa IBM oder Microsoft und hat durch den Delhi-Gurgaon Expressway eine direkte Anbindung an den Flughafen. Im Lauf der rasanten Entwicklung Gurgaons konnte die Stadt Manesar wiederum als Satellite City Gurgaons etabliert werden. Entlang des Highway 8 nach Mumbai bilden die beiden Städte zusammen nun eine sich schnell entwickelnde Achse. Diese ist auch in der untenstehenden Abbildung (die im Vergleich zur obigen nach rechts gekippt ist) gut zu

erkennen. Manesar's Funktion liegt vor allem darin, die industrielle Güter- und Warenproduktion unterzubringen und das Potenzial der entlang des Highway 8 liegenden Gebiete zu nutzen. Außerdem wurde wiederum ein neuer Markt für den Immobiliensektor geschaffen. Maßgeblich für die Entwicklung beider Städte ist der Gurgaon-Manesar Master Plan 2021. Zusätzlich zu Manesar bildet die Stadt Bhiwadi (in der linken oberen Ecke zu sehen) eine Satellite Town, die an Manesar anschließt. Die Entwicklung entlang der Achse des Highway 8 ist also keineswegs abgeschlossen.



Abbildung 3: Lage von Gurgaon, Manesar und Bhiwadi (Google Maps)

Zusammenfassung und Kritik

Abschließend lässt sich festhalten, dass die Urban-Rural Linkages in Indien besonders durch den starken Bevölkerungsanstieg und dem damit zusammenhängenden Problem der Arbeitslosigkeit gekennzeichnet sind. Kleine und mittelgroße, aufstrebende Städte gewinnen dadurch erheblich an Bedeutung und beeinflussen maßgeblich, ob Indien in den nächsten Jahren seinen großen Herausforderungen gerecht werden kann. Zusammen mit Satellite Cities können sie die Megastädte entlasten und bei guter Planung nicht nur wirtschaftliche, sondern auch soziale Verbesserungen bewirken.

Ein zentrales Problem in Indien scheinen vor allem die Verwaltungsstrukturen zu sein. Die dörflichen Verwaltungen sind mit dem rasanten Wachstum ihrer Regionen oft maßlos überfordert. Die Möglichkeit neue Städte besser durchdacht zu bauen und die Wiederholung alter Fehler zu vermeiden, scheint oftmals schon von vornherein ausgeschlossen. Die Konsequenz ist unkontrolliertes Wachstum. Dies zeigt sich auch in Gurgaon: Eine funktionierende städtische Verwaltung fehlt. Stattdessen sorgen die ansässigen Privatunternehmen für einen entsprechenden Ersatz von Abwassersystem, Energieversorgung, Ordnungshütern (Sicherheitsfirmen), Feuerwehr usw. – allerdings nur innerhalb der Grenzen ihrer Grundstücke „A patchwork of private services emerges, but only within property lines“ (Kedmey 2016: 1). Eine moderne, effiziente und umweltfreundliche Stadt zu bauen wird zu einem völlig fernen Ziel. Abgesehen davon, dass es dafür überhaupt erst eine Stadtverwaltung geben müsste, ist auch die

Zusammenarbeit von verschiedenen Akteuren über behördliche und gebietliche Grenzen von zentraler Bedeutung. So zielte z.B. ein Projekt in Nashik im Rahmen der Urban NEXUS Initiative (GIZ-ICLEI) darauf ab, die Zusammenarbeit der indischen Institutionen zu verbessern. Durch Pilotprojekte werden verschiedenen Akteuren Möglichkeiten gegeben, in Kontakt miteinander zu treten und Verbindungen herzustellen, die auch nach Ablauf des Projekts weiter erhalten und genutzt werden können “The successful implementation of pilot projects changed the mindset of institutions to favor cooperative and intersectoral planning approaches instead of traditionally ‘siloe’d’ sectoral practices.” (Thakur & Kumar 2014: 1).

Literaturverzeichnis

Deni, E., Zerah, M.-H., 2014. Rural-Urban Linkages: India Case Study. http://horizon.documentation.ird.fr/exl-doc/pleins_textes/divers15-01/010063306.pdf, 06.03.2016.

Habitat III Issue Paper 10, 2015. Urban - Rural Linkages. New York.

Kedmey, D., 2016. Skyscrapers – but no sewage system. Meet a city run by private industry. <http://ideas.ted.com/skyscrapers-but-no-sewage-system-meet-a-city-run-by-private-industry/>, 05.04.2016.

Madhya Pradesh: Leveraging technology to improve public service delivery. <http://www.smartcitieschallenge.in/casestudy/madhya-pradesh-leveraging-technology-to-improve-public-service-delivery>, 06.03.2016.

Nirmal, V. K., 2014. Satellite Cities: The only hope of Megacities. A case of India scenario. <http://basharesearch.com/WCSET2014/wcset2014045.pdf>, 06.03.2016.

Thakur, R., Kumar, E., 2014. Nashik, India. Demonstrating the Urban NEXUS approach to optimize water, energy and land resources in peri-urban agriculture. http://www2.giz.de/wbf/4tDx9kw63gma/02_UrbanNEXUS_CaseStudy_Nashik.pdf, 06.03.2016.

Abbildungen

Abb.1:

Lage von Satellite Cities

(Nirmal 2014: 1) Nirmal, V. K., 2014. Satellite Cities: The only hope of Megacities. A case of India scenario. <http://basharesearch.com/WCSET2014/wcset2014045.pdf>, 06.03.2016.

Abb.2:

Urban Footprint der Metropolenregion Delhi

(Nirmal 2014: 3) Nirmal, V. K., 2014. Satellite Cities: The only hope of Megacities. A case of India scenario. <http://basharesearch.com/WCSET2014/wcset2014045.pdf>, 06.03.2016.

Abb.3:

Lage von Gurgaon, Manesar und Bhiwadi (Screenshot Google Maps) Link auf <https://goo.gl/maps/zDJHBqDZaf62>

9 Der informelle Sektor im städtischen Kontext

Autorin: Sulamith Willfort

Einleitung

Nicht nur in Indien, auch in Peru arbeitet ein Großteil der Bevölkerung im unüberschaubaren informellen Sektor. Aber was bedeutet eigentlich informell? Viele Menschen sind in ihrer Arbeit nicht in die sogenannten formellen Bereiche einbezogen und arbeiten ohne offizielle Registrierung und damit einhergehend ohne Steuerabgaben und soziale oder arbeitsrechtliche Versicherungen.

Das führt in Arequipa, der zweitgrößten Stadt Perus im südlichen Hochland mit gut einer Million Einwohner zu einem bunten Bild. Die lebendige Atmosphäre der Stadt ist geprägt durch unzählige Straßenhändler, die alles verkaufen, was man eben brauchen kann - oder auch nicht. Taschentücher, Obst, Uhren, Papier, Kaugummis,... die Liste ist lang und hinzu kommen die klassischen Schuhputzer, Kioskbetreiber der „Tiendas“ (dt. Läden), Fotogelegenheiten mit Alpacas sowie jede Art kleiner Dienstleistungen. Die Menschen sind einfallsreich, um sich das tägliche Brot zu verdienen. Doch auch informelle Arbeiten in Taxiunternehmen oder als Handwerker, die über den Kleinverkauf hinausgehen, sind allgegenwärtig.



Abbildung 1
Straßenverkäuferin in
Arequipa mit typischen
„Buñelos“ (Foto: S.Willfort)

Für meine Erfahrung als Freiwillige, bei der ich ein Jahr in Arequipa lebte und mich im Zentrum als auch in den Randvierteln bewegt habe, macht der informelle Sektor den bunten und lebendigen, aber auch problematischen Charakter der Stadt aus. Daher möchte ich im Folgenden Probleme, Herausforderungen sowie Lösungsansätze im urbanen Kontext betrachten und dabei auch auf die Situation in Indien eingehen.

Definition und Konzepte

„Mit dem Begriff des informellen Sektors oder der informellen Wirtschaft erfasst die Volkswirtschaftslehre diejenigen Wirtschaftsbereiche, die sich ganz oder teilweise der statistischen, regulatorischen und damit meist auch der steuerlichen Erfassung

durch den Staat entziehen.“ (DGB Bildungswerk, 2007, S.7)

Der informelle Sektor beschreibt somit nicht nur die sichtbaren Straßenverkäufer, sondern stellt eine Art Querschnitt der klassischen drei Sektoren Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen dar.

Er schließt alle wirtschaftlichen Aktivitäten in Form von Güterverkauf und Dienstleistungen ein, die außerhalb formell geregelter Bereiche ablaufen.

Er ist durch bestimmte Eigenschaften wie arbeitsintensive Produktionsformen, die Verwendung einfacher Techniken und Technologien, kaum vorhandene oder nur geringe berufliche Qualifikation, kleine und kleinste Betriebsgrößen und die Verarbeitung meist einheimischer Rohstoffe gekennzeichnet.

Das Fehlen von arbeits- und sozialrechtlichem Schutz, vergleichsweise schlechte Bezahlung und Arbeitsbedingungen betreffen in besonderem Maße die Arbeiter selber.

Heute wird allerdings der Begriff des informellen Sektors zunehmend vom Begriff der „informellen Wirtschaft“ abgelöst, der über die Tätigkeiten informeller Betriebe hinaus auch die informelle Beschäftigung in der formellen Wirtschaft umfasst. Es handelt sich dabei also auch um die verbreitete „Schwarzarbeit“. (GIZ, 2015)

Situation in Indien

In den letzten Jahren hat sich das allgemeine Bild Indiens extrem verändert. Allerdings sind sowohl die vorausgegangene Wahrnehmung Indiens als Armenhaus, also auch das moderne Image einer aufstrebenden wirtschaftlichen Macht mit Softwarespezialisten relativ einseitig. Probleme wie Kinderarbeit, Diskriminierung, mangelnde soziale Absicherung oder menschenunwürdige Arbeitsbedingungen werden teilweise wenig beachtet, obwohl sie nach wie vor sehr aktuell sind. Eben diese negativen Aspekte und Herausforderungen der Arbeitswelt Indiens spielen im informellen Sektor, besonders in urbanen Regionen eine große Rolle. (DGB Bildungswerk, 2007)

Der informelle Sektor macht dort einen signifikanten Anteil der (nicht-landwirtschaftlichen) Wirtschaft aus, etwa 46 Prozent. In vielen der sogenannten Entwicklungsländer liegt der Anteil bei über 50 Prozent, in Niedrig-Einkommens-Ländern oft bei bis zu 95 Prozent. Frauen sind zu einem größeren Teil von informeller Arbeit betroffen als Männer, in Südasien beträgt der Frauenanteil jedoch 83 Prozent im Vergleich zu 82 Prozent bei Männern. Zudem sind junge Menschen

im informellen Sektor überrepräsentiert. Durchschnittliche liegen die Werte bei etwa 8 von 10 jungen Arbeitern. (Habitat III, 2015, S.2)

Ursachen

Ursachen der informellen Arbeit sind oft multifaktoriell bedingt und unüberschaubar. Sie reichen von uneffiziente öffentlichen Institutionen und unangemessene makroökonomische Rahmenbedingungen bis hin zu vielerlei Anreizen, in der informellen Ökonomie zu verbleiben. Weitere Faktoren sind abhängig von Art der Arbeitgeber, ökonomischem Sektor oder der Arbeitergruppe. (Habitat III, 2015)

Rolle der Urbanisation

Die Urbanisation in Entwicklungsländern geht häufig mit dem Wachstum informeller Wirtschaft einher.

Neben anderen sogenannten Push-and-Pull-Faktoren ist eine wichtige Ursache der Urbanisierung die Hoffnung auf besser bezahlte Jobs in Städten. Da solche jedoch stark begrenzt sind, weichen viele Menschen auf die Option informeller Arbeit aus. Besonders in urbanen Regionen kommt der Großteil neuer Jobmöglichkeiten für junge Menschen aus der informellen Wirtschaft.

Städtische Verwaltungen werden beim Umgang mit dem informellen Sektor mit vielen Herausforderungen konfrontiert. Überbevölkerung und die Konzentration vieler informeller Arbeiter in bestimmten Stadtteilen verursachen schädliche Umweltkonsequenzen, zum Beispiel im Konkurrenzkampf um städtischen Raum. Vor allem Abwasser und unangemessene Abfallentsorgung (in den vorangegangenen Kapiteln thematisiert) werden zum Problem.

Leider werden große Teile der städtischen informellen Arbeiter, insbesondere niedrigverdienende Menschen, von den Verwaltungen mitunter ignoriert und die Problematik geleugnet. So werden auch keinerlei Möglichkeiten geschaffen, um Zugang zu wichtigen Basisversorgungen zu gewährleisten und Möglichkeiten zu formellen Arbeiten zu bieten. (Habitat III, 2015)

Weitere Probleme und Herausforderungen

Der informelle Sektor kennzeichnet sich nicht nur durch das Fehlen von Kontrolle und Steuerabgaben, sondern auch durch die extremen Bedingungen für die arbeitenden Personen. Hauptproblem sind die unsicheren und harten

Arbeitsbedingungen, oft unter Nichtbeachtung fundamentaler Arbeitsrechte mit ernsthaften Auswirkungen auf Gesundheit und Wohlergehen. Unter anderem sind Gründe hierfür die langen Arbeitszeiten bei schlechter Bezahlung, Job-Unsicherheit, niedrige Jobzufriedenheit sowie die Verletzung weiterer Rechte. Hierzu gehören nach wie vor auch Kinderarbeit und erzwungene Arbeit.

Das mitunter größte Problem sind jedoch die unangemessenen sozialen Absicherungen in Form von Versicherungen. Informelle Arbeiter haben keine Sozial- und Arbeitsversicherung und sind somit besonders verletzlich. Komplizierte und kostenspielige Regierungsregulationen und Gesetze erschweren es zusätzlich, informelle Geschäfte zu formalisieren. (Habitat III, 2015)

Lösungsansätze

Um den Herausforderungen zu begegnen, ist die Stärkung von Representation und Stimme der Arbeiter im informellen Sektor essenziell, um deren Verwundbarkeit zu reduzieren und offenen Zugang zu Service, Lizenzen und Basisversorgung zu gewährleisten.

Dabei soll die Formalisierung angestrebt werden, die jedoch in der praktischen Umsetzung schwierig ist und multifaktoriell verhindert wird. Die Verstaatlichung und Registrierung von Geschäften sowie die Ausweitung von Arbeits- und Sozialversicherungen stellen eine Möglichkeit dar. Desweiteren ist die Registrierung unangemeldeter Arbeiter eine Option. Weitere Ansätze sind die Bereitstellung von Eigentumsrechten und die Erweiterung von Basisversorgungen. Speziell im städtischen Kontext bieten sich spezifische Handlungsansätze zur Formalisierung der Wirtschaft an. Ein gutes Grundverständnis der informellen Ökonomie durch Sammlung und Analyse von Daten ist dafür jedoch Voraussetzung. Bisher gibt es jedoch in den meisten betroffenen Regionen kaum realistische Schätzungen und Datenerhebungen, auf deren Basis sich gezielt planen lässt. In der Stadtplanung sollte der große Anteil der informellen Arbeiter nicht negiert, sondern explizit beachtet werden. Sie sollten Zugang zu Basisversorgung in Form von Infrastruktur (insbesondere Sanitäreinrichtungen und sauberes Trinkwasser), Transport und Mobilität haben. Straßennetze sollten auch abgelegene und Niedrigeinkommens-Siedlungen anschließen. Ausreichend Orte in der Stadt müssen für die Verkäufer verfügbar gemacht werden. Eine weiterführende Planung der sozialen Inklusion schließt außerdem die Stärkung besonders betroffener Gruppen, in diesem Fall Frauen und Kinder mit

ein. Lokale Regierungen können deren Recht auf Mitgliedschaft in Organisationen und Zusammenschlüssen stärken und die Teilnahme am sozialen Dialog fördern. In diesem Kontext werden wichtige Partnerschaften gebaut. Handlungen sollten auf Partnerschaften zwischen städtischen Verwaltungen, informellen Arbeitern, Geschäften und deren Repräsentanten basieren und Managementprozesse ausbauen, die schon existieren. Hierbei können Gewerkschaften eine zentrale Rolle einnehmen und Druck ausüben, sowie das Bewusstsein der Arbeiter für ihre Rechte stärken.

In Indien beispielsweise haben Arbeiter in mehreren Städten Basis-Infrastruktur bekommen. Müllsammler bekamen offizielle Verträge der Verwaltung um Abfall zu sammeln, zu sortieren und zu recyceln. Im Februar 2014 wurde vom Indischen Parlament zudem ein Gesetz erlassen, um Straßenverkäufer zu regulieren und zu schützen. (Habitat III, 2015)

Fazit

Qualitative formelle Jobs bringen die Entwicklung voran und Länder, die sich auf die Stärkung qualitätsorientierter und formeller Arbeit konzentrieren, haben höhere Wirtschaftswachstumsraten. Auch Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Akteure aus den Industriestaaten könnten dabei einen durchaus sinnvollen, eher indirekten Beitrag zur Verbesserung leisten. „Internationaler Erfahrungsaustausch, der den informellen Sektor als Realität anerkennt und nicht ignoriert, kann sich dabei als hilfreich erweisen.“ (DGB Bildungswerk, 2007)

Für die zukünftige Entwicklung von Städten ist es meiner Meinung nach wichtig, informelle Wirtschaftssektoren nicht zu ignorieren, sondern deren erheblichen Einfluss einzuplanen. Dafür müssen Basisversorgungen für informelle Arbeiter garantiert und für mehr offizielle Arbeitsmöglichkeiten gesorgt werden.

Ein Lösungsansatz ist die Bildung von Zusammenschlüssen in Form von Gewerkschaften, um politischen Druck auszuüben und das Bewusstsein für die Rechte der Arbeiter zu stärken. Problematisch hierbei ist jedoch, dass die Grundlage der informellen Arbeit häufig illegal ist. In Indien wird beispielsweise die Kinderarbeit als illegal verboten und somit kriminalisiert, obwohl sie in der Realität weiterexistiert. Eine Legalisierung, wie beispielsweise in Bolivien, würde es vereinfachen, die Rechte der Kinder zu stärken und zu schützen.

Literatur

Habitat III Issue Papers, 14-informal sector, New York, 31 May 2015.
http://unhabitat.org/wp-content/uploads/2015/04/Habitat-III-Issue-Paper-14_Informal-Sector-2.0.pdf

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2015.
Peru – Situation und Zusammenarbeit.
http://www.bmz.de/de/laender_regionen/lateinamerika/peru/profil.html
Zugriff am 10.03.2015

Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit, 2015. Beschäftigung.
<https://www.giz.de/fachexpertise/html/11720.html>
Zugriff am 18.03.2015

DGB Bildungswerk, Dezember 2007.
www.nord-sued-netz.de/system/files/download/Indien_
Zugriff am 12.03.2015

Wirtschaft48.info, 2011. Der informelle Sektor – Woher die Arbeitsplätze kommen.
http://www.wirtschaft48.info/a/Der_informelle_Sektor_Prozent26ndashProzent3B_Woher_die_ArbeitsplProzentE4tze_kommen.-738863.html
Zugriff am 12.03.2015

Abbildung:

Abb.1
Straßenverkäuferin in Arequipa mit typischen „Buñelos“ (Foto: S.Willfort)

10 Informelle städtische Siedlungen

Autorin: Franziska Käfferlein

Was sind informelle Siedlungen?

Als informelle Siedlung (engl. „squatter settlement“) wird eine Ansiedlung bezeichnet, die „illegal, spontan errichtet [...] (wurde), auf fremdem, meist öffentlichem Land“. Diese Stadtteile findet man oft in den Randgebieten von Megacities, in sogenannten Entwicklungsländern (Spektrum, Squatter settlement).

Im Zusammenhang mit informellen Siedlungen tritt auch häufig der Begriff „Slum“ auf. Dabei handelt es sich um Siedlungen, die am meisten von der Gesellschaft ausgeschlossen sind und deren Bewohner am stärksten sozial benachteiligt sind (UN-Habitat, 2015: Issue Paper). Man unterscheidet dabei drei Arten von Slums (Spektrum, Slum):

- Zum einen gehören dazu ehemalige Mittelschichtsgebiete, in denen ein Zerfall durch eine soziale Abwärtsentwicklung entsteht.
- Ein weiterer Slumtypus entsteht durch eine bereits anfängliche Errichtung von Wohnungen an unvorteilhaften Standorten, die meist in öffentlicher Hand liegen.
- Zudem differenziert man Slums, die hauptsächlich in Ländern des globalen Südens, an Stadträndern mithilfe einfachster Baustoffe errichtet werden. Häufig findet hier eine illegale Besiedelung statt.

Im Folgenden wird sich v.a. auf letzteren Typ bezogen.

Nach UN-Definition bezeichnet ein Slum-Haushalt eine Gruppe Individuen, die unter demselben Dach wohnen und denen es an einem oder mehreren der folgenden Dinge fehlt:

Einem leichten Zugang zu Trinkwasser in ausreichenden Mengen und zu angemessenen Preisen; dem Zugang zu sanitären Einrichtungen in Form privater oder öffentlicher Toiletten und im Verhältnis zur Zahl der NutzerInnen; einer ausreichenden Wohnfläche, d.h. es leben nicht mehr als drei Personen in einem Zimmer (Belegungsdichte); einer Wohnung von dauerhafter Qualität, die gegen Klimaextreme schützt (Bausubstanz) und den Wohn- oder Aufenthaltsrechten, die vor gewaltsamer Vertreibung schützen. Diese international verwendete Definition schließt allerdings die sozialen Ausmaße aus und beschränkt sich auf physikalische und legale Kennzeichen (UN-Habitat, 2003: The challenge of slums, 12).

Für die Entstehung von Slums werden Ursachen, wie ein starkes Bevölkerungswachstum, eine Stadt-Land Migration, das Fehlen einer „good governance“, ökonomische Vulnerabilität, Naturkatastrophen, der Klimawandel und noch einiges mehr genannt (UN-

Habitat, 2015: Issue Paper). Der wichtigste Grund aber ist die zunehmende Urbanisierung, die durch eine „Mechanisierung der Landwirtschaft [...], Nahrungsmittelimporte [...], Bürgerkriege, Dürre[n oder] die Konkurrenz durch industrielle Agrounternehmer“ angetrieben wird (DAVIS, 2006: 21).

Die Entstehung von Slums und informellen Siedlungen sind also ein globales städtisches Phänomen und treten in verschiedenen Formen in Erscheinung (vgl. Abb.1) (UN-Habitat, Issue paper). Dabei sind verschiedene Erdregionen unterschiedlich stark davon betroffen: So leben beispielsweise in Afrika über 60 Prozent aller Stadtbewohner in Slums, während in Europa nur etwa 6 Prozent in sehr prekären Verhältnissen leben (UN-Habitat, 2015: Issue Paper). Außerdem lässt sich eine zunehmende Urbanisierung erkennen und damit ein Anstieg des Anteils der städtischen Slumbewohner (vgl. Abb. 1).

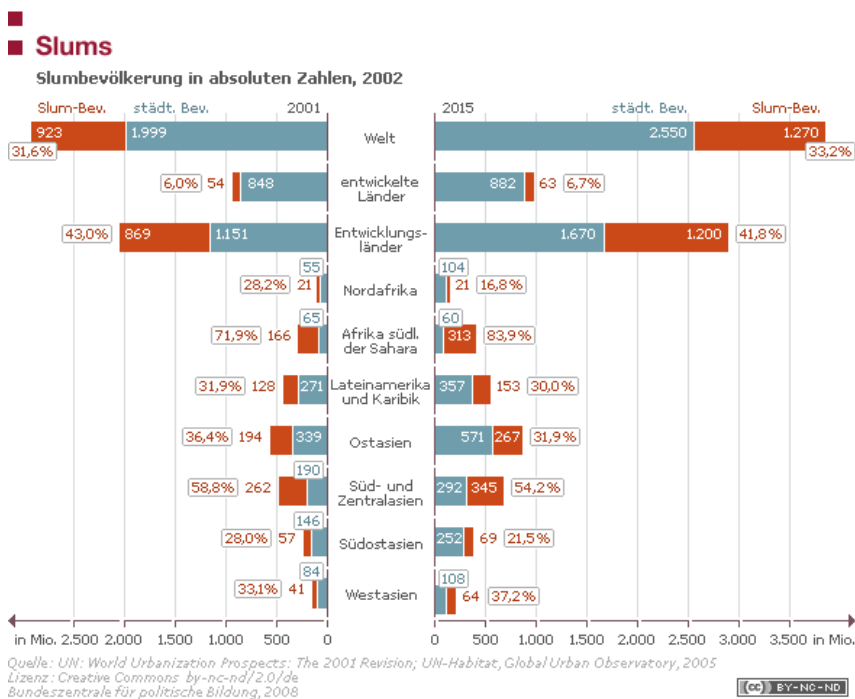


Abbildung 1: Slums – weltweit. (Quelle: <https://www.bpb.de/gesellschaft/staedte/megastaedte/64768/slums>)

Probleme in informellen Siedlungen

Die Lebensbedingungen in Slums sind oft sehr schlecht und mit vielen Problemen verbunden.

So besteht hier aufgrund der schlechten sanitären Versorgung ein höheres Gesundheitsrisiko für die Bewohner und eine höhere Kindersterblichkeit (UN-Habitat, 2015: Issue Paper). Obwohl die meisten Menschen in die Städte kommen um die Möglichkeiten dieser zu nutzen und damit ihr Leben zu verbessern, landen v.a. die Ärmern häufig in Slums und werden hier von diesen Möglichkeiten ausgeschlossen. Es

herrscht demnach eine große Ungleichheit und Exklusion in den Städten vor (GEBHARDT, 2012: 883).

Ein weiteres Problem ist die Unsicherheit der Bleiberechte. Da sich Slums oft auf öffentlichem Land ansiedeln, haben die Bewohner kein offizielles Wohnrecht, was dazu führt, dass sie zu jeder Zeit von ihrem Wohnort vertrieben werden können (beispielsweise, wenn die Stadtregierung beschließt Einkaufszentren, Hotels oder Straßen zu bauen) (bpb: DOGRA, 2007).

In Slums spielt auch die Informalität eine große Rolle. Die Tätigkeiten im informellen Sektor werden allerdings zunehmend nicht nur als negativ eingestuft, sondern es werden auch deren positive Seiten gesehen (GEBHARDT, 2012: 883f.).

Slums entstehen häufig in Risikogebieten, d.h. in Regionen, die eine geographisch schlechte Lage haben. So siedeln die Bewohner oft in Überschwemmungsgebieten (z.B. Dhaka), an steilen Hängen mit Rutschungsgefahr (z.B. Belo Horizonte) oder in Gebieten mit seismischer Aktivität (z.B. Mexiko-Stadt). Aber auch Feuerausbrüche stellen eine große Gefahr für diese Siedlungen dar (DAVIS, 2007: 129ff.). Oft ist es auch schwierig die Armutssituation einzuschätzen, da die Regierungen Slums nicht als solche anerkennen und ein Großteil der armen Bevölkerung nicht in die Statistiken eingeht (DAVIS, 2007: 30). Daran kann man erkennen, dass häufig eine ausreichende Unterstützung der Regierung fehlt, ebenso wie nur wenig Integration der Slumbevölkerung in die Städte erfolgt (UN-Habitat, 2015: Issue paper).

Im Zusammenhang mit der Entstehung von Slums stellt der weltweite Rückgang bezahlbarer Häuser und Wohnungen in den Städten ein Problem dar. So begünstigt der Anstieg des Wertes von Grundstücken und Wohnungen weiterhin die Bildung illegaler Siedlungen. Dieser Anstieg wird v.a. durch ein Fehlen funktionierender städtischer Steuersysteme und Finanzierungsmittel hervorgerufen (UN-Habitat, 2015: Issue paper).

Außerdem gibt es zu wenig standardisierte verfügbare Daten und Lernplattformen, was zu einem Unwissen führt, welches wiederum schlecht für Planungsprozesse ist. Dazu zählt auch, dass oft Problemlösungen anderer Orte für die eigene Stadt übernommen wird, ohne diese Lösungen an den jeweiligen lokalen Kontext anzupassen (UN-Habitat, 2015: Issue paper).

Integrierte Entwicklungsstrategien sollten institutionalisiert werden, da sonst weiterhin ein Ausschluss der ärmeren Stadtbevölkerung durch Strategien, Regulierungen und Gesetzgebung besteht.

Abschließend ist noch zu sagen, dass es zwar einige Verbesserungsanstrengungen gibt, diese jedoch oft beschränkt bleiben (UN-Habitat, 2015: Issue paper).

Fallbeispiel

Ein Fallbeispiel soll die Lebensbedingungen und die Versorgung mit sanitären Anlagen in Slums deutlich machen (vgl. ZIMMER, 2015):

In dem Stadtviertel Guru Govind in Delhi leben rund 4500 Menschen. Da das Viertel offiziell als Slum anerkannt wird, gibt es hier beispielweise eine Versorgung mit Strom oder Straßenlaternen. Dennoch mangelt es hier in anderen Bereichen noch an einer guten Versorgung und Infrastruktur. Da es hier keine regelmäßige Müllentsorgung und Reinigung der Straßen gibt, wird der Müll entweder an den Rand des Slums gebracht oder in die offenen Abwasserkanäle entsorgt, die das Viertel durchlaufen. Auch die Toilettensituation in diesem Slum ist kritisch. So gibt es wenige Sammeltoiletten, die nur von 4 bis 17 Uhr benutzbar sind, die bezahlt werden müssen und dennoch oft sehr verschmutzt sind. So werden diese Toiletten nachts, bei Krankheit oder Bargeldmangel nicht in Gebrauch genommen.

Aus dieser Situation ergeben sich zum einen Konflikte, z.B. zwischen Nachbarn aufgrund der Müllbeseitigung oder Abwasserentsorgung. Auf der anderen Seite bergen die unzureichende Versorgung mit Toiletten und die schlechte Müllentsorgung (die Exkremate und der Müll gelangen oft in die Abwasserkanäle, die das Viertel durchqueren), gesundheitliche Risiken, v.a. für Kleinkinder. Während der Zeit des Monsuns werden die Gräben oft überschwemmt und das (Ab-)wasser reicht teilweise bis in die Erdgeschosse der Häuser. Hieraus ergibt sich natürlich eine noch größere Gefahr für die Bewohner sich mit Krankheiten zu infizieren.

Das Beispiel lässt erkennen, dass trotz bisheriger Anstrengungen (wie die Errichtung einer Strominfrastruktur) immer noch viele Veränderungen nötig sind um die Lebenssituation der Slumbewohner annehmbar zu machen.

Mögliche Lösungsansätze

In dem Issue Paper zu informellen Siedlungen der UN-Habitat III (2015) werden verschiedene Punkte angesprochen, die zur Lösung der oben genannten Probleme beitragen sollen. Dazu müssen informelle Siedlungen zunächst als solche erkannt werden. Weiterhin ist es wichtig die Bewohner dieser Siedlungen gleich zu behandeln und ihnen die gleichen Rechte wie den anderen Stadtbewohnern zu gewährleisten.

Nationale Regierungen haben einen großen Einfluss auf Veränderung und müssen deshalb stark miteinbezogen werden. Gleichzeitig müssen sie aber auch mit lokalen Regierungen kooperieren, da diese oft näher an den Problemen sind und wissen wo diese liegen.

Es sollen stadtweite Programme initiiert werden, mit welchen z.B. die Verbesserung der Infrastruktur durch integrative Planung vorangetrieben werden sollen. Außerdem ist es

erforderlich, Menschen und Systeme verschiedenster Ebenen in die Problemlösung miteinzubeziehen werden. Nur so kann ein besseres Verständnis für die Einwohner und deren Lebensumstände aufgebracht werden, sowie nur so die praktische Umsetzung Erfolg haben kann. Auch sollen die Wohnverhältnisse mehr ins Zentrum der Betrachtungen gezogen werden.

Zuletzt werden in dem Issue Paper von UN-Habitat (2015) eine Verbesserung des Datensammelprozesses und das Bilden einer einheitlichen Lernplattform vorgeschlagen. So soll ein besserer und schnellerer Zugriff auf die Daten gewährleistet werden, womit folglich die Kommunikation zwischen verschiedenen Akteuren verbessert wird (UN-Habitat, 2015: Issue paper).

Weitere Lösungsansätze sind das „Slum upgrading“, das hauptsächlich durch infrastrukturelle Veränderungen hervorgerufen werden soll und eine Verbesserung der Bleiberechte. Durch die Unterstützung kleinerer Unternehmen sollen die Beschäftigungsmöglichkeiten verbessert werden. Andere Verbesserungsmöglichkeiten sind die Finanzierung von Häusern durch Mikro-Finanz-Institutionen und eine „Inclusive city“ Herangehensweise durch lokale Autoritäten. Von Bedeutung ist auch das Hervorbringen von Partnerschaften auf verschiedenen Ebenen, sowie eine Koordination, welche die Bedürfnisse der lokalen Ebene in die politische Debatte auf nationaler oder internationaler Ebene miteinbringt (The Challenge of Slums, 2003: 164f.).

Tatsächlich sind bereits konkrete Erfolge bestimmter Städte zu verzeichnen: So wurden in Mumbai durch ein Slum-Sanitär-Programm 5100 neue Toiletten errichtet, die zu einer Verbesserung der Gesundheit und Infrastruktur der Slums beitragen (Indian Smart Cities Challenge).

Allerdings stellt sich dennoch die Frage, inwieweit all diese Ansätze umgesetzt werden können und ob sie tatsächlich zur Lösung des eigentlichen Problems beitragen können: die soziale Ungerechtigkeit in Städten auszugleichen. Diese wäre zugleich mit einer gewissen Einschränkung der wohlhabenderen Schichten verbunden und es sei dahingestellt, ob diese bereit wären etwas von ihrem materiellen Reichtum aufzugeben.

Literaturverzeichnis

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Dogra, Bharat, 2007. Landnahme und Vertreibung bedrohen Millionen Menschen – Die Kehrseite des Wirtschaftsbooms.

Zugriff am 22.03.2016. Verfügbar unter:

<http://www.bpb.de/internationales/asien/indien/44528/landnahme-und-vertreibung?p=1>

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): Perlman, Jansine, 2014. Urbanisierung, Megastädte und informelle Siedlungen. Zugriff am 14.03.2016. Verfügbar unter <http://www.bpb.de/apuz/183456/urbanisierung-megastaedte-und-informelle-siedlungen?p=all>

DAVIS, MIKE, 2007. Planet der Slums. Berlin: Assoziation A.

HABITAT III, 2015. Issue paper Informal settlements. Zugriff am 08.03.2016. Verfügbar unter

<https://www.habitat3.org/bitcache/78b0b7763e63fba9f68226b1c984adae70bf00e6?vid=542883&disposition=inline&op=view>

KRAAS, FRAUKE: Megastädte (S. 879-885). In: GEBHARDT, HANS (Hrsg.), 2011. Geographie: Physische Geographie und Humangeographie. Heidelberg: Spektrum Akademischer Verlag.

India Smart Cities Challenge: Mumbai: Bringing sanitation solutions to urban slums. Zugriff am 04.04.2016. Verfügbar unter <http://www.smartcitieschallenge.in/casestudy/mumbai-bringing-sanitation-solutions-to-urban-slums>

Spektrum – Lexikon der Geographie: Slum. Zugriff am 14.03.2016. Verfügbar unter: <http://www.spektrum.de/lexikon/geographie/slum/7294>

Spektrum – Lexikon der Geographie: Squatter settlement. Zugriff am 14.03.2016. Verfügbar unter: <http://www.spektrum.de/lexikon/geographie/squatter-settlements/7490>

United Nations Humans Settlements Programme (UN-Habitat), 2003. The challenge of slums – Global report on humans settlements 2003. London and Sterling, VA: Earthscan Publications Ltd. Zugriff am: 19.03.2016. Verfügbar unter: <http://mirror.unhabitat.org/pmss/listItemDetails.aspx?publicationID=1156>

ZIMMER, ANNA, 2012: Abwasser und Abfälle – Konflikte in Delhis informellen Siedlungen. Geographische Rundschau 12/2015 – Ressourcenkonflikte in Entwicklungsländern. S. 26-31.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Bundeszentrale für politische Bildung: Slums, 2008. Zugriff am 19.03.2016. Verfügbar unter <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/megastaedte/64768/slums>

11 Urban Resilience

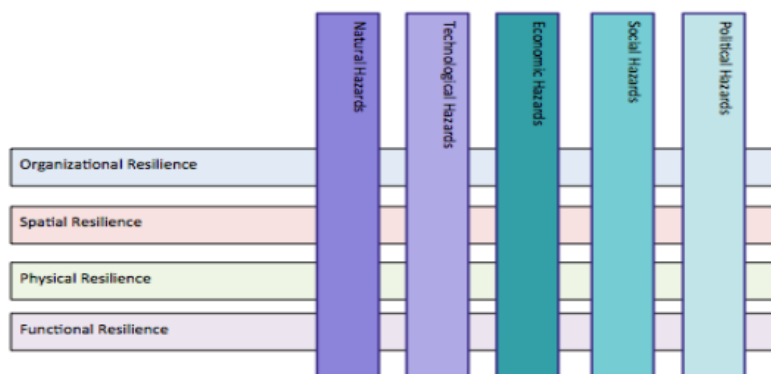
Autorin: Maike Garbade

Begriffserklärung

Unter urbaner Resilienz versteht man die Kapazität der Städte (Individuen, Gemeinden, Institutionen, Wirtschaft und Systemen) in Belastungssituationen zu überleben, an ihnen zu wachsen, sich ihnen anzupassen sowie sich zu verändern, sofern die Situation es erfordert. (Rockefeller Foundation 2015) Urbane Resilienz ermöglicht städtischen Systemen widerstandsfähiger gegenüber jegliche Art von Schocks und Stresssituationen zu werden und sich nach einer eingetretenen Katastrophe schneller erholen zu können.

Resilienz wird von den Betroffenen getragen. Ziel ist es, dass die lokale Bevölkerung

Figure 1: Urban Systems Model Approach



Source: UN-Habitat

Abbildung 1 Urban System Model Approach. (Quelle: UN-Habitat)

durch eigene Erfahrungen und Wissen relativ selbstständig mit jeglicher Art von Katastrophen umgehen kann.

Das urbane System

Das urbane System besteht aus funktionalem, organisatorischen, physikalischen und räumlichen Aspekten, welche sich gegenseitig beeinflussen. Es handelt sich um ein komplexes, dynamisches System, welches sich ununterbrochen an die verschiedensten Herausforderungen anpassen und diese in ihr System integrieren muss.

Jegliche Form von Störungen (Naturkatastrophen, Technische Katastrophen oder sozioökonomisch-politische Katastrophen) betreffen so nicht nur einen bestimmten Sektor, sondern das gesamte System. (UN Habitat III Issue Paper #15 2015: 1f)

Ansätze und Strategien der Resilienz beachten den Zusammenhang dieser verschiedenen Bereiche. Resilienz ist demnach als eine *Chance der nachhaltigen Städteentwicklung* zu betrachten, da neben der Bewältigung von Krisen auch die Möglichkeit der *transformativen*

Entwicklung im Fokus steht. (UN Habitat III Issue Paper #15 2015: 2)

Da *50 Prozent der Weltbevölkerung in Städten* lebt und besonders die großen Städte, unter anderem durch ihre räumliche Lage (z.B Küstennähe), besonders anfällig gegenüber den Auswirkungen von Erdbeben, Sturmfluten und anderen Katastrophen sind, ist es dringend notwendig, neue Ansätze und Möglichkeiten zu entwickeln, die die lokale Bevölkerung stärken und so Mensch, Wirtschaft und natürliche Güter zu schützen.

Aufgrund der stetig wachsenden Bevölkerung und der Zentrierung des Kapitals in den Städten, steigen die Arten der Schock- und Belastungssituationen im urbanen Bereich.

Direkten Einfluss auf das urbane System hat zum Beispiel die Schwächung bzw. Zerstörung des Ökosystems. So wirkt sich die Verschlechterung des Ökosystems in Feuchtgebieten direkt auf die städtische Wasserqualität oder auf die Gefahr von Hochwasser aus.

Indirekte Einflüsse auf das urbane System folgen durch Ressourcenknappheit. Diese sind nicht unmittelbar im städtischen Leben spürbar (Ausnahme hier: Wasserknappheit). Häufig sind sie jedoch die Quelle von Krisen und Belastungen, die auf die Städte wirken.

(UN Habitat III Issue Paper #15 2015: 2)

Aufbau von Resilienz

Für den Aufbau von Resilienz sind vier Haupteigenschaften notwendig: *Robustheit, Redundanz, Schnelligkeit und Einfallsreichtum*. (Tierney, Bruneau, 2007, R4-Framework).

Spricht man von einem robusten, urbanen System, so ist die Widerstandsfähigkeit gegenüber einer hohen Anzahl von Katastrophen oder Risiken im urbanen Bereich gemeint. Redundanz bezieht sich auf die Menge der vorhandenen Alternativen, die der Aufrechterhaltung des Systems dienen.

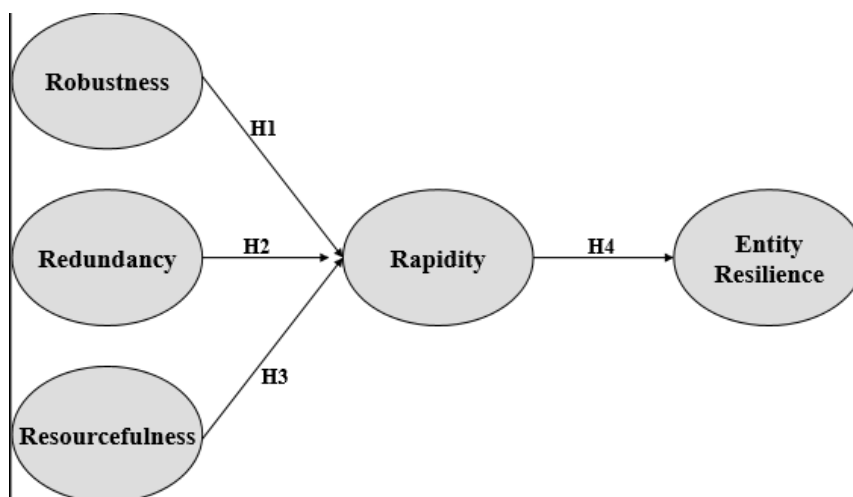


Abbildung 2: R4- Framework. (Quelle: King M.A., 2010)

Einfluss auf die städtische Resilienz haben besonders die Breite und Härte der möglichen Gefahren und das damit zusammenhängende Risiko für Leben und Eigentum, die Angreifbarkeit und das Ausgesetztsein der Menschen, die sozialen und wirtschaftlichen Systeme und die Art und Weise der Vorbereitung auf jede Art von möglichen Belastungen. Diese werden im ersten Schritt zu einer resilienten Stadt analysiert und danach in der individuelle City Resilience Strategy (CRS) beachtet. (UN Habitat III Issue Paper #15 2015: 2ff)

Die Kombination von bestehenden Belastungen, wie (Jugend-) Arbeitslosigkeit und akuten Belastungen kann die Entwicklung von Resilienz behindern oder umkehren. Die Einflüsse von akuten Katastrophen verschärfen oft existierende sozioökonomische und umweltbedingte Probleme im urbanen System. Eine Kombination solcher Belastungen kann besonders anfällige Bevölkerung in Armut stoßen und sie dort festhalten.

In den letzten Jahren hat sich besonders durch Forschung und Analyse des Ökosystems das Konzept der Resilienz weiterentwickelt. Neben dem Katastrophenschutz steht nun auch „Vorbereitet-Sein“ im Fokus. Resilienz betrachtet die Einflüsse von Entwicklungsentscheidungen gegenüber der Angreifbarkeit von weitgefächerten Gefahren und die Möglichkeit, wie durch Messungen mögliche Verluste (humanitäre oder wirtschaftliche) reduziert werden können.

Der Aufbau von Resilienz bezieht sich nicht nur auf das *Verstehen der Risiken* und den *unmittelbaren Auswirkungen von Belastungen* auf das betroffene Gebiet, sondern auch auf die hintereinandergeschalteten *Konsequenzen*, welche meist *tiefe und langwierige Auswirkungen* für die Gemeinden, das Finanzsystem und die Geografie haben. Ein Beispiel dafür sind die weitgreifenden, globalen Auswirkungen des Erdbebens und des Tsunamis in Japan im Jahr 2011.

Resilienz beinhaltet auch die *Motivation zur Veränderung*. Nach einer eingetretenen Katastrophe sind alle Beteiligten häufig bestrebt, die Ausgangssituation wiederherzustellen. Diese ist jedoch häufig mitverantwortlich für das Ausmaß der Zerstörung. Resilienz fördert die Anpassung an neue Gegebenheiten. So kann der Kreislauf von *Katastrophe – Zerstörung – Aufbau – Katastrophe* verändert werden und die Auswirkung von neuen Katastrophen minimiert werden.

Im Idealfall funktioniert ein Zusammenspiel von Resilienz und Resistenz. Gegenüber bekannten Risiken sollte das städtische System resistent und gegenüber unbekanntem Risiken resilient sein (Bier, 2010, 53f). Ein System ist demnach stabil, wenn es sich aus Resilienz und Resistenz zusammensetzt.

Resilienz in der New Urban Agenda/ UN-HABITAT III

Ein Ziel der Habitat III Konferenz ist es, die Resilienz der Städte gegenüber natürlich und menschlich erschaffenen Krisen zu steigern. Die *drei Säulen der New Urban Agenda*

(Stadtplanung, städtische Gesetzgebung und kommunale Finanzierung) bieten einen hilfreichen Rahmen, um Resilienz im urbanen Kontext zu verstehen. Nur durch eine gute Stadtplanung können nachhaltige Investitionen schlechte oder kontraproduktive ersetzen. Die Investitionslandschaft ist ohne gute Gesetzgebung unsicher und produktive Pläne sind schwer zu entdecken und zu stärken und die besten Pläne nützen ohne eine ausreichende Finanzierung nichts. Die Gefahr, die langwierigen Auswirkungen des Klimawandels und die somit entstehenden Teufelskreise von Risiken zu ignorieren soll durch den Fokus der New Urban Agenda minimiert werden.

Das Citiy Resilience Profiling Programm (CRPP) unterstützt lokale Regierungen im Aufbau von Kapazitäten hin zu einem resilienten System. Die Habitat III Konferenz fördert Partnerschaften zwischen Interessensvertretern, Akademiker, privaten Akteuren, NGO's und Repräsentanten aus Städten aus der Ganzen Welt für eine Vernetzung zum Aufbau von urbaner Resilienz. Die vier Hauptziele des CRPP sind die Erforschung der Rahmenstrukturen der jeweiligen Städte, die Registrierung und Profilierung dieser, die Entwicklung von Geräten und Software zur Steigerung der Resilienz und normative Beratung und Leitung der Programme. (UN Habitat III Issue Paper #15 2015: 4f)

Auch Deutschland erkennt Resilienz als einen wichtigen Faktor im städtischen Bereich an. Eine „klimabewusste Gestaltung der langfristig angelegten, kapitalintensiven, gebauten Infrastruktur“ wird im Nationalbericht zur HABITAT III Konferenz (2015, 36) hervorgehoben. Hier steht auch das Zusammenspiel der relevanten gesellschaftlichen Akteursgruppen zum Aufbau resilienter Städte und Regionen im Vordergrund. Bisher wurde jedoch die Risikovorsoege eher vernachlässigt, da langfristige Investitionen meist hinter akute Probleme gestellt werden. Deswegen sieht die Bundesrepublik in ihrem Nationalbericht die Stärkung der „Vorsorge vor den gravierenden Risiken von Hitzewellen in der Stadt unter den Gesichtspunkten Alterung der Gesellschaft, Schul der Gesundheit und Erhalt städtischer Lebensqualitäten“ (Nationalbericht 2015, 43) sowie die Stärkung des Hochwasserschutzes und die Einführung flächendeckender Frühwarnsysteme (Nationalbericht, 44) vor.

Beispiel: Aufbau urbaner Resilienz in Indien

Immer wieder ist Indien Naturkatastrophen ausgesetzt. Extreme Regenfälle während des Sommermonsuns und daraus resultierende Überschwemmungen sowie extreme Dürren in der Trockenzeit bzw. aufgrund des Ausbleibens des Monsun erschüttern ländliche und städtische Regionen gleichermaßen. In der Umgebung von Mumbai besteht zudem die Gefahr von Erdbeben und auch vor Tsunamis ist das südasiatische Land nicht sicher.

Indiens, aufgrund der Urbanisierung, rasant wachsenden Städte und die dadurch entstehenden informellen Siedlungen sind besonders anfällig gegenüber jeglicher Art von Katastrophen. Fast ein Drittel der Bewohner der Millionenstädte leben in Elendsvierteln.

Gerade aufgrund dieser wachsenden Angreifbarkeit und der immer bestehenden Gefahr verschiedener Katastrophen ist eine urbane Katastrophenvorsorge in Indien, aber auch in allen Städten der Welt mehr als notwendig. Die hohe Bevölkerungsdichte sowie die Wirtschaftsaktivitäten der Städte machen die Städte besonders anfällig gegenüber den Risiken des Klimawandels oder von Menschen gemachten Katastrophen, wie zum Beispiel das Chemieunglück in Bhopal, Indien 1984.

Ein Beispiel für die Entwicklung von Resilienz in Indien ist die Stadt Shimla im Norden von Indien. Sie umfasst eine Fläche von ca. 20km² und erstreckt sich über mehrere Hügel. 2011 lebten ungefähr 171.000 Menschen in der Stadt, die einer hohen Gefahr vor Erdbeben ausgesetzt ist. Außerdem ist das Risiko von Erdrutschen aufgrund von starken Regenfällen in den letzten Jahren stark gewachsen. 2012 wurden mehrere Häuser durch einen Erdrutsch zerstört.



Abbildung 3: Erdrutsch Shimla 2012. (Quelle: desaster-report.com)

Ein weiteres Problem der Stadt betrifft die Wasserversorgung. Der Hauptfluss befindet sich 21 km entfernt. Im Winter frieren die Leitungen ein und durch die steigende Bevölkerung entstehen Versorgungsengpässe im Wasser- und Sanitätssystem.

2008 wurde Shimla als eine Pilotstadt des Asian Cities Climate Change and Resilience Network (ACCRN) ausgewählt. Zusammen mit der lokalen Gruppe von ICLEI wurde ein Sechs-Phasen-Prozess entwickelt, der der Identifikation der Angreifbarkeit des urbanen Systems dient, Kapazitäten der Stadt erforscht und Möglichkeiten bei einer kommenden Klimaauswirkung aufzeigt. Seitdem hat die Regierung und die Bevölkerung von Shimla durch einige Projekte die Resilienz der Stadt steigern können. Es wurde eine Regenwasserauffangananlage gebaut und ein städtischer Mobilitäts- sowie Sanitätsplan entwickelt. Letzterer besteht aus einer dezentralen Wasseraufbereitungsanlage. Die Stadt befasst sich zudem in Unterstützung mit ICLEI mit der Reduzierung der Umweltverschmutzung durch Müll, Sonnenenergie wird für die städtische Beleuchtung genutzt und das Wissen und die technischen Skills bezüglich sicheren Bauens wird geteilt

und an die Bevölkerung weitergegeben. So integriert Shimlas Resilienz Strategien der Anpassungen an das Klima mit niedrigen Emissionen und ist auf dem Weg zu einer resilienteren Stadt.

Fazit

Urbane Resilienz wird in den kommenden Jahren immer wichtiger für die weltweite städtische Entwicklung werden. Die Berücksichtigung dieses Themas während der HABITAT III Konferenz in Quito kann einen bedeutenden Anstoß zum Aufbau dieser bringen. Jedoch müssen zuerst bereits existierende Probleme im städtischen Bereich gelöst werden, da diese sonst in Deutschland, Indien und in allen Städten weltweit den Aufbau von Resilienz untergraben und verhindern können. Städtische Resilienz funktioniert jedoch nur durch die Mitarbeit und Einbeziehung jedes einzelnen Bürgers. Dies kann mitunter die größte Herausforderung im Aufbau von Resilienz darstellen, da gerade die Überzeugung der Betroffenen sich mit unerwartenden Katastrophen auseinanderzusetzen sehr schwierig sein und werden kann.

Das United Nations Office for Disaster Risk Reduction (UNISDR, 2012) definiert eine Stadt erst dann als resilient, wenn diese in einer Position sind, in der sie mit den Auswirkungen von verschiedenen Gefahren umgehen können und sich ihnen anpassen können. Erst wenn die Funktionen einer Stadt auch in einer Krisensituation weiter kontinuierlich fortlaufen, kann man von einer resilienten Stadt sprechen. Dies betrifft vor allem die Bereiche der Grundversorgung, dem Finanzsystem, der Infrastruktur und des öffentlichen Dienstes.

Shimla und viele weitere Städte in Indien sowie weltweit haben einen wichtigen ersten Schritt zur urbanen Resilienz getan. Jedoch wird sich in den kommenden Jahren zeigen, ob die Städte bereits jetzt mit den häufiger und intensiver auftretenden Katastrophen umgehen können und beim Umgang mit diesen den Auf- und Ausbau der Resilienz nicht in den Hintergrund drängen werden.

Literaturverzeichnis

Adam et al, 2015, Nationalbericht HABITAT III

Bier, N., 2010, Der Aufbau von Resilienz – neue Möglichkeiten für die urbane Katastrophenvorsorge?, Diplomarbeit, veröffentlicht, Universität Wien, Österreich

Bruneau, M., Tierney, K., (2007), Conceptualizing and Measuring Resilience: A Key to Disaster Loss Reduction, TR News Mai/Juni 2014

Purcell, P.H, 2015, Pocket Guide to Resilience, United Nations Human Settlements Programme

The Rockefeller Foundation, 2015, Urban Climate Change Resilience in Action: Lessons from Projects in 10 ACCCRN Cities,

United Nations Human Settlements Programme, 2015, Habitat III Issue Paper #15 – Urban Resilience

United Nations Human Settlements Programme, 2016, Habitat: Resilience, <http://unhabitat.org/urban-themes/resilience/>, 10.04.2016

United Nations Office for Disaster Risk Reduction, 2012, Making Cities Resilient Report 2012, http://www.unisdr.org/files/28240_rcreport.pdf, 15.04.2016

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Urban Systems Model Approach, United Nations Human Settlements Programme, 2015, Habitat III Issue Paper #15 – Urban Resilience

Abbildung 2: R4-Framework, King, M.A, Applying the R4 Framework of Resilience: Information Technology Disaster Risk Management at Northrop Grumman, 11

Abbildung 3: Erdbeben Shimla 2012, <http://www.disaster-report.com/2012/08/recent-natural-disasters-list-august-20-2012.html>, 15.04.2016

12 Ausblick

„Die Urbanisierung wird rapide zunehmen - ob man will oder nicht. Deswegen sollte man sie als Chance wahrnehmen.“ (Dr. Regina Dube bei ihrem Vortrag im Seminar, April 2016)

Urbanisierung ist ein Mega-Trend, der unsere Zukunft stark beeinflussen wird. Bis zum Jahr 2050 werden zwei Drittel der Weltbevölkerung in Städten leben. Sowohl das Potenzial als auch die Herausforderungen der globalen Entwicklung werden in städtischen Gebieten entschieden werden. Die aktuellen Vorbereitungen für Habitat III, die Dritten Konferenz der Vereinten Nationen über Wohn- und nachhaltige Stadtentwicklung im Jahr 2016, sind daher von größter Bedeutung.

Nachhaltige Stadtentwicklung ist eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte. Um diese für Mensch und Umwelt zufriedenstellend anzugehen, ist es unabdingbar, sowohl wirtschaftliche als auch ökologische und soziale Faktoren miteinzubeziehen. Für die Umsetzung nachhaltiger Konzepte ist ein Mehr-Ebenen-Ansatz entscheidend, d.h. man braucht Lösungen, die von der lokalen, über die regionale bis hin zur globalen Ebene wirken.

Zukünftig steht vor allem die Verbesserung der Lebensqualität in den Städten im Vordergrund. An dieser Stelle ist es Aufgabe der Politik, das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger, besonders durch die Einbeziehung dieser in Entscheidungen, zu priorisieren. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Anerkennung informeller Siedlungen und informeller „Wirtschaftszweige“ als Bestandteil der Städte, um diese somitebenfalls in Planungsprozesse mit einzubinden.

Die Schaffung stärkerer Partizipationsmöglichkeiten, beispielsweise durch Interessensvertretungen aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen, soll diesen die Möglichkeit bieten sich in der Planung, Durchführung und Evaluation von Projekten aktiv einzubringen.

Für all diese Entwicklungen werden die Ergebnisse der Habitat III Konferenz in Zukunft einen wichtigen Bezugspunkt darstellen. Die direkte Beteiligung der Städte an dieser UN-Konferenz ist somit wichtig, um eine erfolgreiche Umsetzung auf der lokalen (Stadt-)Ebene zu erzielen. Ein Risiko besteht jedoch darin, dass die "großen" Ziele aufgrund großer organisatorischer Schwierigkeiten schon während des Vorbereitungsprozesses, nur ansatzweise erreicht werden können.

In einer Übungseinheit des Blockseminars wurde das Managementmodell CAPACITY WORKS der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) für nachhaltige Entwicklung vorgestellt. Im Anschluss wurde ein Instrument – die Akteurslandkarte – beispielhaft von den Studierenden angewendet.

In der Abschlussübung wurden alle für die Umsetzung der New Urban Agenda relevanten Akteure gemeinsam visualisiert (Abb. 1).

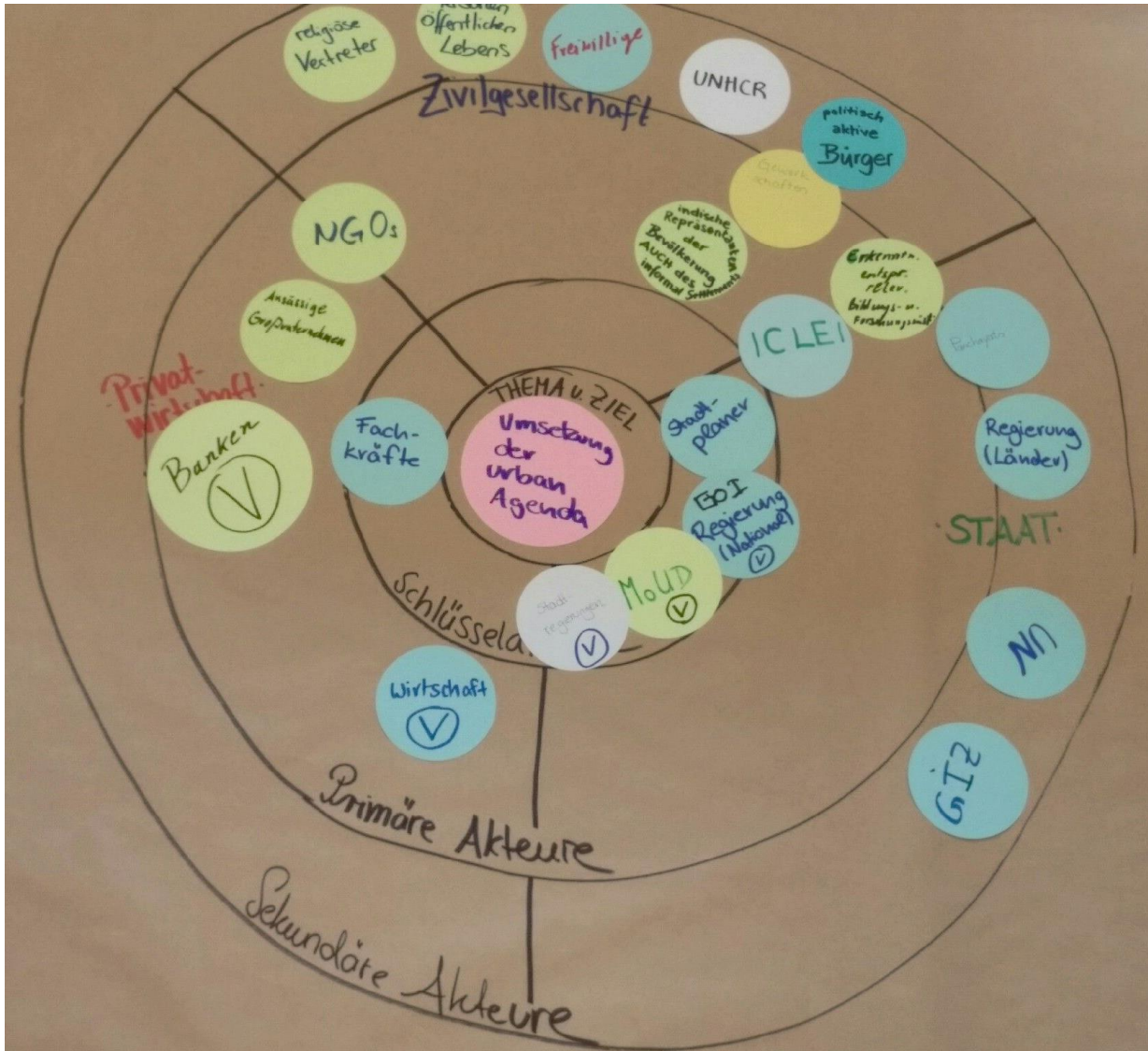


Abb 1: Akteurslandkarte zum Thema „Umsetzung der New Urban Agenda“ (Foto: J. Schlenk)

Literatur

GIZ (2015): Kooperationsmanagement in der Praxis. Gesellschaftliche Veränderungen gestalten mit Capacity Works. Springer.